

# **Bericht des Landesvolksanwaltes**

---

**an den Vorarlberger Landtag  
gemäß Artikel 59 Absatz 6  
der Vorarlberger Landesverfassung  
über seine Tätigkeit im Jahre**

## **2006**

Landesvolksanwalt von Vorarlberg - Antidiskriminierungsstelle

**Dr. iur. et phil. Felix Dünser**

Jur. Mitarbeiter: Dr. iur. Angela Bahro, Dr. iur. Josef Scherer

Büro: Hannelore Vonach, Rosmarie Streibl

Römerstraße 14, 6900 Bregenz

T 05574 47027

F 05574 47028

[buero@landesvolksanwalt.at](mailto:buero@landesvolksanwalt.at)

[www.landesvolksanwalt.at](http://www.landesvolksanwalt.at)

**Sprechstunden:**

Montag – Freitag jeweils 8 –12 und

14 – 16.30 Uhr; Dienstag bis 18 Uhr

Voranmeldung empfohlen



## Vorwort

*Die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger sowie die Prüfung ihrer Beschwerden stehen bei der Tätigkeit des Landesvolksanwaltes im Vordergrund. Berichte an den Volksanwaltsausschuss des Landtages, die öffentliche Darstellung von Bürgeranliegen, Referate im In- und Ausland, im Jahr 2007 auch die Überarbeitung und Erweiterung der Homepage nahmen Zeit in Anspruch. Die Fertigstellung dieses Berichtes hat sich aus diesen Gründen leider verzögert.*

*Dadurch mögen einige der im Bericht dargelegten Fälle nicht mehr aktuell erscheinen. Der seit Jahren geübten Kritik des Landesvolksanwaltes an der Praxis der Wohnbeihilfe (s. Kap. 2.4.2. bis 2.5.3.) wurde in den Richtlinien 2008 teilweise Rechnung getragen. So wird nun - wie vom Landesvolksanwalt schon 2001 gefordert - bei nachweislicher Uneinbringlichkeit des Unterhaltes kein fiktiver Unterhaltsbeitrag dem Haushaltseinkommen mehr hinzu gerechnet. Wenn eine Vollzeitbeschäftigung aus bestimmten Gründen nicht zumutbar ist, wird auf eine Hochrechnung und die Kürzung der Wohnbeihilfe verzichtet.*

*Wirkung zeigte auch die Kritik an den widersprüchlichen Entscheidungsgrundlagen beim Sozialhilferückersatz (Kap 2.2.4.) und der unterschiedlichen Handhabung der Sozialhilfe in den einzelnen Bezirken (Kap 2.5.6.). Bei Erstellung des Berichtes wurden die neuen Zahlen erhoben und festgestellt, dass sich die kritisierte BH offenbar der Verwaltungspraxis der anderen Sozialhilfebehörden angepasst hat.*

*Diese Fälle zeigen, dass die Tätigkeit des Landesvolksanwaltes durchaus wirksam ist. Sie beschränkt sich nicht darauf, Lösungen im Einzelfall zu suchen und Missstände festzustellen. Kritik und Empfehlungen sollen dazu beitragen, allgemein Ungerechtigkeiten zu beseitigen und die Verwaltungspraxis zu verbessern. Es braucht aber mitunter Zeit, Erfahrung, gute Argumente und Hartnäckigkeit, bis Verbesserungen erreicht werden können.*

*Die neue Aufgabe des Landesvolksanwaltes seit Juni 2005, als Antidiskriminierungsstelle das Verbot der Diskriminierung auf Grund der ethnischen Zugehörigkeit, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters, der sexuellen Ausrichtung oder des Geschlechts zu überwachen, wird leider in der Öffentlichkeit und von den Bürgerinnen und Bürgern noch zu wenig wahr genommen. Deshalb kann über diesen wichtigen Teil der Tätigkeit nur anhand weniger Fälle und in einem kurzen Kapitel berichtet werden.*

*Wie es nicht nur für eine Antidiskriminierungsstelle selbstverständlich sein sollte, gelten in diesem Bericht verwendete geschlechtsspezifische Bezeichnungen grundsätzlich für Männer und Frauen.*

*Bregenz, im Jänner 2008*

*DDr Felix Dünser, Landesvolksanwalt*

## Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	3
Abkürzungen.....	6

### 1. Allgemeiner Teil 7

<b>1.1. Rechtsgrundlagen.....</b>	<b>7</b>
1.1.1. Wahl des Landesvolksanwaltes .....	7
1.1.2. Zuständigkeit .....	7
1.1.3. Aufgaben .....	7
1.1.4. Einsatz gegen Diskriminierung.....	8
<b>1.2. Büro und Mitarbeiter .....</b>	<b>9</b>
<b>1.3. Bürgerkontakte .....</b>	<b>9</b>
1.3.1. Vorsprachen und Telefonate .....	9
1.3.2. Sprechtage und Ortsaugenscheine.....	10
1.3.3. Form der Kontaktaufnahme.....	10
1.3.4. Persönliche Merkmale der Klienten .....	11
1.3.5. Herkunft der Klienten.....	11
<b>1.4. Institutionelle Kontakte und Öffentlichkeitsarbeit .....</b>	<b>12</b>
1.4.1. Vorarlberger Landtag .....	12
1.4.2. Kontakte mit Behörden und Institutionen .....	12
1.4.3. Internationale Kontakte .....	12
1.4.4. Öffentlichkeitsarbeit.....	13
<b>1.5. Geschäftsanfall .....</b>	<b>14</b>
1.5.1. Arbeitsanfall und Erledigungen im Berichtsjahr .....	14
1.5.2. Langfristiger Vergleich der Anfallsentwicklung.....	14
1.5.3. Betroffene Gebietskörperschaften und Behörden.....	15
1.5.4. Aufgliederung nach Gemeinden.....	16
<b>1.6. Erledigung der Missstandsprüfungen.....</b>	<b>17</b>
<b>1.7. Verfahrensdauer.....</b>	<b>17</b>
<b>1.8. Aufteilung der Fälle nach Sachgebieten und Rechtsmaterien .....</b>	<b>18</b>
<b>1.9. Arbeitsschwerpunkte .....</b>	<b>19</b>
1.9.1. Bauverfahren.....	19
1.9.2. Raumplanung .....	20
1.9.3. Straßenrecht.....	20
1.9.4. Sozialhilfe, soziale Förderungen .....	20
1.9.5. Wohnbauförderung, Wohnbeihilfe, Wohnungsprobleme .....	20
1.9.6. Gemeindeverwaltung, Gemeindeaufsicht .....	21
1.9.7. Abgaben, Gebühren und Steuern .....	21
1.9.8. Straßenpolizei und Verwaltungsstrafrecht .....	21
1.9.9. Diskriminierung und Gleichbehandlung .....	22
1.9.10. Dienst- und Arbeitsrecht.....	22

### 2. Besonderer Teil 23

<b>2.1. Anregungen zur Gesetzgebung.....</b>	<b>23</b>
2.1.1. Prüfung ausgelagerter Gemeindeaufgaben durch den Landesvolksanwalt .....	23
2.1.2. Zuständigkeit zur Erteilung von Ausnahmegenehmigungen vom Bebauungsplan.....	24
2.1.3. Gewährleistung der Akteneinsicht für Gemeindevertreter und Gemeindevorstände.....	25

<b>2.2. Anregungen zur Verwaltung .....</b>	<b>26</b>
2.2.1. Information über das Recht auf Akteneinsicht von Gemeindefachpersonen .....	26
2.2.2. Verzicht auf Sozialhilferückersatz aus frei bleibendem Einkommen .....	26
2.2.3. Verzicht auf Sozialhilferückersatz bei Schenkung eines kleinen Eigenheimes .....	27
2.2.4. Rückwirkende Anwendung der Beschränkung des Sozialhilferückersatzes .....	28
2.2.5. Verlegung der Parkplätze für Reisebusse .....	29
2.2.6. Kennzeichnung von Parkplätzen für Menschen mit Behinderung .....	29
2.2.7. Aufhebung eines Fahrverbotes zum Pferdehof .....	29
<b>2.3. Erkenntnisse des Verfassungsgerichtshofes.....</b>	<b>30</b>
2.3.1. Rückwidmung einer Baufläche in öffentliches Grün aufgehoben .....	30
2.3.2. Beschwerde gegen Golfplatzwidmung aus formalen Gründen zurück gewiesen.....	30
<b>2.4. Förmliche Empfehlungen .....</b>	<b>31</b>
2.4.1. Für Grundstückskauf Genehmigung der Gemeindevertretung einzuholen .....	31
2.4.2. Wohnbeihilfe: Verzicht auf Hochrechnung von Teilzeiteinkommen bei krankheitsbedingter Minderung der Erwerbsfähigkeit.....	32
<b>2.5. Berichtenswertes aus der Landesverwaltung.....</b>	<b>33</b>
2.5.1. Wohnbeihilfe wegen angeblich nicht ortsüblicher Miete abgelehnt .....	33
2.5.2. Kürzung der Wohnbeihilfe wegen fiktiven Unterhalts .....	33
2.5.3. Wegen PÄDAK-Studium Wohnbeihilfe eingestellt .....	34
2.5.4. Nach gescheiterter Ehe Sozialhilfe und Wohnbeihilfe abgelehnt .....	34
2.5.5. Pensionsbeiträge durch Sozialhilfe übernommen.....	35
2.5.6. Ungleiche Chancen auf Sozialhilfe in den einzelnen Bezirken.....	36
2.5.7. Unterschiedlicher Vollzug auch beim Sozialhilfe-Rückersatz .....	37
2.5.8. Ersatz von Sozialhilfaufwendungen mehrmals zu hoch berechnet .....	38
2.5.9. Tücken der EDV – Sozialhilfe-Rückersatz falsch berechnet .....	38
2.5.10. Bei Sozialhilfebezieherin Spitalsgebühren durch Inkassobüro geltend gemacht .....	39
2.5.11. Rechtswidrige Eintreibung von Spitalsgebühren durch Inkassobüros.....	39
2.5.12. Schleppende Übermittlung von Krankenunterlagen an den Patientenanwalt .....	40
2.5.13. Vorstellungsbescheid von unzuständiger Behörde erlassen .....	40
2.5.14. Folgeschwerer Vermessungsfehler im Umlegungsverfahren .....	41
2.5.15. Fehlende Prüfungsunterlagen verzögern Staatsbürgerschaftsverfahren .....	41
2.5.16. Österreichische Staatsbürgerschaft bezweifelt.....	42
<b>2.6. Einzelfälle aus der Verwaltung der Gemeinden .....</b>	<b>43</b>
2.6.1. Entgegen Bezügebegrenzungs-gesetz drei öffentliche Bezüge ausbezahlt.....	43
2.6.2. Stadtvertretern das Abhören der Tonbandaufzeichnung verweigert .....	44
2.6.3. Exekution aufgrund eines rechtswidrigen Rückstandsausweises .....	45
2.6.4. Mehrere rechtswidrige Verordnungen geändert .....	45
2.6.5. Auf Fortsetzung des Bauverfahrens vergessen.....	46
2.6.6. Rechtswidrige Vorschreibung von Verwaltungsabgaben im Berufungsverfahren.....	46
2.6.7. Pflegegeldantrag nicht rechtzeitig weiter geleitet – Anspruch verloren .....	47
2.6.8. Noch ein Pflegegeldantrag verloren – drei Monate ohne Pflegegeld .....	47
2.6.9. Hohe Bettenfreihaltegebühr in Pflegeheimen .....	48
2.6.10. Verlegung eines Fußballplatzes ins Wohngebiet.....	48
2.6.11. Lärmbeeinträchtigung durch Laubgebläse schon am frühen Morgen .....	49
2.6.12. Wohnqualität durch Kuhglocken beeinträchtigt.....	50
2.6.13. Auskunft unter Hinweis auf anhängiges Gerichtsverfahren verweigert .....	50
2.6.14. Hinweistafel auf abgelegenes Hotel entfernt .....	51
2.6.15. Ausländerdiskriminierung bei Stellenangeboten.....	51

### **3. Gesetzliche Grundlagen 52**

<b>3.1. Verfassung des Landes Vorarlberg (Auszug) .....</b>	<b>52</b>
<b>3.2. Gesetz über den Landesvolksanwalt .....</b>	<b>53</b>
<b>3.3. Antidiskriminierungsgesetz (Auszug) .....</b>	<b>55</b>

## Abkürzungen

AbgVG	Abgabenverfahrensgesetz
ABGB	Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch
Abs ( )	Absatz
ADG	Antidiskriminierungsgesetz
aMP	amtswegige Misstandsprüfung (AZ)
AnGe	Anregungen zur Gesetzgebung (AZ)
AnVe	Anregungen zur Verwaltung (AZ)
Art	Artikel
ASVG	Allgemeines Sozialversicherungsgesetz
AuBe	Auskunft und Beratung (AZ)
AVG	Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz
AZ	Aktenzeichen
BauG	Baugesetz
BGBL	Bundesgesetzblatt
BH	Bezirkshauptmannschaft, Bezirkshauptmann
bMP	beantragte Misstandsprüfung (AZ)
B-VG	Bundes-Verfassungsgesetz
EO	Empfehlungen an oberste Organe (AZ)
EOI	Europäisches Ombudsmann Institut (Innsbruck)
EuGH	Europäischer Gerichtshof
G	Gesetz
GG	Gemeindegesezt
GV	Gemeindevertretung
GVG	Grundverkehrsgesetz
GV-LK	Grundverkehrslandeskommission
idF, idgF	in der Fassung, in der geltenden Fassung
iVm	in Verbindung mit
JB	Jährlicher Tätigkeitsbericht des Landesvolksanwaltes
KanalG	Kanalisationsgesetz
Kap	Kapitel
KGG	Kindergartengesetz
LGBL	Landesgesetzblatt
LH	Landeshauptmann
lit	litera (Buchstabe)
LReg	Landesregierung
LV	(Vorarlberger) Landesverfassung
LVA	Landesvolksanwalt
LVA-G	Gesetz über den Landesvolksanwalt
PA	Patientenanwalt, Patientenangelegenheiten (AZ)
RA	Ratschlag an die Allgemeinheit (AZ)
RPG	Raumplanungsgesetz
S	Seite, Sonderregister (AZ)
SH, SHG	Sozialhilfe, Sozialhilfegesetz
StrG	(Vorarlberger) Straßengesetz
StVO	Straßenverkehrsordnung
UVS	Unabhängiger Verwaltungssenat
VA	Volksanwaltschaft (des Bundes in Wien)
VfGH	Verfassungsgerichtshof
VO	Verordnung
VP	Verordnungsprüfung (AZ)
VStG	Verwaltungsstrafgesetz
VwGH	Verwaltungsgerichtshof

# 1. Allgemeiner Teil

## 1.1. Rechtsgrundlagen

Die **verfassungsrechtliche Grundlage** für die Tätigkeit des Landesvolksanwaltes wurde mit der Landesverfassung 1984 geschaffen (Art 59, 60 und 61 LV). Die **Unabhängigkeit**, auch gegenüber allen politischen Institutionen, ist durch die **6-jährige Amtsperiode** ohne Abwahlmöglichkeit und die **organisatorische Selbständigkeit** (Büro, Einstellung der Mitarbeiter, eigenes Budget) gewährleistet. Nähere Regelungen enthält das **Gesetz über den Landesvolksanwalt**. 2005 wurden dem LVA weitere Aufgaben durch das **Antidiskriminierungsgesetz** übertragen. Die Gesetzestexte finden sich in Kap.4.

### 1.1.1. Wahl des Landesvolksanwaltes

Der LVA wird – nach öffentlicher **Ausschreibung** und **Anhörung** im Volksanwaltsausschuss - vom **Landtag** mit einer **Mehrheit von  $\frac{3}{4}$**  der abgegebenen Stimmen gewählt. Einzige Voraussetzung ist die Wählbarkeit zum Landtag, eine Wiederwahl ist nur einmal zulässig. Am 30.10.1985 wurde **MMag Dr Nikolaus Schwärzler** zum ersten LVA von Vorarlberg gewählt und 1991 für eine zweite Amtsperiode wieder bestellt. Seit 30.10.1997 ist **DDr Felix Dünser** LVA von Vorarlberg, welcher am 08.10.2003 für eine zweite Amtsperiode (bis 29.10.2009) wieder gewählt wurde.

### 1.1.2. Zuständigkeit

Der LVA wird bestellt zur **Beratung** der Bürger und **Prüfung ihrer Beschwerden** betreffend die **Verwaltung des Landes**. Dazu gehören alle Verwaltungsangelegenheiten des **selbständigen Wirkungsbereiches des Landes**, auch als **Träger von Privatrechten**, die von Organen des Landes selbst oder von **anderen Rechtspersonen** im Auftrag des Landes besorgt werden, sowie die Angelegenheiten des **eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinden** aus dem Bereich der Landesvollziehung und die Tätigkeit der Gemeinden als **Träger von Privatrechten** (§ 2 Abs 5 LVA-G).

**Keine Zuständigkeit** besteht für **private Rechtsverhältnisse** und Angelegenheiten der **Bundesverwaltung**, auch wenn diese (im Rahmen der mittelbaren Bundesverwaltung) durch Landesbehörden wahrgenommen werden. Anregungen und Beschwerden, deren Prüfung nicht in seine Zuständigkeit fällt, **leitet** der LVA an die in Betracht kommenden Organe, etwa die Volksanwaltschaft, **weiter** (Art 59 Abs 5 LV).

### 1.1.3. Aufgaben

**Auskunft und Beratung:** Der LVA hat im Rahmen seiner Zuständigkeit jeden, der dies verlangt, zu beraten und ihm Auskünfte zu erteilen (Art 59 Abs 2 LV, § 2 Abs 1 LVA-G, § 12 Abs 2 lit a ADG).

**Anregungen zu Gesetzgebung und Verwaltung:** Jedermann kann beim LVA Anregungen betreffend die Gesetzgebung und die Verwaltung des Landes vorbringen (Art 59 Abs 2, 2. Halbsatz LV). Der LVA hat diese entgegen zu nehmen und Anregungen betreffend die **Gesetzgebung** des Landes an den **Landtag** weiter zu leiten. Anregungen betreffend die Verwaltung des Landes sind an die **Landesregierung**, in Angelegenheiten der Gemeinden an den **Gemeindevorstand** weiter zu geben (§ 3 Abs 5 LVA-G).

**Beantragte Missstandsprüfung:** Jedermann kann sich beim LVA wegen behaupteter Missstände in der Verwaltung des Landes beschweren, sofern er von diesen Missständen betroffen ist und ihm ein Rechtsmittel nicht oder nicht mehr zur Verfügung steht. Jede Beschwerde ist vom LVA zu prüfen und dem Beschwerdeführer das Ergebnis mitzuteilen (Art 59 Abs 3 LV, § 2 Abs 2 LVA-G, § 12 Abs 2 lit b ADG).

**Amtswegige Misstandsprüfung:** Der LVA ist berechtigt, von ihm vermutete Misstände in der Verwaltung des Landes von Amts wegen zu prüfen (Art 59 Abs 4 LV, § 2 Abs 3 LVA-G, § 12 Abs 2 lit b ADG).

**Empfehlungen an oberste Organe:** Der LVA kann dem obersten weisungsberechtigten Organ des geprüften Zweiges der Verwaltung anlässlich einer Prüfung Empfehlungen darüber erteilen, wie der festgestellte **Misstand** soweit als möglich **beseitigt** und künftig **vermieden** werden kann. Dieses hat den Empfehlungen möglichst rasch, längstens aber binnen zwei Monaten zu entsprechen und dies dem LVA mitzuteilen oder schriftlich zu begründen, warum ihnen nicht oder nicht fristgerecht entsprochen wird (Art 60 Abs 1 LV, § 3 Abs 2 LV-G, § 12 Abs 2 lit c ADG).

**Ratschlag an die Allgemeinheit:** Der LVA kann in Angelegenheiten der Verwaltung des Landes auch Ratschläge an die Allgemeinheit richten (§ 2 Abs 1, 2. Satz LVA-G).

**Anrufung des Verfassungsgerichtshofes:** Auf Antrag des LVA erkennt der VfGH über die **Gesetzwidrigkeit von Verordnungen**, die im Bereich der Verwaltung des Landes ergangen sind (Art 60 Abs 2 LV), auf Antrag der LReg oder des LVA auch über Meinungsverschiedenheiten zwischen LVA und LReg über die **Zuständigkeit** des LVA (Art 60 Abs 3 LV). Die bundesverfassungsrechtliche Grundlage zur Anrufung des VfGH findet sich in Art 148i iVm Art 148e und 148f B-VG.

#### 1.1.4. Einsatz gegen Diskriminierung

Zwei **Richtlinien** der Europäischen Union sehen ein **Diskriminierungsverbot** aus verschiedenen Gründen im Bereich der **Arbeitswelt** vor, die „Antirassismusrichtlinie“ verbietet darüber hinaus jegliche Diskriminierung aufgrund der Rasse oder der **ethnischen Herkunft** im Sozial-, Gesundheits- und Bildungsbereich sowie beim Zugang zu Gütern und Dienstleistungen.

Für die in die Regelungskompetenz des Landes fallenden Angelegenheiten wurden die Richtlinien mit dem am 01.06.2005 in Kraft getretenen **Antidiskriminierungsgesetz** (ADG) umgesetzt. Dieses verbietet Diskriminierungen aufgrund der **ethnischen Zugehörigkeit**, der **Religion** oder **Weltanschauung**, einer **Behinderung**, des **Alters**, der **sexuellen Ausrichtung** oder des **Geschlechtes** im Bereich des **Dienstrechtes** des **Landes**, der **Gemeinden** und Gemeindeverbände sowie im **Land- und Forstarbeitsrecht**, etwa beim Zugang zu Erwerbstätigkeit einschließlich Aufstieg, Berufsberatung, Aus- und Weiterbildung sowie Umschulung und bei beruflichen Vertretungen.

Das Verbot der Diskriminierung aufgrund der **ethnischen Zugehörigkeit** gilt darüber hinaus auch für alle **Förderungen** und **Sozialleistungen** des Landes wie Sozial- und Wohnbeihilfe, Wohnbau- und Familienförderung, aber auch die Behandlung in **Krankenanstalten** und **Pflegeheimen**, Aufnahme in **Gemeindewohnungen** sowie öffentliche und private **Kindergärten**.

**Antidiskriminierungsstelle** für Patienten in Krankenanstalten, Bewohnern von Pflegeheimen und Klienten von Sozialeinrichtungen ist der **Patientenanwalt** für das Land Vorarlberg, in allen anderen Angelegenheiten der **Landesvolksanwalt** (§ 11 ADG). Der LVA ist auch Antidiskriminierungsstelle bei Dienstverhältnissen von **Landeslehrern** (§ 13 ADG, anzuwenden ist das Bundes-GleichbehandlungsgG). Damit sind auf den LVA neue Aufgaben zugekommen:

**Prüfung von Diskriminierungen:** Diese Aufgabe überschneidet sich großteils mit der bisherigen Zuständigkeit. Bei Diskriminierungen von **Land- und Forstarbeitern** oder in **privaten Kindergärten** kommt dem LVA nun auch eine Beratungs- und Prüfkompentenz für Rechtsbeziehungen zwischen Privatpersonen zu.

**Förderung des Grundsatzes der Gleichbehandlung:** Gemäß § 12 Abs 1 und 2 lit c ADG hat der LVA die Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung ohne Diskriminierung zu fördern und kann Berichte und Empfehlungen zu allen Aspekten erstatten, die mit Diskriminierungen im Zusammenhang stehen.

## 1.2. Büro und Mitarbeiter

Nachdem der **Personalstand** mit nur einem **juristischen Mitarbeiter** und zwei Mitarbeiterinnen im **Sekretariat** über Jahre gleich geblieben war, konnte angesichts der Anfallsteigerungen der letzten Jahre und der zusätzlichen Aufgabe als Antidiskriminierungsstelle - nach finanzieller Deckung im Budget - ab August 2006 eine **weitere juristische Mitarbeiterin** auf Teilzeitbasis eingestellt werden.

Frau **Dr. Angela Bahro** war nach dem Studium der Rechtswissenschaften und Gerichtsjahr in der öffentlichen Verwaltung und als Versicherungsjuristin in Österreich, Deutschland und Liechtenstein tätig. Ihre letzte Aufgabe als Geschäftsführerin einer Fraueninformations- und Bildungseinrichtung sowie ihre Ausbildung zur Mediatorin befähigen sie besonders für die Arbeit beim LVA mit den Arbeitsschwerpunkten Gleichbehandlung (Antidiskriminierung), soziale Angelegenheiten, Jugendwohlfahrt und Wohnbauförderung/Wohnbeihilfe.



Das **Büro** des LVA befindet sich seit 1986 in zentraler und verkehrsgünstiger Lage **gegenüber** dem Vorarlberger **Landhaus**. Leider besteht – trotz der Funktion als Antidiskriminierungsstelle auch zur Gleichbehandlung von Menschen mit Behinderung – noch immer **kein barrierefreier Zugang**; nach Schaffung eines zusätzlichen Arbeitsplatzes sind auch die räumlichen Kapazitäten eher knapp.

## 1.3. Bürgerkontakte

### 1.3.1. Vorsprachen und Telefonate

Viele Bürger wenden sich in Notlagen und oft in Unkenntnis der Aufgaben an das **Sekretariat** des LVA, welches für viele Menschen **erster Ansprechpartner** ist. Neben **241** vereinbarten **Terminen** im Büro und **66 Sprechtagsterminen** gab es **166 Vorsprachen** ohne Termin, vorwiegend von Männern (94) und aus dem Bezirk Bregenz (67). Manche Anliegen lagen außerhalb der Zuständigkeit, wie Probleme mit Privatrecht (32), Fremdenrecht (3) und Sozialversicherungen (2).

Zusätzlich zu den Telefonaten des LVA und der juristischen Mitarbeiter wurden im Sekretariat **2200 Anrufe** registriert (53% Männer, 47% Frauen). Viele der Anliegen betrafen nicht die Verwaltung, sondern Familien- (13), Miet- (13), Erb- (8) und Arbeitsrecht (5), Sachwalterschaften (5) und sonstige **privatrechtliche Fragen**, insbesondere Konsumentenprobleme (186).

**Besucher** und **Anrufer** werden von den Mitarbeiterinnen grundsätzlich **nicht abgewiesen, sondern** auf die **zuständige Behörde** oder **Rechtsschutzeinrichtung** aufmerksam gemacht. So wurden 295 Bürger auf die Amtstage bei Gericht oder die (unentgeltliche) Beratungsmöglichkeit bei Rechtsanwälten, 12 auf den Patientenanwalt, 33 auf die Konsumentenberatung der Arbeiterkammer und 43 auf andere Beratungsstellen **hingewiesen**.

Zahlreiche Anrufe betrafen Angelegenheiten der **Bundesverwaltung** wie Sozialversicherung und Pensionen (24), Steuern und Bundesabgaben (13), Präsenz- und Zivildienst (9), die Gewerbeordnung (3) sowie Führerschein- (12), Kraftfahr- (7), Fremden- (10) und Wasserrecht (5).

117 Anrufer und 10 Besucher wurden an die **Volksanwaltschaft**, 6 wegen möglicher Diskriminierungen an die **Gleichbehandlungsanwaltschaften** des Bundes verwiesen. In 11 Fällen waren Gerichtsurteile, in jeweils 6 Fällen Exekutivbeamte sowie Rechtsanwälte und ihre Kostennoten Anlass für Anfragen und Beschwerden.

### 1.3.2. Sprechstage und Ortsaugenscheine

Vom LVA und dem juristischen Mitarbeiter wurden **4 Ortsaugenscheine** und **21 auswärtige Besprechungen** durchgeführt. Darüber hinaus stand der LVA auch bei den **Sprechtagen der Volksanwälte** des Bundes für Auskünfte und Beschwerden zur Verfügung.

**Tabelle 1: Sprechstage des Landesvolksanwaltes und der Volksanwälte in Vorarlberg**

Datum	Ort	LVA mit Volksanwalt/Volksanwältin
20.03.2006	BH Bludenz	Mag Ewald Stadler
20.03.2006	BH Feldkirch	Mag Ewald Stadler
21.03.2006	Bregenz, Büro LVA und LReg	Mag Ewald Stadler
21.03.2006	BH Dornbirn	Mag Ewald Stadler
27.06.2006	BH Feldkirch	Dr Peter Kostelka
27.06.2006	BH Bludenz	Dr Peter Kostelka
28.06.2006	BH Dornbirn	Dr Peter Kostelka
28.06.2006	Bregenz, Büro LVA	Dr Peter Kostelka
30.10.2006	Bregenz, Büro LVA	Rosemarie Bauer
30.10.2006	BH Bludenz	Rosemarie Bauer

### 1.3.3. Form der Kontaktaufnahme

Die Aufschlüsselung erfolgt nach der **Erstinformation**, die zur Einleitung des Verfahrens führt (nicht schon eine Terminvereinbarung oder das Ersuchen um Übermittlung der Unterlagen). Jeder Akt wird einer Kategorie zugeordnet, auch wenn in einem aufgrund eines Anrufes eröffneten Verfahren noch Briefe, Besprechungen oder Augenscheine folgen.

Trotz einer größeren Zahl von Terminen gegenüber dem Vorjahr sind die aufgrund einer Vorsprache im Büro sowie nach einem Telefonat eingeleiteten **Verfahren zurückgegangen**. Hingegen **nahmen** die nach einem Sprechtagstermin und aufgrund **schriftlicher Eingaben** (besonders per Mail) eingeleiteten Verfahren **zu**. Dennoch werden immer noch deutlich mehr Verfahren aufgrund eines **mündlichen Vorbringens** eingeleitet.

Tabelle 2: Anlass zur Einleitung des Verfahrens	Anzahl	Prozent
Persönliche Vorsprache im Büro	235	33,4
Vorsprache bei auswärtigem Sprechtag	46	6,5
Telefonat mit Beratung und Information	204	29,0
<b>Summe mündliches Vorbringen</b>	<b>485</b>	<b>68,9</b>
Briefliche Beschwerde oder Ersuchen	82	11,7
Beschwerde oder Ersuchen per Telefax	24	3,4
Beschwerde oder Ersuchen per E-Mail	96	13,7
<b>Summe schriftliches Vorbringen</b>	<b>202</b>	<b>28,8</b>
Überwiesen von VA oder anderer Institution	7	1,0
Ausschließlich von Amts wegen eingeleitet	9	1,3
<b>Gesamtsumme</b>	<b>703</b>	<b>100</b>

### 1.3.4. Persönliche Merkmale der Klienten

Bürger wenden sich überwiegend mit **persönlichen Anliegen** und Problemen an den LVA. Entgegen der Tendenz des Vorjahres waren darunter – trotz Rückgang der Gesamtzahl - etwas mehr Männer (301 statt 296), hingegen weniger **Klientinnen** (249 statt 277). Daneben nehmen auch Vertreter von **Sozialinstitutionen, Bürgerinitiativen, Unternehmen** und **Behörden** die Dienste des LVA in Anspruch.

<b>Tabelle 3: Profil der Beschwerdeführer und Klienten</b>	<b>Anzahl</b>	<b>Prozent</b>
Privatperson, männlich	301	42,8
Privatperson, weiblich	249	35,4
Ehepaar, Familienangehörige gemeinsam	57	8,1
Gruppe von Privatpersonen (Miteigentümer, Nachbarn, ..)	18	2,6
Unternehmen, Unternehmensvertreter	23	3,3
Bürgerinitiativen, wahlwerbende Gruppen	24	3,4
Sozialinstitutionen, Sozialarbeiter	14	2,0
Behörden, öffentlich rechtliche Körperschaften, deren Vertreter	8	1,1
Ausschließlich von Amts wegen eingeleitet	9	1,3
<b>Insgesamt</b>	<b>703</b>	<b>100</b>

### 1.3.5. Herkunft der Klienten

Sieht man von amtswegig eingeleiteten Verfahren, landesweiten Institutionen sowie Personen ab, deren Wohnort nicht zugeordnet werden konnte, stammten aus **Vorarlberg 667**, aus anderen österreichischen **Bundesländern 3** und aus dem europäischen **Ausland 12** Klienten.

Entgegen dem leicht rückläufigen Trend ist die Zahl der Klienten aus dem politischen **Bezirk Bludenz** praktisch gleich geblieben (+1) und liegt der Anteil der Klienten aus diesem Bezirk über dem Bevölkerungsanteil. Trotz Sitz des LVA in Bregenz entspricht der Anteil aus diesem Bezirk genau dem Bevölkerungsanteil, aus den Bezirken Feldkirch und Dornbirn kamen weniger Klienten als dies dem Bevölkerungsanteil entspricht. Insgesamt besteht auch 2006 wieder eine recht **gleichmäßige Verteilung**.

<b>Tab. 4: Regionale Herkunft (Bezirk)</b>	<b>Bevölkerung (31.12.2005)</b>		<b>Beschwerdeführer / Klienten</b>	
	Personen	Prozentanteil	(gerundet)	Personen
Bludenz	70.144	18,3 %	23,2 %	155
Bregenz	130.991	34,2 %	34,2 %	228
Dornbirn	81.017	21,1 %	19,8 %	132
Feldkirch	101.009	26,4 %	22,8 %	152
Vorarlberg gesamt	383.161	100 %	100 %	667

Der Rückgang der Vorarlberger Klienten (667 statt 725) ist ausschließlich auf die bevölkerungsreichste Region **Rheintal** (402 statt 474) zurück zu führen. In den meisten anderen Regionen war sogar ein geringfügiger Anstieg festzustellen: **Walgau** 96 (Vorjahr: 93), **Bregenzerwald** 49 (46), **Montafon** 46 (43), **Leiblachtal** 35 (32), Region **Klostertal/Arlberg** 19 (16) **Kleines Walsertal** 8 (6).

Geringfügig zurückgegangen ist die Zahl nur noch im **Großen Walsertal** (10 statt 14), gleich geblieben ist sie im Brandnertal (2). Erfreulich ist weiterhin, dass unabhängig vom Amtssitz in Bregenz Bürgerinnen und Bürger aus dem ganzen Land, auch aus **kleineren Talschaften** den Weg zum LVA finden.

## 1.4. Institutionelle Kontakte und Öffentlichkeitsarbeit

### 1.4.1. Vorarlberger Landtag

Sitzungen des **Volksanwaltsausschusses** mit mündlichen Berichten des LVA über die eingeleiteten und abgeschlossenen **Prüfungsfälle** fanden am 25.01., 31.05. und 08.11.2006 statt. In der Sitzung vom 25.01.2006 wurde auch der im Vorjahr vorgelegte und dem Ausschuss zugewiesene **Tätigkeitsbericht 2004** behandelt, welcher in der **Sitzung** des Vorarlberger **Landtages vom 01.02.2006** beraten wurde.

Schwerpunkte der Berichte und Beratungen waren u.a. der **unterschiedliche Vollzug** des **Sozialhilfegesetzes** in den einzelnen Bezirkshauptmannschaften, die rechtswidrige Verschreibung von **Schul-erhaltungsbeiträgen**, die **Wohnbeihilfe-Richtlinien**, eine **Golfplatzwidmung** sowie typische Probleme in **Bauverfahren**.

Der im Dezember 2006 abgeschlossene **Bericht 2005** wurde Anfang 2007 in Ausschuss und Plenum beraten.

Einer guten Tradition folgend nahm der LVA regelmäßig an den **Plenarsitzungen** des Vorarlberger Landtages teil. Für die **Unterstützung** der Tätigkeit, aber vor allem das **offene Ohr** für die Anliegen des LVA darf ich dem Präsidenten, der Vorsitzenden des Volksanwaltsausschusses sowie den Mitgliedern des Landtages **danken**.

### 1.4.2. Kontakte mit Behörden und Institutionen

Auch mit den meisten **Behördenvertretern** des Landes, der Gemeinden und des Bundes besteht eine gute und meist **problemlose Zusammenarbeit**. **Persönliche Gespräche** mit Regierungsmitgliedern, Bürgermeistern, Behördenleitern und Sachbearbeitern sind oft **informativer** als langwierige Korrespondenzen und helfen manchen **Konflikt** leichter zu **lösen**.

Eine sehr gute kollegiale Zusammenarbeit besteht auch mit der **Volksanwaltschaft**, dem **Tiroler LVA**, dem Vorarlberger **Patientenanwalt** sowie dem **Kinder- und Jugendanwalt**, in manchen Fällen auch mit dem Ombudsmann der Vorarlberger Nachrichten Dr. Gottfried Feurstein. Aufgrund der neuen Aufgabe als Antidiskriminierungsstelle wurden erste Kontakte mit den teilweise erst im Aufbau befindlichen **Gleichbehandlungs-** und **Antidiskriminierungsstellen** des **Bundes** und der anderen **Bundesländer** geknüpft.

Das Thema Gleichbehandlung und **Diskriminierungsverbot** war Gegenstand eines **Referates** auf einem Seminar des **Interkulturellen Zentrums** im Bildungshaus Batschuns am 12.01.2006. Diese Fragen, vor allem aber Probleme mit der **Sozialhilfe** wurden in einem Vortrag an der **Fachhochschule** Dornbirn am 29.05.2006 thematisiert.

Auf Einladung des Präsidenten des **Verfassungsgerichtshofes** nahm der LVA am 2.10.2006 am **Verfassungstag** in Wien teil. Nach Grußworten des Bundespräsidenten und des Präsidenten des VfGH sowie einem Referat von Univ.Prof. Dr. Karl Schäffer zum Thema „Grundrechte im Spannungsfeld von nationalen und europäischen Perspektiven“ ergab sich die Gelegenheit zu interessanten Kontakten auf Bundesebene.

### 1.4.3. Internationale Kontakte

Als **Schriftführer** des **Europäischen Ombudsmann Institutes** (EOI) nahm der LVA am 01.04.2006 an der außerordentlichen **Generalversammlung** in Innsbruck teil, weiters an den **Vorstandssitzungen** des EOI in Innsbruck (31.03. und 01.04.2006) und Zürich (23.6.2006).

Die Möglichkeit zum **Erfahrungsaustausch** mit Ombudsleuten, welche unter schwierigeren gesellschaftlichen Bedingungen arbeiten, bot die anlässlich der EU-Präsidentschaft Österreichs in Wien veranstaltete Konferenz für **Ombudsleute** und Menschenrechtsbeauftragte **aus Europa und Lateinamerika** (REAL 2006) vom 24. bis 26.04.2006.

Vom 11. bis 13.06.2006 fand im Parlament in Wien auf Einladung von VA Peter Kostelka (als Vizepräsident des **International Ombudsman Institute** - IOI) eine europaweite **Konferenz** der Ombudsleute samt Generalversammlung der europäischen Sektion des IOI statt. Zentrale Diskussionspunkte waren die Vorstellung einer vergleichenden Studie der Ombudsinstitutionen von Frau Univ. Prof. Dr Gabriele Kucsko-Stadlmayer, die Beziehung zwischen Ombudsleuten und Gerichtsbarkeit sowie die Umsetzung der Menschenrechte in Europa.

Eine Möglichkeit zum Erfahrungsaustausch mit Amtskollegen aus der Nachbarschaft bot die Festveranstaltung **„35 Jahre Ombudsstelle der Stadt Zürich“**, der ersten lokalen Ombudsinstitution Europas, am 31.10.2006.

Auf Einladung des Europäischen Bürgerbeauftragten und des englischen Local Government Ombudsman nahm der LVA vom 19. bis 21.11.2006 am **5. Seminar der regionalen Ombudsleute** aus den EU-Mitgliedsstaaten in London teil. Im Rahmen des Seminarthemas „Working together to promote Good Administration and defend Citizens' Rights in the EU“ hielt der LVA ein **Referat** mit dem Titel „Zusammenarbeit mit den Bürgern für eine bessere Verwaltungspraxis“.

#### 1.4.4. Öffentlichkeitsarbeit

Ein großer **Bekanntheitsgrad**, das **Ansehen** in der Öffentlichkeit sowie die Möglichkeit, auf **Misstände** auch **öffentlich hinweisen** zu können, tragen wesentlich zur **Wirksamkeit** von Ombudsinstitutionen bei. Mitunter wenden sich Journalisten von sich aus an den LVA, andere Fälle werden an die Öffentlichkeit getragen, weil sie anders **nicht lösbar** erscheinen oder für viele Menschen von **Bedeutung** sind.

Zweimal präsentierte der LVA zusammen mit betroffenen Bürgerinnen und Bürgern in der österreichweit ausgestrahlten Fernsehsendung **„Volksanwalt - Gleiches Recht für Alle“** aktuelle Fälle. In der Sendung vom 03.06.2006 wurde der tragische **Tod einer Frau** nach Kommunikationsproblemen zwischen **Krankenhaus** und Hausärztin sowie die Erteilung einer **Baubewilligung** in einem **Hangrutschgebiet** thematisiert, in der Sendung vom 25.11.2006 die **Ablehnung der Aufnahme** eines vierjährigen Mädchens in einen **Kindergarten** sowie die **Lärmbeeinträchtigung** von Bewohnern der Nachbargemeinde durch **Motorsportveranstaltungen** in einem Fahrsicherheitszentrum.

Aus aktuellem Anlass wurde der LVA am 16.03. und 20.06.2006 zur Teilnahme an der live ausgestrahlten Sendung **Vorarlberg Heute** eingeladen und nahm dabei Stellung zum geplanten Bau der **Zentralküche** beim Landeskrankenhaus Feldkirch, dem behördlichen Vorgehen bei der Errichtung eines **Golfplatzes** sowie allgemein zur Problematik von **Rückwidmungen** und daraus entstehenden Entschädigungsansprüchen.

Dies waren auch sonst Themen der Berichterstattung in den regionalen Medien neben der Kritik an der **unterschiedlichen Gewährung** von **Sozialhilfe** in den einzelnen Bezirken, der **Nichtaufnahme** drei- und vierjähriger **Kinder** in **Gemeindekindergärten** sowie der rechtswidrigen Einhebung von **Schülerhaltungsbeiträgen**.

Die **Homepage** ([www.landesvolksanwalt.at](http://www.landesvolksanwalt.at)) wurde in deutlich höherem Maße in Anspruch genommen als in den Vorjahren (5461 Zugriffe gegenüber 4875 im Jahr 2005 und 3693 im Jahr 2004).

## 1.5. Geschäftsanfall

### 1.5.1. Arbeitsanfall und Erledigungen im Berichtsjahr

Deutlich **zugenommen** haben im Jahr 2006 gegenüber den beiden Vorjahren die **Beschwerden** und **Prüfungen**, hingegen sind die Anfragen und **Beratungsfälle** – und damit der **Gesamtanfall** – gegenüber dem hohen Stand der beiden Vorjahre **zurück gegangen**.

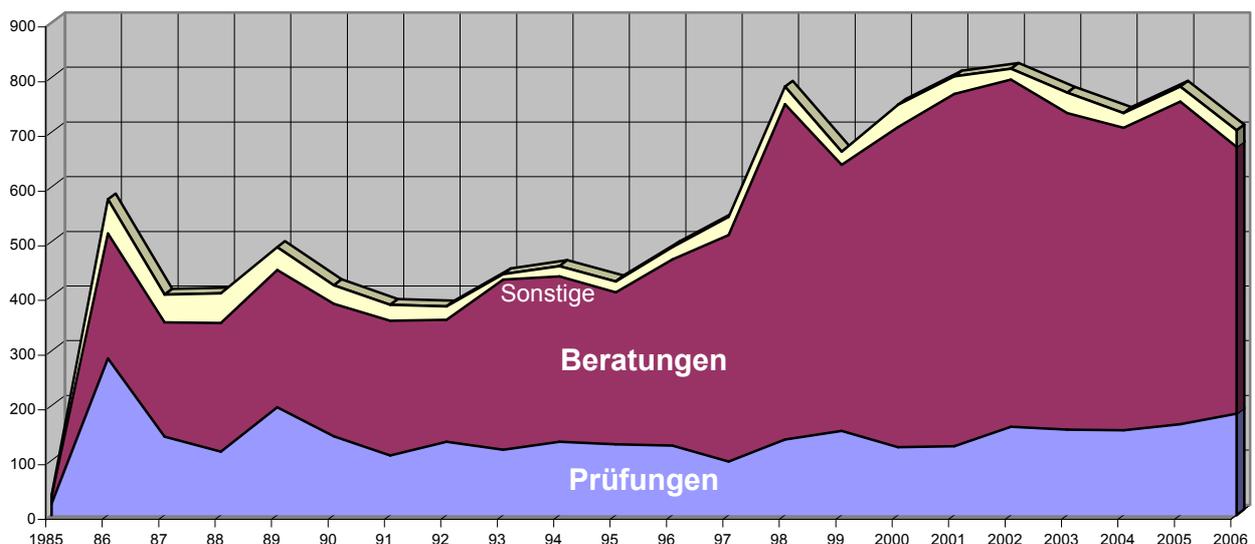
Tabelle 5: Geschäftsanfall im Vergleich zu den beiden Vorjahren

Verfahren	AZ	Anfall 2004	Anfall 2005	Offen Ende 05	Anfall 2006	Erledigt 2006	Offen Ende 06
Amtswegige Prüfungen	aMP	19	8	3	14	12	5
Anregungen/Gesetzgebung	AnGe	2	1	1	3	2	2
Anregungen/Verwaltung	AnVe	9	12	1	7	7	1
Auskunft und Beratung	AuBe	553	590	24	488	499	13
Beantragte Prüfungen	bMP	136	158	28	171	163	36
Empfehlungen	EO	4	3	1	2	2	1
Ratschlag an Allgemeinheit	RA	0	1	0	0	0	0
Verordnungsprüfungen	VP	3	0	0	1	0	1
Sonderregister	S	9	10	0	17	17	0
<b>Insgesamt</b>		<b>735</b>	<b>783</b>	<b>58</b>	<b>703</b>	<b>702</b>	<b>59</b>

### 1.5.2. Langfristiger Vergleich der Anfallsentwicklung

Trotz des Rückganges der Beratungen und des **Gesamtanfalles** liegen die Zahlen des Jahres 2006 im langfristigen Vergleich immer noch auf einem **hohen Niveau**. Die Zahl der **Prüfungsfälle** ist die **dritthöchste** je gemessene und war nur in ersten Amtsperiode des LVA zweimal (1986, 1989) höher.

Aktenanfall 1985 - 2006



**Tabelle 6: Aktenanfall 1985 (ab 30.10) bis 2006**

Jahr	85	86	87	88	89	90	91	92	93	94	95	96	97	98	99	00	01	02	03	04	05	06
<b>Prüfungen</b>	21	286	143	116	197	144	109	134	119	134	129	127	98	138	154	124	126	161	156	155	166	185
<b>Beratungen</b>	13	229	209	235	251	242	246	223	311	302	278	340	414	613	486	585	644	635	579	553	590	488
<b>Sonstige</b>	2	62	51	54	42	34	29	24	10	19	20	23	33	32	24	41	32	20	37	27	27	30
<b>Summe</b>	36	577	403	405	490	420	384	381	440	455	427	490	545	783	664	750	802	816	772	735	783	703

### 1.5.3. Betroffene Gebietskörperschaften und Behörden

Es sind jene **Gebietskörperschaften, Behörden** und Institutionen angeführt, welche von **Beschwerden, Anregungen** und **Auskunftsersuchen** betroffen waren, unabhängig davon, ob im Rahmen der **Hoheits-** oder der **Privatwirtschaftsverwaltung**. Mitunter trifft dies auf **mehrere Behörden** zu.

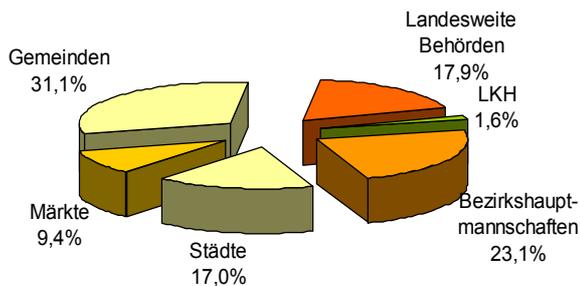
**Tabelle 7: Aufteilung der Verfahren auf Gemeinde-, Landes- und Bundesbehörden**

Behörde / Institution	Prüfungen	Beratungen	Anregungen	Summe
(Amt der) Landesregierung	29	64	4	97
Agrarbehörden (ABB, L-AS)	5	5	-	10
Grundverkehrsbehörden	-	1	-	1
Unabhängiger Verwaltungssenat	6	6	-	12
Landesweite Behörden (Summe)	40	76	4	120
Landeskrankenanstalten	4	7	-	11
BH Bludenz	12	21	-	33
BH Bregenz	13	26	-	39
BH Dornbirn	11	23	-	34
BH Feldkirch	17	32	-	49
Bezirkshauptmannschaften (Summe)	53	102	--	155
<b>BEREICH LANDESVERWALTUNG</b>	<b>97</b>	<b>185</b>	<b>4</b>	<b>286</b>
5 Städte	23	89	2	114
10 Marktgemeinden	21	42	-	63
81 Gemeinden	42	166	1	209
Gemeindeverbände	2	1	-	3
<b>BEREICH GEMEINDEVERWALTUNG</b>	<b>88</b>	<b>298</b>	<b>3</b>	<b>389</b>
LH/LR in Bundesangelegenheiten	3	2	-	5
BH als Bundesbehörde	9	19	-	28
Gerichte, Staatsanwaltschaft	4	19	-	23
Andere Bundesbehörden (FA, VGKK, PVA)	9	16	-	25
Sonst. Bundeseinrichtungen (ÖBB, Post)	5	16	-	21
<b>BEREICH BUNDESVERWALTUNG</b>	<b>30</b>	<b>72</b>	<b>-</b>	<b>102</b>

Fälle, welche **Bundesbehörden, Gerichte** oder im Rahmen der **mittelbaren Bundesverwaltung** tätige Landesbehörden betreffen, sind nur erfasst, wenn der **LVA** über die Abklärung der Zuständigkeit hinaus **tätig war** oder eingelangte Beschwerden an die Volksanwaltschaft **weiter geleitet** hat. Manchmal läuft auch ein Verfahren des Bundes (Gewerbe- oder Wasserrechtsverfahren) parallel mit einem Verfahren innerhalb der Zuständigkeit des LVA (etwa Bau- oder Landschaftsverfahren).

Im Bereich der **Verwaltung** des **Landes** sind die **Prüfungen** landesweiter Behörden und der BHs sowie (in der Summe) Beratungen zu BH-Verfahren praktisch **gleich geblieben**, die **Beratungen** betreffend LReg, UVS, Agrar- und Grundverkehrsbehörden hingegen **zurück gegangen** (von 103 auf 76).

**Aufteilung der Fälle im Rahmen der Zuständigkeit zwischen Landesbehörden und Gemeinden**



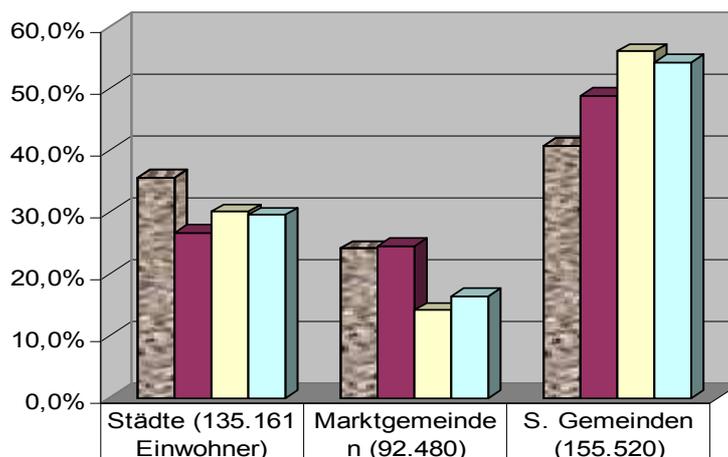
Gegenüber dem Vorjahr **gestiegen** sind die **Prüfungen von Gemeinden** (von 77 auf 88), auch hier sind **weniger Beratungen** angefallen (298 statt 378). Trotzdem gab es - wie im Vorjahr, jedoch im Gegensatz zu den Jahren davor - weniger Prüfungen von Gemeinden (88) als von Landesbehörden (97).

Die Gesamtzahl der Verfahren zur **Gemeindeverwaltung** war aber mit 389 wiederum **höher** als jene betreffend Landesbehörden (286) und machte **57,6%** aller Angelegenheiten aus, die im Rahmen der Zuständigkeit zu bearbeiten waren.

#### 1.5.4. Aufgliederung nach Gemeinden

Bei Aufgliederung der die **Gemeinden** betreffenden Prüfungs- und Beratungsverfahren nach der **Gemeindegröße** wird zwischen den 5 **Städten** (durchschnittliche Einwohnerzahl 27.032), den 10 **Marktgemeinden** (9.248) sowie den 81 übrigen **Gemeinden** (1.920) unterschieden.

**Anteiliger Anfall nach Gemeindetypus**



Wiederum waren **kleinere Gemeinden überdurchschnittlich** von Prüfungs-, vor allem aber Beratungsverfahren **betroffen**, **Städte** hingegen bei Beratungen und Prüfungen **unterrepräsentiert**.

Die Zahl der **Marktgemeinden** betreffenden Prüfungen entsprach dem Bevölkerungsanteil, die Zahl der Beratungen lag aber deutlich darunter.

## 1.6. Erledigung der Missstandsprüfungen

Es wird unterschieden zwischen Verfahren, die an die VA, den LVA von Tirol oder andere Ombudsstellen **abgetreten**, wegen Unzuständigkeit, Unzulässigkeit (anhängiges Verfahren) oder sonstigen Gründen (Zurückziehung der Beschwerde) **eingestellt** wurden, bei denen der **Beschwerdegrund** im Verfahren **beseitigt** oder **kein Missstand** festgestellt werden konnte, sowie jenen Fällen, in denen eine Beseitigung nicht (mehr) möglich war und eine **Beanstandung** oder **Misstandsfeststellung** erfolgte.

Erfreulich ist wiederum die **hohe Zahl** jener Fälle, in denen der **Beschwerdegrund** im Laufe des Verfahrens **beseitigt** werden konnte. Trotz Anstieg der (auch erledigten) Beschwerden ist die Zahl der **Misstandsfeststellungen** und Beanstandungen praktisch **gleich geblieben**.

<b>Tabelle 8: Erledigung der Missstandsprüfungen</b>	<b>amtswegige</b>	<b>beantragte</b>
Am 01.01.2006 offene Fälle	3	28
Im Jahr 2006 eingeleitete Fälle	14	171
<b>Im Jahr 2006 zu bearbeitende Fälle, davon:</b>	<b>17</b>	<b>199</b>
An VA oder andere Ombudsstellen abgetreten	1	19
Wegen Unzuständigkeit oder als unzulässig eingestellt	0	4
Kein Fehler oder Missstand feststellbar	2	60
Beschwerdegrund im Laufe des Verfahrens beseitigt	3	42
Beanstandung, Misstandsfeststellung	4	22
Verfahren aus anderen Gründen eingestellt	2	16
<b>Summe der erledigten Fälle</b>	<b>12</b>	<b>163</b>
Zum 31.12.2006 offen gebliebene Fälle	5	36

## 1.7. Verfahrensdauer

**Weit mehr als die Hälfte** aller im Berichtsjahr abgeschlossenen Verfahren wurde **innerhalb einer Woche** erledigt. Dies betraf vor allem **Beratungen** (350), **Anregungen** zur Verwaltung, die innerhalb weniger Tage **weiter geleitet**, sowie Beschwerden in **Bundesangelegenheiten**, welche unverzüglich an die Volksanwaltschaft **abgetreten** wurden.

**Über 70%** aller Verfahren wurden innerhalb eines **Monats**, etwa **90% innerhalb von 3 Monaten** abgeschlossen. Wegen der Stellungnahme der Behörde und der Erforschung des Sachverhaltes sowie der aktuellen Rechtsprechung nehmen Prüfungen oft mehr Zeit in Anspruch.

<b>Tab. 9: Verfahren abgeschlossen innerhalb von</b>	<b>Anzahl</b>	<b>Prozent</b>	<b>Kumuliert</b>
einer Woche	402	57,3	57,3 %
einem Monat	104	14,8	72,1 %
drei Monaten	122	17,4	89,5 %
sechs Monaten	54	7,7	97,2 %
einem Jahr	15	2,1	99,3 %
mehr als einem Jahr	5	0,7	100 %
Insgesamt	702	100	

## 1.8. Aufteilung der Fälle nach Sachgebieten und Rechtsmaterien

In der unten stehenden Tabelle sind die Verfahren nicht einem Schwerpunkt zugeordnet, sondern betreffen oft mehrere Materien. Die Entwicklung zeigen die **Vergleichszahlen** für die **letzten vier Jahre**. Eine **Aufschlüsselung** nach Problemstellungen erfolgt im nachfolgenden Kapitel 1.9.

<b>Tabelle 10: Sachgebiete / Rechtsmaterien</b>	<b>2002</b>	<b>2003</b>	<b>2004</b>	<b>2005</b>	<b>2006</b>
Abfallbeseitigung/Mülltrennung	17	5	10	9	10
Abgabenverfahren	26	38	23	16	29
ABGB, Zivilrecht allgemein	294	284	221	243	225
Amtshaftung	4	5	9	8	2
Auskunfts-, Umweltinformationsgesetz	2	2	10	8	13
Baugesetz und Verordnungen	202	193	204	193	155
Behindertenrecht	3	8	6	4	8
Bestattungswesen	3	2	4	1	7
Datenschutz	11	4	8	6	8
Dienstrecht der Gemeinden	5	4	4	9	6
Dienstrecht des Landes	12	9	8	14	4
Dienstrecht der Landeslehrer	3	5	8	8	5
Diskriminierung, Gleichstellung (ADG)	-	-	-	1	17
Familienförderung, Familienbeihilfe	5	6	3	1	4
Feuerpolizei	3	2	2	1	2
Finanzverfassung, Finanzausgleich	9	13	15	6	11
Flurverfassung (Agrargemeinschaft, Holzstatut)	5	10	3	2	1
Förderungswesen allgemein	4	3	8	3	3
Forstrecht	3	3	4	10	9
Fremdenrecht	7	9	12	1	7
Führerschein- und Kraftfahrzeuggesetz	23	8	4	10	12
Gefahrenzonenplan / Wildbach- Lawinenverbauung	6	2	3	4	5
Gemeindegesetz (Gemeindeverwaltung)	43	51	39	51	46
Gemeindegut	1	2	1	4	3
Gemeindeordnung 1935 (Hand- und Zugdienste)	-	4	2	6	3
Gesundheitswesen	4	3	8	5	13
Gewerbeordnung	35	22	26	20	27
Grundsteuer, Grundsteuerbefreiung	8	12	2	6	3
Grundverkehr	8	9	6	7	6
Güter- und Seilwegegesetz	12	10	13	13	11
Jagdgesetz	2	2	3	3	1
Jugendwohlfahrt	14	15	19	17	21
Kanalisation, Abwassergebühren	50	37	30	17	35
Katastrophenhilfe	1	1	2	2	5
Kindergartenwesen	2	1	4	5	3
Lärmstörung u. über das Halten von Tieren, G gegen	25	16	13	4	12
Luftreinhaltung	3	-	1	-	1
Mietrecht	6	7	8	4	9
Naturschutz und Landschaftsentwicklung	26	22	17	20	24
Pflegegeld des Landes	8	13	4	5	2
Pflegegeld des Bundes	6	3	2	2	3
Raumplanung	113	108	117	119	104
Schulrecht	5	11	8	36	11

<b>Tabelle 10: Sachgebiete / Rechtsmaterien</b>	<b>2002</b>	<b>2003</b>	<b>2004</b>	<b>2005</b>	<b>2006</b>
Sicherheits- und Rettungswesen	4	3	1	4	6
Sozialhilfe	42	69	57	75	51
Sozialversicherung (ASVG)	10	8	12	3	12
Staatsbürgerschaft	10	8	8	8	10
Strafrecht (StGB, StPO)	8	17	9	15	19
Straßenrecht des Bundes	3	-	2	-	1
Straßenrecht des Landes	72	91	66	79	90
Straßenpolizei (StVO)	24	25	22	34	38
Tourismus	3	3	3	2	3
Veranstaltungsrecht	2	3	2	4	2
Vergabewesen	2	2	5	-	11
Verkehrsverbund, öffentlicher Nahverkehr	8	7	5	6	1
Verwaltungsstrafrecht	32	27	25	26	35
Wahlen, Volksabstimmungen, Volksbegehren	4	2	6	7	1
Wasserrecht	25	25	14	15	23
Wasserversorgung/Wassergebühren	11	11	9	8	16
Wohnbauförderung, Wohnbeihilfe, Wohnbaufonds	36	43	44	47	50
Wohnungseigentumsrecht	7	3	6	9	5
Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz	3	5	5	7	4
Wohnungsvergabe durch eine Gemeinde	4	2	4	3	8
Zweitwohnsitzabgabe	4	3	1	4	4

## 1.9. Arbeitsschwerpunkte

### 1.9.1. Bauverfahren

Beschwerden und Anfragen zum **Baugesetz** und seinen **Verordnungen** sind mit **155 Fällen** gegenüber 193 im Vorjahr zwar deutlich zurückgegangen, aber immer noch **häufigster Anlass**, sich an den LVA zu wenden; die Anzahl der Beschwerden ist mit 30 aber gleich geblieben. Wie in den Vorjahren wandten sich mehr Nachbarn (87) an den LVA als Bauherrn und Grundeigentümer (60). Zentrale Anliegen waren die **Nachbarrechte** (55), vor allem wegen vorhandener oder befürchteter **Immissionen** (34) sowie Einhaltung des Bauabstandes (22). Anlass boten u.a. **Gewerbebetriebe** (25, davon 5 EKZ), **Landwirtschaften** und **Tierhaltung** (7), **Sportanlagen** (6) und **Handymasten** (5).

Die Vereinbarkeit von Bauwerken mit der **Flächenwidmung** (31), dem **Orts- und Landschaftsbild** (27), der **Baunutzungszahl** (10) und einem **Bebauungsplan** (9) wurden ebenso geprüft wie die Wiederherstellung des rechtmäßigen Zustandes bei **Planabweichungen** (9), **konsenslosen Bauwerken** (7) und Nichteinhaltung von Auflagen (5). Dabei wurde immer wieder die grundsätzliche Frage nach der Anzeige- oder **Bewilligungspflicht** (18) aufgeworfen. Auch Probleme mit der **Zufahrt** (23), **Einfriedungen** und Stützmauern (10), der **Eignung** von Baugrundstücken wegen Rutschgefahr, Lawinen, Bäumen, Steinschlag und der Nähe zu Gewässern (8), mit **Autoabstellplätzen** (6), dem **Brandschutz** (4) sowie fehlenden **Kinderspielplätzen** (1) wurden thematisiert.

17 Verfahren betrafen die Verletzung der Entscheidungspflicht durch **Untätigkeit oder Säumnis** der Behörde, 10 unzureichende Informationen über Bauvorhaben oder die Verweigerung der **Akteneinsicht**, jeweils 5 ein Verfahren zur **Baugrundlagenbestimmung** sowie die **Verfahrenskosten** und 2 ein **Vollstreckungsverfahren**.

### 1.9.2. Raumplanung

Auf diesen Rechtsbereich entfielen **104 Fälle**, darunter 20 Prüfungen und eine Anregung zur Gesetzgebung. 53 Anliegen betrafen **Bauvorhaben** oder schon bestehende **Gebäude**, insbesondere wegen der **Vereinbarkeit** mit Flächenwidmung und Bebauungsplan.

26 Mal wurden **Umwidmungen** thematisiert, davon 11 **Rückwidmungen** und ihre Folgen. In 8 Fällen ging es um **erhoffte Baulandwidmungen**, 7 Mal wurden Umwidmungen in der Nachbarschaft **beanstandet**. Weitere Anliegen betrafen **Bebauungspläne** (9), **Einkaufszentren** und **Ferienwohnungen** (je 5), die Errichtung von **Sportplätzen** (3) **Umlegungen** (2) sowie eine **Bausperre**.

### 1.9.3. Straßenrecht

**90 Fälle** (davon 16 Prüfungen, 72 Beratungen und 2 Anregungen) betrafen das **Straßengesetz** des Landes. Überwiegend betroffen waren **Gemeindestraßen** (63), aber auch öffentliche **Privat-** (16), **Landes-** (9) und **Genossenschaftsstraßen** (3). Während Bundesstraßen nach der Übernahme durch das Land keine Rolle mehr spielen (1), betrafen 11 Verfahren das **Güter- und Seilwegesgesetz**.

Besonders häufige Anliegen waren die **Zufahrt** zu und von öffentlichen Straßen (20), Probleme mit **Einfriedungen** (Bäumen, Büschen) an öffentlichen Straßen (19), die **Grundinanspruchnahme** (oder **Rückstellung**) bei **Verbreiterung**, Verlegung, Neuanlegung oder Auflassung von **Straßen** (11) und Beeinträchtigungen durch **Straßenbaumaßnahmen** (9), **Verkehrslärm**, **Feinstaub** oder **Abgase** (8) und die **Schneeräumung** (8). Weiters wurden das Bestehen eines **Gemeingebrauches** (9), die Einräumung eines **Sondergebrauches** (2), die **Erhaltungspflicht** samt Haftung (4) und der **Bauabstand** (2) thematisiert.

Weitere Probleme warfen auf die Auflassung von Gemeindestraßen (4), das Parken auf öffentlichen Straßen (4), die Errichtung von Gehsteigen (2), der **Grenzverlauf** zu öffentlichen Straßen (5), die **Straßenbeleuchtung** und das Bestehen einer **öffentlichen Dienstbarkeit** über ein Privatgrundstück.

### 1.9.4. Sozialhilfe, soziale Förderungen

**51 Sozialhilfefälle**, darunter 12 Prüfungen, 37 Beratungen und 2 Anregungen, bedeuten einen Rückgang gegenüber dem Vorjahr (75). Diese betrafen die **Gewährung** von Sozialhilfe und deren Höhe (25), den **Rückersatz** von Sozialhilfebeziehern (10), **unterhaltungspflichtigen Angehörigen** (9) sowie auf Grund eines **Schenkungswiderrufes** gemäß § 947 ABGB (3), aber auch die Dauer von Sozialhilfverfahren (4) und das Verhalten der Sachbearbeiter gegenüber Antragstellern (6). 3 Mal wurde die Einschaltung der **Fremdenpolizei** wegen eines Antrages auf Sozialhilfe kritisiert.

22 **Betroffene** wandten sich selbst an den LVA, in 20 Fällen wurden die Probleme durch **Angehörige** oder **Sachwalter**, in 6 Fällen durch **Sozialarbeiter** oder andere Betreuer vorgebracht. Weitere Fälle der sozialen Unterstützung (neben der Wohnbeihilfe, s.u.) betrafen die Förderung von Menschen mit **Behinderung** (3), den **Heizkostenzuschuss** und die **Familienförderung** (je 2) sowie das **Pflegegeld** des Landes (2) und des Bundes (3).

### 1.9.5. Wohnbauförderung, Wohnbeihilfe, Wohnungsprobleme

Von **50 Fällen** zur **Wohnbauförderung** (37 Beratungen, 12 Prüfungen, eine Empfehlung) entfielen allein 35 auf die **Wohnbeihilfe**: In 17 Fällen wurde die Einstellung oder **Ablehnung**, in 13 die **Einkommensberechnung** nicht verstanden. Gründe für die Ablehnung oder Kürzung der Wohnbeihilfe waren die Anrechnung eines **fiktiven Unterhaltes** und die Hochrechnung von **Teilzeiteinkommen** (je 6), die **Ausgleichszahlung** bei Scheidung (3), ein **Studium** oder eine trotz **Trennung** noch aufrechte Ehe (je 2), eine behauptete Lebensgemeinschaft sowie das Miteigentum an einem (mit Wohnungsrecht der Übergeberin belasteten) Haus. In vier Fällen wurde die **Rückforderung** von Wohnbeihilfe (bzw Einbehalt) thematisiert.

Die Gewährung von **Wohnbauförderung** – etwa bei ausländischer Staatsbürgerschaft oder Rückübersiedlung aus dem Ausland (4) – war 10 Mal Gegenstand einer Anfrage oder Beschwerde, zweimal die vorzeitige **Rückforderung** eines Darlehens, je einmal die **Althausanierung** und die Vorschreibung von **Eintragungsgebühren** für geförderte Wohnungen.

Der Wunsch nach **Vergabe** geförderter gemeinnütziger oder **Gemeindewohnungen** wurden von 8 Wohnungssuchenden angesprochen. Mietrechtliche Probleme (9) sowie Fragen des Wohnungseigentums- (5) und des Wohnungsgemeinnützigkeitengesetzes (4) standen meist in Zusammenhang mit gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften und der Aufsicht durch die Landesregierung.

### 1.9.6. Gemeindeverwaltung, Gemeindeaufsicht

Regelungen des **Gemeindegengesetzes** (46) spielen sowohl im Bereich der Gemeindeverwaltung (etwa für die **Zuständigkeit** der Gemeindeorgane) eine Rolle wie bei Maßnahmen der **Gemeindeaufsicht** (10). Viele Anliegen standen im Zusammenhang mit **zivilrechtlichen Problemen** zwischen Bürgern und Gemeinden, 3 mit der Verwaltung des **Gemeindegutes**.

Probleme beim **Kanalanschluss** (7), der **Verlegung** von Abwasserkanälen (9), der **Wasserversorgung** (4) der **Abfallbeseitigung** und Mülltrennung (5), der Pflichtschulen (4) und Kindergärten (3) und des Vollzuges des Gesetzes gegen Lärmstörung und über das Halten von Tieren (12) sowie des Veranstaltungsgesetzes (2) beschäftigten den LVA ebenso wie die entsprechenden Abgaben.

### 1.9.7. Abgaben, Gebühren und Steuern

Finanzielle Vorschreibungen durch Behörden auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene werden von den Bürgerinnen und Bürgern häufig angesprochen. Dazu gehören von der Gemeinde vorgeschriebene **Kanal-** (19), **Wasser-** (9) und **Abfallgebühren** (4), **Zweitwohnsitzabgabe** (4), **Grundsteuer**, Ersatzleistungen für **Hand- und Zugdienste** und **Tourismusbeitrag** (je 3) sowie **Parkgebühren** (1).

Weiters angesprochen wurden Kosten des **Bau-** (5) und **Staatsbürgerschaftsverfahrens** (1), **Spitalsgebühren** (4), **Verwaltungsabgaben** sowie in diesem Zusammenhang oft auch allgemein **verfahrensrechtliche Probleme** (29), außerhalb der Zuständigkeit auch Gerichtsgebühren und Einkommensteuer (je 4).

### 1.9.8. Straßenpolizei und Verwaltungsstrafrecht

**Regelungen** des **Straßenverkehrs** und **Verstöße** gegen die **StVO** waren Gegenstand von 11 Beschwerden, 3 Anregungen und 24 Beratungen. Diese bezogen sich vor allem auf kritisierte oder erwünschte **Fahrverbote** (5), den ruhenden Verkehr (8: **Parkverbote**, Kurzparkzonen, Beeinträchtigung durch parkende Fahrzeuge), **Geschwindigkeitskontrollen** (3) und andere Maßnahmen zur Regelung des Verkehrs und Verbesserung der **Verkehrssicherheit** (4). 12 Fälle betrafen das **Führerschein-** und **Kraftfahrwesen** im Zuständigkeitsbereich des Bundes.

Von 35 Fällen (13 Beschwerden) betreffend **Verwaltungsstrafverfahren** standen Vergehen im **Straßenverkehr** (14) sowie (außerhalb der Zuständigkeit) des Führerschein- (6) und Kraftfahrzeuggesetzes (4) im Vordergrund, in 5 Fällen in Zusammenhang mit **Alkohol**. Strafverfahren betrafen auch Verstöße gegen das Güter- und Seilwege- (2), das Parkabgabe- und das Baugesetz, außerhalb der Zuständigkeit weiters das Lebensmittelgesetz (2), das Ausländerbeschäftigungsgesetz, die Gewerbeordnung sowie eine Bestrafung wegen der fehlenden Autobahnvignette. Anliegen waren auch die **Stundung** (Ratenzahlung) von Geldstrafen (6), der (Nicht-)Vollzug der **Ersatzfreiheitsstrafe** (4), die behauptete Verjährung (3) sowie eine nicht bezahlte **Anonymverfügung**.

### 1.9.9. Diskriminierung und Gleichbehandlung

Beim **Aufbau** der **Antidiskriminierungsstelle** standen zunächst Kontakte mit Behördenvertretern, gesellschaftlichen Organisationen sowie den Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsstellen des Bundes und anderer Bundesländer, die Sammlung von Informationen und die Mitarbeit an einer gemeinsamen Broschüre im Vordergrund.

Trotz **Information** in Presseaussendungen, auf der Homepage und bei Vorträgen wurde die **neue Aufgabe** als Antidiskriminierungsstelle in der Öffentlichkeit noch **wenig wahrgenommen**. Von 17 geprüften Diskriminierungen (11 Anfragen, 4 Beschwerden, je eine Anregung und amtswegige Prüfung) lagen einige außerhalb des Anwendungsbereiches des ADG.

Diskriminierungen auf Grund des Alters, der sexuellen Ausrichtung und des Geschlechtes wurden nicht vorgebracht. Eine Anfrage betraf die mögliche **Diskriminierung aus religiösen Gründen** (Kündigung der Mitarbeiterin einer kirchlichen Organisation nach dem Kirchenaustritt).

In 6 Fällen wurde eine Diskriminierung **wegen Behinderung** thematisiert, u.a. wegen fehlender Behindertenparkplätze (Kap 2.2.6.), bei der Wohnungsvergabe (2) und der Ausstellung des Führerscheines.

10 Bürger/innen wandten sich wegen einer Diskriminierung **aufgrund der ethnischen Herkunft** bzw der „Ausländereigenschaft“ an den LVA. Dies betraf u.a. auf Inländer/innen beschränkte **Stellenanzeigen** in einer Gemeindezeitung (Kap 2.6.15), **rassistische Äußerungen** in einem regionalen Internetforum sowie die **Benachteiligung** beim Familienzuschuss (2), der Wohnungsvergabe und verschiedenen Sozialleistungen.

Soweit für die Schlechterstellung ausschließlich die **Staatsbürgerschaft** maßgebend ist, fällt dies nicht unter das ADG. Mitunter wird die Bezeichnung „Ausländer“ aber generell auf Personen mit **Migrationshintergrund** (selbst mit österreichischer Staatsbürgerschaft) bezogen. Zu beachten ist auch das Gebot der **Freizügigkeit für EU-Bürger** und durch Staatsverträge gleichgestellte Ausländer.

Einen klaren Verstoß gegen das Diskriminierungsverbot wegen ethnischer Herkunft stellt die **Abweisung** von „ausländisch aussehenden“ Jugendlichen durch Türsteher von **Diskotheken** (2) dar: Dies fällt allerdings nicht in den Anwendungsbereich des ADG, sondern des Bundes-Gleichbehandlungsgesetzes.

### 1.9.10. Dienst- und Arbeitsrecht

Die 31 dienstrechtlichen Probleme betrafen 14 **Landesbedienstete**, 9 **Gemeindeangestellte** und 8 **Lehrer**. 7 Landes- und zwei Gemeindebediensteten wurde ein unhöfliches oder **dienstwidriges Verhalten**, zwei Landesbediensteten **Befangenheit** bei der Vornahme von Amtshandlungen vorgeworfen. Je zwei Landesbedienstete und Lehrer sowie ein Gemeindeangestellter erhoben den Vorwurf des **Mobbing**.

Gegenstand von Prüfungen und Beratungen waren weiters eine **Dienstbeurteilung**, Fragen der Einstufung und **Entlohnung** (5), die **Ausschreibung** und gewünschte **Begründung** eines Arbeitsverhältnisses (4), Ansprüche auf **Abfertigung** nach **Beendigung** des Dienstverhältnisses sowie die Dienstfreistellung, **Karenzierung** und Überprüfung der **Dienstfähigkeit** von Lehrern (3).

## 2. Besonderer Teil

### 2.1. Anregungen zur Gesetzgebung

#### 2.1.1. Prüfung ausgelagerter Gemeindeaufgaben durch den Landesvolksanwalt

Ein nebenberuflich tätiger Schwimmlehrer bewarb sich um die ausgeschriebene Dienstleistungskonzession zum Betrieb einer **Schwimmschule** in einem **städtischen Hallenbad**. Laut **Ausschreibung** sollten als **Zuschlagskriterien** das Jahresmindestentgelt, der Umsatzanteil sowie auf Grund einer persönlichen Präsentation das Konzept und der persönliche Eindruck gelten. Obwohl er ein **höheres Angebot** gelegt hatte, wurde er **nicht** einmal zu einer Präsentation **eingeladen** und die Konzession an den bisherigen Schwimmlehrer vergeben. Nach dem Training für einen Schwimmverein erhielt er sogar Hausverbot (06 bMP-131).

Der Bürgermeister nahm zwar zur Beschwerde Stellung, eine förmliche **Prüfung** des Vergabeverfahrens durch den LVA war jedoch **nicht möglich**, da das Schwimmbad nicht mehr von der Stadt, sondern von einer **ausgelagerten** Sport- und Freizeitbetriebe **GmbH** betrieben wird. Nach Hinweis darauf regte der nicht berücksichtigte Bewerber an, die **Prüfungszuständigkeit** des LVA auf ausgelagerte Gemeindeaufgaben zu **erweitern** (06 AnGe-003).

Eine ähnliche **Anregung** auf Erweiterung der Prüfungszuständigkeit war **bereits 1991** durch den damaligen LVA erfolgt und in der Sitzung des Rechtsausschusses des Landtages am 24.03.1999 in Anwesenheit des amtierenden LVA - erfolglos - behandelt worden.

Während die **Zuständigkeit des LVA auch** Verwaltungs- und Privatrechtsangelegenheiten des **Landes** umfasst, wenn diese nicht von Organen des Landes selbst, sondern **von anderen Rechtspersonen** im Auftrag des Landes besorgt werden (§ 2 Abs 5 lit a LVA-G), **fehlt** dieser **Zusatz** für die Tätigkeit der **Gemeinden** in § 2 Abs 5 lit b LVA-G. In zunehmendem Maße werden **Dienstleistungsaufgaben** der Gemeinden in Gesellschaften **ausgelagert**, viele davon stehen im Eigentum von Gemeinden oder Gemeindeverbänden. Dazu gehören neben Freizeiteinrichtungen auch Alters- und Pflegeheime oder die Wasserversorgung. Diese werden dadurch weitgehend **der öffentlichen Kontrolle**, auch durch den LVA, **entzogen**. Damit wird der Bevölkerung die Möglichkeit genommen, als Missstand empfundene Handlungen und Entscheidungen durch eine unabhängige Stelle prüfen zu lassen.

Die **Volksanwaltschaft** des Bundes hat die Vorarlberger Regelung in § 2 Abs 5 lit a LVA-G als vorbildlich angesehen, da ihre **Prüfungsbefugnis durch Auslagerungen** des Bundes immer weiter **eingeschränkt** wurde. Im Zuge der aktuellen Diskussion über eine Novellierung der Bundesverfassung wird **vorgeschlagen**, dem langjährigen Wunsch der VA entsprechend die Prüfungszuständigkeit **auf ausgelagerte Betriebe** des Bundes zu **erweitern**.

Im Interesse der Rat suchenden und von einem möglichen Missstand betroffenen Bürgerinnen und Bürger befürwortete der LVA die Erweiterung seiner Prüfungszuständigkeit im Sinne der Anregung. In der vom Landtagspräsidenten übermittelten Stellungnahme der **Landesregierung** wurde ebenfalls auf den Entwurf einer **Novelle zum B-VG** hingewiesen. Danach soll die Prüfkompetenz der VA auf die Tätigkeit von ausgegliederten Rechtsträgern erstreckt werden, soweit die behaupteten oder vermuteten Missstände bei der Erfüllung von im allgemeinen Interesse liegenden Aufgaben aufgetreten sind. Nach einer geplanten Änderung des Artikel 148 i B-VG sollen den Ländern künftig nur mehr zwei Optionen zur Regelung der Missstandskontrolle offen stehen: Entweder sie erklären die Volksanwaltschaft auch für den Bereich der Landesverwaltung für zuständig oder sie schaffen eine gleichartige Einrichtung, deren Prüfungszuständigkeit sich auch auf vom Land beherrschte Unternehmungen, Stiftungen, Fonds und Anstalten zu erstrecken hat.

Unter diesen Umständen müsste § 2 Abs 5 LVA-G den **bundesverfassungsgesetzlichen Vorgaben** angepasst werden. Deshalb werde man zunächst die **Ergebnisse der Novellierung des B-VG** über die Kontrollbefugnisse der VA und die damit verbundenen Auswirkungen auf die landesgesetzlichen Vorschriften **abwarten**.

### 2.1.2. Zuständigkeit zur Erteilung von Ausnahmegenehmigungen vom Bebauungsplan

Die **Nachbarin** eines bisher als Garten genutzten Grundstücks führte darüber Beschwerde, dass darauf nun ein **5-stöckiges Haus** in einem **Abstand von lediglich 50 cm** zu ihrer Grenze errichtet werden soll, wodurch auch die **Baugrenze überschritten** werde. Dafür und für die Errichtung von 5 Geschoßen sei eine **Ausnahme vom Bebauungsplan** erteilt worden. Dabei sei beim Verkauf des Grundstücks durch die Stadtgemeinde an den nunmehrigen Eigentümer sogar festgelegt worden, dass darauf kein oberirdisches Gebäude errichtet werden dürfe.

Zentraler Punkt ihrer Beschwerde war die Erteilung der **Ausnahmegenehmigung durch den Stadtrat**, obwohl der **Bebauungsplan** von der **Stadtvertretung** beschlossen worden war. Es war für sie nicht verständlich, dass der Gemeindevorstand den vom **höchsten Gremium** der Gemeinde beschlossenen Bebauungsplan durch Ausnahmegenehmigungen einfach außer Kraft setzen kann.

Der LVA kam zwar bei Prüfung der Beschwerde zum Schluss, dass die Erteilung der **Ausnahmegenehmigung weder als rechtswidrig** noch als **unsachlich** anzusehen ist, leitete das Anliegen der Bürgerin jedoch an den Landtag weiter als **Anregung**, § 35 Abs 2 RPG dahin gehend abzuändern, dass die Erteilung von **Ausnahmen der Gemeindevertretung vorbehalten** wird (06 AnGe-002).

In der Äußerung zur Anregung betonte der **LVA** die **grundsätzliche Problematik** bei Erteilung von Ausnahmegenehmigungen. Da die Bewilligung gemäß § 35 Abs 2 RPG im **behördlichen Ermessen** liegt, ist die **Verwaltungspraxis** sehr **unterschiedlich**. Mitunter wird aus Angst vor Präzedenzfällen selbst bei nachvollziehbaren Gründen **keine Ausnahme** gewährt, auf der anderen Seite ist gerade bei größeren Wohnobjekten immer wieder eine sehr **großzügige Erteilung** von Ausnahmegenehmigungen festzustellen (siehe JB 2004, Seite 44-46, wo die unterschiedliche Handhabung des Ermessens an zwei Beispielen dargelegt wird).

Dazu kommt, dass die **Nachbarn** in diesem Verfahren wie bei der Erlassung eines Bebauungsplanes **nur ein Anhörungsrecht** haben. Mangels Einräumung von subjektiv öffentlichen Nachbarrechten kann selbst eine **willkürliche Ausnahmegenehmigung nicht bekämpft** werden. Im Bauverfahren wird damit der **Rechtsschutz** zu Lasten der Nachbarn deutlich **eingeschränkt**.

Grundsätzlich erscheint die **Möglichkeit** einer **Ausnahme** zur Vermeidung von Härten **sinnvoll** und hängt die Problematik nicht so sehr davon ab, ob die Gemeindevertretung oder der Gemeindevorstand entscheidet. Auch bestehen **keine rechtlichen Bedenken**, wenn die Befugnis nicht dem höchsten Organ der Gemeinde zusteht. Der **LVA** schloss sich daher der Anregung nicht voll inhaltlich an, schlug aber eine klare **Festlegung der Voraussetzungen** für die Erteilung von Ausnahmegenehmigungen vor: Diese sollten **nur unter besonderen**, im Bebauungsplan nicht berücksichtigten **Umständen** gewährt werden. Andernfalls stellt sich mitunter die Frage, welchen Sinn ein **Bebauungsplan** hat, wenn er laufend **durch Ausnahmen unterlaufen** wird.

In der vom Landtagspräsidenten übermittelten Stellungnahme der **Landesregierung** wurde es für **nicht zweckmäßig** erachtet, die Erteilung von Ausnahmen generell der Gemeindevertretung vorzubehalten. Entgegen der Ansicht des LVA erachtet die LReg auch die **gesetzlichen Voraussetzungen** für die Erteilung einer Ausnahmegenehmigung als **ausreichend**, da sie den nötigen Spielraum im Einzelfall gewährten. Schließlich hätten die Nachbarn auch, wenn durch die Ausnahme die Abstandsflächen nicht mehr eingehalten werden, dazu Parteistellung im Bauverfahren.

### 2.1.3. Gewährleistung der Akteneinsicht für Gemeindevertreter und Gemeindevorstände

Eine **Stadtvertretung** beschloss die **Einbringung** ihrer **Sparkasse** in eine AG, den Mitgliedern einer **Minderheitenfraktion** wurde zuvor **keine Einsicht** in die Unterlagen gewährt. Die BH gab der **Aufsichtsbeschwerde** Folge und hob den **Beschluss** als **gesetzwidrig** auf, da der **Stadtrat** **zuständig** gewesen wäre. Der Mangel könne aber durch eine **nachträgliche Zustimmung** des Stadtrates beseitigt werden.

Kurz nach Zustellung des Bescheides tagte der **Stadtrat**. Die **Beschlussfassung** über diesen Gegenstand wurde mit **Dringlichkeitsantrag** als zusätzlicher Punkt in die **Tagesordnung aufgenommen**. Der **Stadträtin** aus der Minderheitenfraktion wurde jedoch **wieder** die **Einsicht** in die **Unterlagen verwehrt** und auch ihr Antrag auf Vertagung zur Einsichtnahme in die Verträge abgelehnt (06 bMP-015).

Die **neuerliche Beschwerde** der Stadträtin wurde von der BH unter Hinweis auf § 59 Abs 4 iVm § 38 Abs 3 GG **abgelehnt**. Demnach hätten die Mitglieder des Gemeindevorstandes das **Recht, nach Bekanntgabe der Tagesordnung** während der Amtsstunden **bis zur Sitzung** in die zur Behandlung stehenden Akten und Aktenteile, die für die Entscheidungsfindung maßgeblich sind, **Einsicht zu nehmen**; hingegen sei ein Einsichtsrecht **während der Sitzung** gesetzlich **nicht vorgesehen**. Aus diesem Grunde wollte die Aufsichtsbehörde keine Verletzung des Rechtes auf Akteneinsicht erkennen.

Angesichts dieser auf den Gesetzeswortlaut gestützten Beurteilung der Aufsichtsbehörde ersuchte die Beschwerdeführerin den LVA, beim Landtag eine **Änderung** des § 38 Abs 3 GG **anzuregen**: den Mitgliedern des Gemeindevorstandes und der Gemeindevertretung sei **auch** dann **Akteneinsicht** zu gewähren, wenn ein **Gegenstand nachträglich auf die Tagesordnung** genommen wird (AnGe-001).

Der LVA schloss sich dieser Anregung an. Bei **wörtlicher Gesetzesauslegung** kann eine 2/3 Mehrheit in Gemeindevertretung oder Gemeindevorstand Mandataren die **Akteneinsicht** dadurch **verwehren**, dass die entsprechenden **Gegenstände** erst **zu Beginn der Sitzung auf die Tagesordnung** genommen werden. Dies soll nach Ansicht der im Anlassfall befassten BH rechtmäßig sein, macht aber den **Zweck** des § 38 Abs 3 GG **zunichte**: Die **Mandatare** sollen sich über jene Gegenstände, über die sie **abzustimmen** haben, **auch informieren** können.

Die vom Landtagspräsidenten übermittelte Stellungnahme der **Landesregierung** betonte, dass das **Recht** eines Gemeindevertreters **auf Einsicht in Akten**, die für die Entscheidungsfindung maßgeblich sind, als **selbstverständlich vorauszusetzen** ist. Durch die Formulierung des § 38 GG sollte das Recht auf Akteneinsicht ausschließlich im Interesse eines geordneten Verwaltungsablaufes im Gemeindeamt **zeitlichen Beschränkungen** unterworfen werden. Dabei ist der Gesetzgeber vom Regelfall ausgegangen, dass die Tagesordnung im Voraus festgelegt und bekannt gegeben wird. Daraus könne nicht auf eine Absicht geschlossen werden, bei nachträglicher Aufnahme von Tagesordnungspunkten die Gemeindevertreter uninformatiert abstimmen zu lassen. Auch wenn auf eine gesonderte Regelung verzichtet wurde, ist der **Gesetzgeber** davon ausgegangen, dass **für** die nötige **Information und Akteneinsicht Sorge getragen** wird.

Der vorliegende Einzelfall solle **nicht** zum **Anlass** genommen werden, **Detailregelungen** in das Gesetz aufzunehmen, die eine **Selbstverständlichkeit** darstellen und die Praxis nur unnötig einschränken. Deshalb wurde eine **Gesetzesänderung nicht** für **notwendig** erachtet. Im Interesse der Klarstellung und einheitlichen Handhabung aber eine entsprechende Information an die Gemeinden und Bezirkshauptmannschaften als zweckmäßig angesehen.

## 2.2. Anregungen zur Verwaltung

Von **sieben Anregungen** zur Verwaltung, die an den LVA herangetragen und weiter geleitet wurden, richteten sich **vier** an die **Landesregierung** (drei davon den Sozialhilferückersatz betreffend) und **drei** an **Gemeinden** zur Verkehrsregelung. Entsprochen wurde zwei Anregungen an die LReg, die eine Anregung ablehnte, und einer an eine Gemeinde. Bei den drei Anregungen ist die Umsetzung offen.

### 2.2.1. Information über das Recht auf Akteneinsicht von Gemeindefunktionären

In der Stellungnahme zur Anregung auf Änderung des Gemeindegesetzes, um das **Recht der Akteneinsicht** auch bei nachträglicher Aufnahme von Beratungsgegenständen in die Tagesordnung sicher zu stellen, brachte die LReg zum Ausdruck, dass **in jedem Fall** für die **nötige Information** und Akteneinsicht Sorge zu tragen ist (siehe Kap 2.1.3. oben). Da die BH als Gemeindeaufsichtsbehörde im Anlassfall dazu eine andere Rechtsansicht vertreten hatte, regte der LVA an, die **Gemeinden** und Gemeindeaufsichtsbehörden auf die **korrekte Interpretation** der Bestimmungen des Gemeindegesetzes über die Akteneinsicht für Mitglieder der Gemeindevertretung und des Gemeindevorstandes **hinzuweisen** (06 AnVe-002).

Die **Landesregierung** betonte in Entsprechung der Anregung in einem **Rundschreiben** vom 10.05.2006 **an alle Gemeinden** und **Bezirkshauptmannschaften**, dass die im Anlassfall von einer BH vorgenommene einschränkende **Auslegung zu kurz greift**. Die Bestimmung des § 38 Abs 3 GG ist jedenfalls so auszulegen, dass das **Recht auf Akteneinsicht** den Mitgliedern der Gemeindevertretung und des Gemeindevorstandes auch in jenen Fällen **zu gewähren** ist, in denen Beratungsgegenstände nach § 41 Abs 3 GG nachträglich in die Tagesordnung aufgenommen werden.

### 2.2.2. Verzicht auf Sozialhilferückersatz aus frei bleibendem Einkommen

Der **Sachwalter** einer pflegebedürftigen Angehörigen, welche für die Heimkosten nach Verbrauch der Ersparnisse Sozialhilfe in Anspruch nehmen musste, ging mit den laut Sozialhilfverordnung **frei bleibenden Pensionsanteilen sparsam** um. Im Laufe der Jahre konnte er so für Anschaffungen und Notfälle eine **Rücklage** von € 12.600,-- **bilden**. Die BH schrieb aber einen **Kostensatz** von € 8.600,-- vor: Bei Heimbewohnern sei nur ein Betrag von € 4.000,-- außer Ansatz zu lassen und das übrige Vermögen zur Bezahlung der Unterkunfts- und Verpflegskosten zu verwenden.

Der Sachwalter erhob kein Rechtsmittel und überwies den Betrag, fand diese **Verwaltungspraxis** jedoch als **ungerecht** und sachlich nicht gerechtfertigt: Damit würden jene **Heimbewohner**, die mit den frei bleibenden Pensionsanteilen **sparsam** umgehen und diese für mögliche Anschaffungen (wie ein neues Fernsehgerät) zur Seite legen, **schlechter gestellt** gegenüber jenen, welche die Pensionsanteile umgehend ausgeben (06 AnVe-001).

Diese **Praxis** der Sozialhilfebehörden in Vorarlberg wurde in Erkenntnissen des VwGH als **gesetzeskonform** bestätigt. Dennoch erscheint es problematisch, Ersparnisse aus gemäß SHV frei bleibenden Einkommensteilen zum Rückersatz heranzuziehen. Damit wird ein **Anreiz** geschaffen, den zur freien Verfügung stehenden **Pensionsanteil umgehend zu verbrauchen**. Der LVA leitete die Anregung des Sachwalters, auf Rückersatz in jenen Fällen zu verzichten, in denen sich Ersparnisse nur aus gemäß SHV frei bleibenden Pensionsanteilen ergeben, an die LReg weiter.

Die **Landesregierung lehnte** die **Umsetzung** der Anregung **ab**. Auch **Einkommen**, das **angespart** wurde, werde zu **Vermögen**. Bei Vorliegen eines entsprechenden Vermögens **fehle** es an der finanziellen **Hilfsbedürftigkeit**. Da Sozialhilfe nur subsidiär zu gewähren ist, sei dieses Vermögen einzusetzen.

Angesichts der Rechtsprechung des VwGH kann das **Vorgehen** der Sozialhilfebehörden **nicht** als **rechtswidrig** angesehen werden. Ob in diesen Fällen Rückersatz verlangt wird, ist daher eine **politische Entscheidung**; bisher ist die LReg nicht bereit, darauf zu verzichten.

### 2.2.3. Verzicht auf Sozialhilferückersatz bei Schenkung eines kleinen Eigenheimes

**Vor** mehr als **30 Jahren** hatte eine Frau **5/8 Anteile an** einem **Grundstück** (unter 1000 m<sup>2</sup>) von ihrer Mutter **geschenkt** bekommen, **3/8 Anteile** hatten ihr zuvor schon gehört. Sie übertrug einen **Hälfteanteil** an ihren Ehegatten. Gemeinsam **errichteten** sie darauf ein **Eigenheim**. Seit Geburt der Kinder widmete sie sich der Erziehung und dem **Haushalt**, ihr **Ehegatte** befindet sich inzwischen in **Pension**.

Als ihre **Mutter** in ein **Pflegeheim** aufgenommen und für dessen Kosten **Sozialhilfe** in Anspruch genommen werden musste, forderte die BH gemäß § 947 ABGB einen **Sozialhilfeersatz** in Höhe von **4% des Wertes der Schenkung** (€ 250,- monatlich). Da sie als **Hausfrau** über **kein Einkommen** verfügte, ist der Betrag von ihrem Ehegatten aufzubringen, der sich an den LVA wandte. Trotz Abschluss eines Vergleiches empfand dieser die **Geltendmachung** als **ungerecht** und regte – da der LVA die Vorgangsweise **nicht** als **gesetzwidrig** beurteilte – eine **Änderung der Verwaltungspraxis** an. Bei Schenkungen einer **Eigentumswohnung** oder eines Grundstücks mit einem **kleinen Eigenheim**, in dem Angehörige wohnen, solle **auf Rückersatzansprüche** gemäß § 947 ABGB **verzichtet** werden (06 AnVe-007).

Der **LVA** verwies bei der Weiterleitung der Anregung an die LReg auf einen **Wertungswiderspruch**: Bei **Sozialhilfebeziehern** bleibt ein **kleines Eigenheim** oder eine Eigentumswohnung, welche diesen oder nahen Angehörigen als Unterkunft dient, **außer Ansatz** (§ 8 Abs 1 lit c SHV); **Schenkungen** an nahe Angehörige führen **unter denselben Umständen** hingegen zum **Kostenersatz**.

Auf diese **Problematik** hat der LVA **schon früher hingewiesen**, so im Tätigkeitsbericht 2001 (Kap 6.8.): Eine Lehrerin hatte von ihrer Mutter - lange vor deren Pflegebedürftigkeit - ein kleines Grundstück geschenkt bekommen. Das darauf während der Ehe errichtete Eigenheim hatte sie nach der Scheidung mit erheblicher finanzieller Einschränkung für sich und ihr Kind halten können. Obwohl ihr auf Grund ihres Einkommens laut SHV nur ein Unterhaltsbeitrag von monatlich ATS 535,-- zumutbar gewesen wäre, wurde sie wegen der Schenkung gemäß § 947 ABGB zu einem deutlich höheren Sozialhilfeersatz verpflichtet.

Auch im Anlassfall für diese Anregung traf die **Verpflichtung** eine **Frau**, die **auf der geschenkten Liegenschaft** lediglich ein **Eigenheim** erbaut und zudem **kein eigenes Einkommen** hat. Der LVA schloss sich daher der **Anregung** an und ersuchte, im Wege einer Novellierung der Sozialhilfeverordnung oder im Erlasswege in solchen Fällen auf **Rückersatz zu verzichten**, insbesondere wenn dies zu einer besonderen Härte führt.

Die zuständige **Landesrätin** teilte dem LVA mit, in den **Verhandlungen** mit dem Bund über die **Grundsicherung** und die **Finanzierung der Pflege** würden die bestehenden **Regelungen überdacht**. Sie übermittelte eine Punktation der Bundesregierung, wonach die Regelungen über Förderungen sowie zum Eingriff in private Vermögenswerte weitestgehend harmonisiert werden sollen. Vor einer Neuregelung werde man diese Verhandlungen **abwarten**.

#### 2.2.4. Rückwirkende Anwendung der Beschränkung des Sozialhilferückersatzes

Die **Tochter** einer **Pflegeheimbewohnerin** war durch Bescheid zur Bezahlung eines monatlichen **Kostenersatzes** von € 110,-- und **rückwirkend** ab Jänner 2004 zu einer **Nachzahlung** von insgesamt € **3.370,--** verpflichtet worden. (siehe dazu Kap 2.5.8.). Im Zuge des Berufungsverfahrens teilte ihr der UVS mit, dass sich bei korrekter Berechnung nur ein Betrag von monatlich € 95,-- ergebe.

Die **günstigere Berechnung** gelte aber erst **ab 01.04.2006**, dem Inkrafttreten der SHV. Von Jänner 2004 bis einschließlich März 2006 seien die **unterhaltsrechtlichen Regelungen des ABGB** anzuwenden, wodurch die **Nachzahlung** für den Zeitraum bis Juli 2006 nun € **9.800,--** ausmache (06 AnVe-006).

Abklärungen mit dem Präsidenten und dem für die Entscheidung zuständigen Mitglied des UVS ergaben, dass die Berechnung des Rückersatzes für den Zeitraum vor Inkrafttreten der SHV **kein Einzelfall** ist. Die gegenüber den unterhaltsrechtlichen Bestimmungen des ABGB **einschränkenden Regelungen des Sozialhilferückersatzes** von unterhaltspflichtigen Angehörigen war in der Vergangenheit durch **interne Erlässe** geregelt, welche sowohl für die Bezirkshauptmannschaften wie auch für die LReg als Berufungsbehörde maßgebend waren.

Durch das Landes-Verwaltungsreformgesetz, LGBL Nr 38/2002, wurde die **Zuständigkeit** zur Entscheidung über **Berufungen** gegen Bescheide der BH betreffend die Geltendmachung von Ersatzansprüchen nach § 10 SHG an den **UVS** übertragen. Dabei wurde offenbar übersehen – eine bewusste Schlechterstellung der Angehörigen von Sozialhilfebeziehern ist dem Gesetz- und Verordnungsgeber wohl nicht zu unterstellen –, dass der UVS **nach Gesetz und Verordnung, nicht** jedoch auf Grund **interner Verwaltungserlässe** zu entscheiden hat. Anstelle der günstigeren Regelung in den Erlässen hatte der UVS daher die **strengeren Unterhaltsregelungen des ABGB** anzuwenden.

Dieser unhaltbare Zustand sollte durch die **Sozialhilfeverordnung** (SHV), LGBL Nr 14/2006 beseitigt werden, welche die zuvor in Erlässen festgelegte Beschränkung des Kostenersatzes im neuen dritten Abschnitt (§§ 9-11) regelt. Die SHV ist **am 01.04.2006 in Kraft getreten**, zum Kostenersatz von Angehörigen enthält sie **keine Übergangsbestimmungen**.

Deshalb ging der **UVS** davon aus, dass die in der SHV festgelegten **Beschränkungen** nur **ab Inkrafttreten der VO** (01.04.2006) gelten, für den Zeitraum davor hingegen das ABGB anzuwenden ist.

Im Ergebnis kann dies zu einer **wesentlichen Erhöhung** der **Zahlungsverpflichtung** führen, selbst im Falle einer berechtigten Berufung, wenn sich die Behörde 1. Instanz wie im Anlassfall zum Nachteil der Unterhaltspflichtigen verrechnet hat.

Der LVA richtete daher an die LReg die **Anregung**, die **Sozialhilfeverordnung** durch eine **Übergangsbestimmung** zu ergänzen, wonach die Regelungen über den Kostenersatz im dritten Abschnitt **rückwirkend** auf alle noch anhängigen Verfahren **anzuwenden** sind.

Innerhalb weniger Tage beschloss die **Landesregierung** eine **Änderung der SHV** und nahm in einem neuen Absatz 4 des § 12 eine **rechtliche Klarstellung** im Sinne der Anregung des LVA vor. Die für die Angehörigen **günstigere Regelung** der Verordnung war daher sowohl im Anlassfall wie auch in den weiteren beim UVS noch anhängigen Sozialhilfverfahren **anzuwenden**.

### 2.2.5. Verlegung der Parkplätze für Reisebusse

Ein Bürger führte darüber Beschwerde, dass die **Parkplätze für Reisebusse** vor einigen Jahren „provisorisch“ **in seine Straße verlegt** worden waren. Die Straße sei **zu schmal**, ein zweispuriges Befahren nicht mehr möglich, die **Parkflächenmarkierung** entspreche nicht der notwendigen Breite. Dadurch käme es immer wieder zu **Staus**, Hupkonzerten, zur **Gefährdung von Kindern** der nahe gelegenen Schulen und für die Anrainer zu **unzumutbaren Belastungen** (06 bMP-086).

Nach Rücksprache mit dem Bürger wurde die Problematik an den Stadtrat herangetragen als **Anregung**, die Parkplätze für Reisebusse an einen **besser geeigneten Standpunkt** zu verlegen (06 AnVe-003). Die **Stadtverwaltung** räumte ein, dass die **Situation unbefriedigend** ist; nach umfassender Interessens- und Standortabwägung sei ein **neuer Busparkplatz** bereits **in Aussicht genommen** worden. Trotz der auch medial begleiteten Bemühungen wurde der Parkplatz bisher aber **noch nicht verlegt**.

### 2.2.6. Kennzeichnung von Parkplätzen für Menschen mit Behinderung

Der aus einer kleinen Montafoner Gemeinde stammende **ältere** und inzwischen körperlich behinderte **Bürger** verbrachte seine **Ferien** immer noch regelmäßig in der früheren **Heimatgemeinde**. Gegenüber dem LVA bemängelte er das **Fehlen** ausgewiesener **Parkplätze für Menschen mit Behinderung**. Eine entsprechende Anregung wurde daraufhin an den Gemeindevorstand weiter geleitet (06 AnVe-004).

Nach Übermittlung der Anregung wurde kurzfristig in einem **anderen Ortsteil** ein entsprechender **Parkplatz markiert**. In jenem Ortsteil, in dem der Bürger mit seiner gehbehinderten Gattin regelmäßig die Ferien verbringt, **scheiterten** die **Bemühungen** zur Schaffung eines gekennzeichneten Parkplatzes lange daran, dass die **Eigentümer** des Wohn- und Geschäftshauses, zu dem die Parkplätze im Zentrum gehören, dies **ablehnten**. Der Bürgermeister sagte aber zu, sich in **Verhandlungen** mit der Eigentümergemeinschaft um eine Lösung zu bemühen.

Nach Scheitern dieser Bemühungen wurde schließlich – mehr als **ein Jahr nach Übermittlung** der Anregung – im Bereich der auch zentral gelegenen Talstation der Bergbahnen ein **Parkplatz für Menschen mit Behinderungen markiert**.

### 2.2.7. Aufhebung eines Fahrverbotes zum Pferdehof

Der **Mitarbeiter** eines Pferdehofes wurde mehrmals bestraft, weil **nur landwirtschaftliche Zufahrten** gestattet sind und der **Pferdehof nicht als Landwirtschaft** gilt. Die Beschränkung betreffe nicht nur ihn als Mitarbeiter, sondern auch die Kunden des Pferdehofes (06 AnVe-005).

Eine **Anrainerin** der Zufahrtsstraße wiederum **lehnte** eine **Öffnung ab**, solange die zugesagte Staubfreimachung nicht erfolgt ist, da durch den Verkehr ihre **Landwirtschaft** und die Tiere **beeinträchtigt** würden. Nach Weiterleitung der Anregung stellte die **Stadtgemeinde** die Erlassung einer **Verordnung** mit Erteilung **konkreter Zufahrtsberechtigungen** in Aussicht. **Zuvor** sollten aber die **rechtlichen Rahmenbedingungen** und die mögliche **Staubfreimachung geklärt** sein.

## 2.3. Erkenntnisse des Verfassungsgerichtshofes

### 2.3.1. Rückwidmung einer Baufläche in öffentliches Grün aufgehoben

In einer Walgaugemeinde hatte die Gemeindevertretung ein **bisher als Baufläche-Wohngebiet** gewidmetes Privatgrundstück in der Nähe einer Schule in **Vorbehaltsfläche/Öffentliches Grün umgewidmet**. Der LVA beantragte die Aufhebung dieser Umwidmung, da diese **unzureichend begründet** und **widersprüchlich** war (03 VP-001, siehe JB 2003, Seite 28/29).

Der **Verfassungsgerichtshof** teilte die Bedenken des LVA wegen des **Mangels an Grundlagenforschung**. Nachdem von der früheren Planungsabsicht (Erweiterung des Schulgebäudes) abgegangen worden war, wären **grundlegende Untersuchungen** über die **Notwendigkeit** dieser Grundfläche für bestimmte Zwecke des Gemeinbedarfs **erforderlich** gewesen. Insbesondere hätte **genau untersucht** werden müssen, ob das Grundstück überhaupt **als Pufferzone geeignet** ist und vor welcher Art von **Beeinträchtigung** die Nachbarschaft damit **geschützt** werden kann.

Tatsächlich hatte sich die Umwidmung **nur** auf einen **Aktenvermerk** gestützt. Da die angefochtene **Verordnung** schon aus diesen Erwägungen **gesetzwidrig** ist, wurde auf die weiteren Bedenken des LVA nicht mehr eingegangen. Mit Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes vom 09.03.2006 wurde dem Antrag des LVA Folge gegeben und die angefochtene **Änderung des Flächenwidmungsplanes aufgehoben**.

### 2.3.2. Beschwerde gegen Golfplatzwidmung aus formalen Gründen zurück gewiesen

Am 03.03.2005 hatte der LVA beim Verfassungsgerichtshof **beantragt**, die 2003 erfolgte **Umwidmung** bisher landwirtschaftlich bewirtschafteter Flächen **für** einen neu geschaffenen **Golfplatz** aufzuheben und führte dazu eine Reihe von Gründen an (04 VP-003, siehe JB 2004, Seite 24/25).

Im September 2005 beschloss die Gemeindevertretung die **Widmung** einer **weiteren Teilfläche** von knapp 30.000 m<sup>2</sup> als Freifläche-Sondergebiet Golf; am Rande des bisher für den Golfplatz gewidmeten Gebietes wurde gleichzeitig eine Fläche im gleichen Ausmaß in Landwirtschaftsgebiet **zurück gewidmet**. Trotz Bedenken der Fachabteilung im Amt der LReg wegen des **Fehlens** einer **Umwelterheblichkeitsprüfung** genehmigte die LReg am 04.04.2006 diese (von der Gemeinde als „Flächentausch“ bezeichneten) Umwidmungen.

Nachdem die Gemeinde den VfGH im Juli 2006 über die weiteren Umwidmungen informiert hatte, **wies** der **Verfassungsgerichtshof** mit Beschluss vom 28.11.2006 den **Antrag des LVA zurück**: Durch die **nachträglichen Umwidmungen** sei der **Antrag** nicht nur hinsichtlich der Flächen, die nun nicht mehr Teil des Golfplatzareals sein sollen, sondern **insgesamt unzulässig**, da sich die Bedenken des LVA gegen die raumplanerische Ermöglichung des Golfplatzes insgesamt richteten. Zulässig wäre nur die Anfechtung der aktuell geltenden Festlegung des Flächenwidmungsplanes betreffend den Golfplatz in ihrer Gesamtheit.

Mit dieser Begründung setzte sich der VfGH weder inhaltlich mit den Beschwerdegründen auseinander **noch prüfte** er die **Rechtmäßigkeit der Widmung**. Öffentliche Aussagen, durch diese Entscheidung hätte der VfGH der Gemeinde und der LReg korrekte Arbeit bei der Widmung bescheinigt, entbehren angesichts dieser rein formalen Entscheidung allerdings jeder sachlichen Grundlage.

## 2.4. Förmliche Empfehlungen

### 2.4.1. Für Grundstückskauf Genehmigung der Gemeindevertretung einzuholen

Ein **Bürgermeister verhandelte** mit der Eigentümerin eines bisher als Lagerplatz verwendeten größeren Grundstücks über einen **Verkauf an die Gemeinde**. Er **informierte** den **Gemeindevorstand** sowie den **Bau- und Planungsausschuss**, welche den Ankauf befürworteten. Am 08.04.2004 unterfertigten der Bürgermeister und ein Gemeinderat den **Kaufvertrag** und **beurkundeten** die **Genehmigung** des Vertrages mit Gemeindevertretungsbeschluss vom 25.02.2004. Tatsächlich war der Kaufvertrag **der Gemeindevertretung gar nicht vorgelegt** worden.

In der nachfolgenden **Gemeindevertretungssitzung** vom 21.05.2004 **berichtete** der Bürgermeister über den Abschluss des Vertrages, ohne den Liegenschaftsankauf auf die Tagesordnung zu setzen und die Genehmigung zu beantragen. Die erforderlichen Mittel für den Liegenschaftsankauf wurden Monate später im Rahmen eines **Nachtragsvoranschlages** von der Gemeindevertretung, der zu diesem Zeitpunkt nur Mandatare der Liste des Bürgermeisters angehörten, genehmigt.

Nach der Neuwahl der Gemeindevertretung im Jahre 2005 beanstandete ein neuer Gemeindevertreter beim LVA die **fehlende Genehmigung** des **Kaufvertrages** durch die Gemeindevertretung und einen überhöhten Kaufpreis (06 bMP-062).

Im Auftrag des neuen Bürgermeisters rechtfertigte sein Amtsvorgänger – nun als Gemeindegemitarbeiter – die Vorgangsweise damit, dass die **Organe** der Gemeinde in mehreren Beschlüssen den **Willen zum Kauf** der Liegenschaft **deponiert** hätten. Durch die Genehmigung des **Nachtragsvoranschlages** habe die Gemeindevertretung **schlüssig** auch den Kauf **genehmigt**. Beim Datum der Genehmigung auf dem Kaufvertrag müsse es sich um eine **Verwechslung** mit einem anderen Rechtsgeschäft handeln. Auch sei der Kaufpreis angemessen. Die Vorwürfe des neuen Gemeindevertreters erfolgten nur aus parteipolitischen Motiven oder reinem Populismus.

Gemäß § 50 Abs 1 lit b Ziff 1 **Gemeindegeseztz** bedürfen **Erwerb**, Veräußerung, Verpfändung und sonstige Belastung **einer unbeweglichen Sache** eines **Beschlusses** der **Gemeindevertretung**. Ohne diese Genehmigung ist ein solcher Vertrag (noch) **nicht rechtswirksam**, auch für die Eintragung ins Grundbuch ist die Beurkundung dieser Genehmigung erforderlich. Der Hinweis auf die (tatsächlich nicht erfolgte) Genehmigung durch die Gemeindevertretung bei Unterfertigung des Kaufvertrages stellt in objektiver Hinsicht eine **Falschbeurkundung** dar.

Diese wie auch die **fehlende Genehmigung** der Gemeindevertretung wurden vom LVA als **Misstand** festgestellt und an die Gemeindevertretung die **Empfehlung** gerichtet, **über** die allfällige **Genehmigung** des Vertrages nunmehr zu **entscheiden** (06 EO-001).

Die Gemeindevertretung, in der die Liste des früheren Bürgermeisters ihre Mehrheit verloren hatte, beschloss den Kaufvertrag **nicht zu genehmigen** und den **Verkauf rückgängig zu machen**. Wegen des Verdachtes der **Falschbeurkundung** und des **Amtsmisbrauches** veranlasste der Gemeindevorstand eine **Sachverhaltsdarstellung** an die **Staatsanwaltschaft**. Trotz des klaren Sachverhaltes **stellte** die Staatsanwaltschaft das **Strafverfahren** mit der – schwer nachvollziehbaren – Begründung **ein**, bei Unterfertigung des Kaufvertrages hätten der Bürgermeister und der Gemeinderat an das Bestehen eines derartigen Beschlusses geglaubt und diese Darstellung sei nicht zu widerlegen.

## 2.4.2. Wohnbeihilfe: Verzicht auf Hochrechnung von Teilzeiteinkommen bei krankheitsbedingter Minderung der Erwerbsfähigkeit

Einer **arbeitslosen Frau mit** einer 50%igen **Behinderung** gelang es mit Hilfe eines Sozialarbeiters, eine **Teilzeitbeschäftigung** anzunehmen, wodurch sich ihr **Einkommen** gegenüber dem Arbeitslosengeld etwas **erhöhte**. Bisher hatte sie problemlos Wohnbeihilfe erhalten, bei der Neuberechnung wurde nicht mehr vom tatsächlichen, sondern von einem auf 100% **hoch gerechneten fiktiven Einkommen** aus der Teilzeitbeschäftigung ausgegangen. Dies führte zu einer **Kürzung der Wohnbeihilfe** und sogar zu einer **Rückforderung** ab dem Zeitpunkt der Arbeitsaufnahme (06 bMP-094).

Eine **andere Frau**, welche aufgrund ihrer fachärztlich bestätigten psychischen Belastbarkeit nur einer **Halbtagsbeschäftigung** nachgehen konnte, wurde die **Wohnbeihilfe** zur Gänze **gestrichen**, weil ihr **Teilzeiteinkommen** ebenfalls **auf 100% hoch gerechnet** worden war (06 bMP-088).

Der LVA wurde vom Betreuer der beiden Frauen auf die Problematik hingewiesen und forderte die **LReg** zur Überprüfung dieser Praxis auf. Diese **lehnte** nach Befassung des Kuratoriums des Wohnbaufonds bzw. des Wohnbauförderungsbeirates eine **Neuberechnung ab** und verwies auf § 21 Absatz 6 der **Wohnbauförderungsrichtlinien** 2006, welche außer bei Kinderbetreuung generell eine **Hochrechnung** von **Teilzeiteinkommen** vorsahen.

Für den LVA stellt diese Regelung eine **sachlich nicht gerechtfertigte** indirekte **Diskriminierung** von Menschen mit Behinderung dar, welche aufgrund ihrer Behinderung keiner vollberuflichen Tätigkeit nachgehen können. Während sich Vorarlberg in Art 7 Abs 3 der Landesverfassung zur Verpflichtung der Gesellschaft bekennt, Menschen mit Behinderung zu unterstützen und die Gleichwertigkeit ihrer Lebensbedingungen zu gewährleisten, werden stattdessen **Menschen mit Behinderung** durch diese realitätsfremde Berechnungsmethode des Familieneinkommens sogar **benachteiligt**.

Der LVA stellte deshalb einen **Misstand** in der Verwaltung fest und richtete an die LReg die **Empfehlung**, die **Richtlinien** für die Gewährung der Wohnbeihilfe dahingehend **abzuändern**, dass bei einer Teilzeitbeschäftigung **von einer Hochrechnung** auf 100% **abgesehen** wird, wenn eine **vollberufliche Tätigkeit nicht zumutbar** ist, was im Falle einer krankheits- oder behinderungsbedingten Minderung der Erwerbsfähigkeit jedenfalls anzunehmen ist (06 EO-002).

Nach Befassung des Volksanwaltsausschusses des Landtages sowie persönlichen Gesprächen mit dem politischen und beamteten Referenten **verzichtete** die LReg in den neuen **Richtlinien 2007** auf die **Hochrechnung** von Teilzeiteinkommen in diesen Fällen. In den Richtlinien wurde aber festgelegt, dass bei einer Teilzeitbeschäftigung aus gesundheitlichen Gründen die Erwerbsminderung durch ein **fachärztliches Gutachten** zu belegen und die mögliche **Wohnbeihilfe** auf jenen Betrag zu **beschränken** ist, welcher dem **Beschäftigungsausmaß** entspricht.

Damit wird seit 01.01.2007 bei einer nachweislichen Minderung der Erwerbsfähigkeit eine allfällige Teilzeitbeschäftigung **nicht mehr** auf 100% **hochgerechnet**, die **Wohnbeihilfe aber** auf das Ausmaß des Beschäftigungsausmaßes **gekürzt**. Dies brachte gemäß Berechnungen zwar eine **Verbesserung** für jene Personen, welche aus gesundheitlichen Gründen nur eine Teilzeitbeschäftigung ausüben können; die **Kürzung** der Wohnbeihilfe in diesen Fällen ist aber **sachlich nicht begründbar**. Der Empfehlung des LVA wurde somit **nur teilweise entsprochen**, jedoch vereinbart, die finanziellen Auswirkungen im Jahr 2007 zu beobachten und dann zu entscheiden, ob später auf diese Kürzung verzichtet werden kann.

## 2.5. Berichtenswertes aus der Landesverwaltung

### 2.5.1. Wohnbeihilfe wegen angeblich nicht ortsüblicher Miete abgelehnt

26 Jahre hatte ein **zugewandertes Ehepaar** in einem **alten Haus** gewohnt und dort 6 Kinder groß gezogen. Das Bad befand sich im Keller, das Heizöl für den Ofen musste von der Tankstelle geholt werden. Nach dem **Auszug der Kinder** bemühten sich die Eheleute jahrelang um eine günstige **kleinere Wohnung**. Die einzige von der Gemeinde **angebotene Wohnung** war mit einer Miete von nahezu € 600,-- und einer hohen Kautions **unerschwinglich**. Mit Hilfe ihrer Kinder fanden sie schließlich eine **günstigere Kleinwohnung** (knapp 50 m<sup>2</sup>) in einer anderen Gemeinde.

Auch der Mietzins von monatlich € 340,-- war angesichts der kleinen Rente kaum bezahlbar, weshalb das Ehepaar um Wohnbeihilfe ansuchte. Die Gemeinde **bestätigte die Ortsüblichkeit der Miete** aber **nicht**: € 7,20 je m<sup>2</sup> seien zu viel. Unter Hinweis auf das Fehlen dieser Bestätigung **lehnte** die LReg die Gewährung von **Wohnbeihilfe ab** (06 bMP-040).

Für den LVA war dieser Standpunkt **nicht nachvollziehbar**. Laut Immobilienpreisspiegel 2005 der Wirtschaftskammer betrug der **durchschnittliche Mietzins** auf dem freien Wohnungsmarkt in Vorarlberg **€ 7,20,-- je m<sup>2</sup>**; der Preisspiegel der Sparkassen ging bei Wohnungen bis 55 m<sup>2</sup> (mittlerer bis guter Wohnwert) im Raum Bregenz von einer Nettomiete zwischen € 6,10 und € 7,80 je m<sup>2</sup> aus; auch haben erfahrungsgemäß **kleinere Wohnungen** einen **höheren Quadratmeterpreis** als größere Wohnungen. Nicht berücksichtigt wurde, dass es dem Ehepaar **trotz jahrelanger Bemühungen nicht gelungen** war, eine **günstigere**, dem heutigen Lebensstandard halbwegs entsprechende **Mietwohnung zu finden**, und diese Wohnung erst angemietet wurde, nachdem die frühere Wohnsitzgemeinde keine günstige Wohnung angeboten hatte.

Die LReg gewährte nach einer Vorsprache der Eheleute schließlich **doch** für ein Jahr **Wohnbeihilfe** unter der **Voraussetzung**, dass sie sich **um eine günstigere Wohnung bemühen**. Nach einem Jahr soll abgeklärt werden, ob eine günstigere Wohnung gefunden wurde oder die Miete für die jetzige Wohnung doch als ortsüblich gewertet werden kann.

### 2.5.2. Kürzung der Wohnbeihilfe wegen fiktiven Unterhalts

Die allein stehende Mutter zweier gerade **volljährig gewordener Kinder** beschwerte sich darüber, dass die **Unterhaltsvorschüsse eingestellt** wurden, obwohl die Kinder noch die Schule besuchen bzw studieren. Dieses Anliegen wurde zuständigkeitshalber an die Volksanwaltschaft des Bundes weiter geleitet. Gleichzeitig kritisierte sie, dass dem Familieneinkommen trotz Einstellung der Unterhaltsvorschüsse und der durch die vergeblichen Bemühungen der BH nachweisbaren Uneinbringlichkeit ein **fiktiver Unterhaltsbeitrag** in Höhe des Sozialhilferichtsatzes **hinzugerechnet** und dadurch die **Wohnbeihilfe gekürzt** wird (06 bMP-093).

Die sachlich nicht zu rechtfertigende **Einrechnung eines fiktiven Unterhalts** in die Bemessungsgrundlage für die Wohnbeihilfe, selbst wenn die Uneinbringlichkeit durch Gericht oder Jugendwohlfahrtsbehörde bestätigt wird, wird vom LVA **seit Jahren in Kritik gezogen**. Entgegen einer schon 2001 ausgesprochenen Empfehlung des LVA, darauf zu verzichten (01 EO-001, JB 2001, Seite 46), hielt die LReg an dieser Regelung fest.

Für den LVA ist diese Haltung umso unverständlicher, als auf Grund einer Entscheidung des EuGH alle EU-Bürger Anspruch auf Unterhaltsvorschüsse haben. Ein Wegfall der diskriminierenden Bestimmungen würde somit nur jenen AlleinerzieherInnen helfen, die bereits volljährige, noch nicht selbst erhaltungsfähige Kinder haben und nachweisen können, dass der Unterhalt uneinbringlich ist.

Die Landesregierung bestand zunächst auf Beibehaltung der sachlich nicht begründbaren und daher **willkürlichen Regelung**, stellte aber für die Richtlinien 2007 eine Neuregelung in Aussicht. Ausdrücklich festgehalten wurde nun, dass die Uneinbringlichkeit nicht nur vom Gericht, sondern auch von der BH bestätigt werden kann (was schon der bisherigen Verwaltungspraxis entsprach). Bei **Uneinbringlichkeit** sollte zwar **weiterhin** der **SH-Richtsatz** zur Anwendung kommen, jedoch der **Wohnungsaufwand um 10% gekürzt** werden. Höchstbetrag der Wohnbeihilfe soll aber jener Betrag sein, welcher bei Berücksichtigung des tatsächlichen Haushaltseinkommens erzielt werden könnte.

Diese Neuregelung bringt zwar eine **Verbesserung**; dennoch ist es nicht nachvollziehbar, warum nicht einfach auf die Einrechnung des SH-Richtsatzes verzichtet wird. Auch wird durch die Neuregelung in jedem Fall eine Doppelberechnung erforderlich; einmal ohne SH-Richtsatz, einmal mit SH-Richtsatz und Kürzung des zumutbaren Wohnungsaufwandes um 10%. Dies führt zu einem zusätzlichen Arbeitsaufwand. Die LReg nahm die Kritik zur Kenntnis, hielt jedoch an diesem System fest und wollte ein Jahr lang beobachten, wie sich die Neuregelung auswirkt.

### 2.5.3. Wegen PÄDAK-Studium Wohnbeihilfe eingestellt

Die Mutter eines 5-jährigen Kindes hatte nach der Matura eine Lehre als Einzelhandelskauffrau absolviert. Als **teilzeitbeschäftigte Alleinerzieherin** erhielt sie Wohnbeihilfe. Da sie sich für den späteren vollen Einstieg in das Berufsleben besser qualifizieren wollte, **begann** sie ein **Studium** an der Pädagogischen Akademie. Als sie dies der LReg mitteilte, wurde die **Wohnbeihilfe** unverzüglich **eingestellt** (06 bMP-070).

Die Problematik der Einstellung der Wohnbeihilfe wegen Aufnahme einer Lehre oder eines Studiums, trotz Vorliegens der sonstigen Voraussetzungen für die Beihilfe, war schon mehrfach Gegenstand der Erörterung zwischen LReg und LVA und der Berichte des LVA an den Landtag (JB 2004, Kap 2.5.4., JB 2001, Kap 3.5.12.). Bei allem Verständnis, dass Lehrlinge und Studenten nicht generell Wohnbeihilfe erhalten, erscheint es dem LVA **sachlich nicht gerechtfertigt**, die Wohnbeihilfe auch in jenen Fällen einzustellen, in denen **sonst** die **Voraussetzungen vorliegen** (Führung eines eigenen Haushaltes vor Aufnahme des Studiums oder der Lehre, AlleinerzieherInnen mit Kindern unter 6 Jahren, Teilzeitbeschäftigte mit älteren Kindern). Dass diese Praxis zu **Härtefällen** führt, zeigte der Umstand, dass im konkreten Fall eine einmalige Unterstützung des Sozialwerkes gewährt worden war.

Nach Befassung des **Kuratoriums** wurde der Studentin schließlich eine Wohnbeihilfe im Ausmaß von 2/3 der sonst zustehenden **Wohnbeihilfe gewährt**. Nach grundsätzlicher Diskussion der Problematik erfolgte in den **Wohnbeihilfenrichtlinien 2007** eine **Neuregelung**: Bei aufrechtem Wohnbeihilfenbezug und einem Wechsel in eine Ausbildung kann die sonst zustehende Wohnbeihilfe zur Hälfte gewährt werden.

### 2.5.4. Nach gescheiterter Ehe Sozialhilfe und Wohnbeihilfe abgelehnt

Pech in der Liebe hatte eine junge Frau, die einen **Nicht-EU-Bürger geheiratet** hatte. Diesem war es vermutlich nur um die Aufenthaltsgenehmigung gegangen, nach kurzer Zeit zog er aus der Ehwohnung unter Hinterlassung von Schulden aus und war **unbekanntes Aufenthaltes**. Als Praktikantin war sie mit der **Notstandshilfe** nicht einmal in der Lage, die (günstige) Miete zu bezahlen und wurde **gerichtlich gekündigt**. Dennoch **lehnte** die **BH** die **Übernahme des Mietrückstandes** (€ 350,-) **ab** (05 bMP-136).

Begründet wurde die Ablehnung mit dem **Besitz eines Kleinwagens**, den sie von ihrer Mutter geerbt hatte. Dieser stelle einen kleinen Vermögenswert dar, dessen Verwertung keine besondere Härte bedeute.

Ihre Nebentätigkeit **als Altenbetreuerin** in Haushalten sei keine regelmäßige Berufsausübung, diene daher nicht der Beschaffung des Lebensunterhaltes und könne auch **mit öffentlichen Verkehrsmitteln** erfolgen. Auch würden die Aufwendungen für den PKW bei der Bestreitung des Lebensunterhaltes und der Miete fehlen. Die **Ablehnung** erfolgte **trotz** der Feststellung im Bescheid, dass die **Voraussetzungen für einen Dauerbezug von Sozialhilfe** gegeben sind, der Anspruch aber, abgesehen von Einzelleistungen, nicht geltend gemacht wurde.

Angesichts der **unverständlichen** und **bei einer anderen BH** in Vorarlberg **kaum vorstellbaren Ablehnung** der Sozialhilfe (siehe dazu Kap 2.5.6.) nahm der LVA mit dem Bezirkshauptmann persönlich Kontakt auf: Ein 13 Jahre **alter Kleinwagen** stellt **kaum** einen **Vermögenswert** dar, auch ist es nicht Sache der Sozialhilfebehörde vorzuschreiben, wie ein Sozialhilfebezieher seine beschränkten finanziellen Mittel verwendet, sofern nicht ein Missbrauch vorliegt. Bei **Verlust der günstigen Wohnung** wäre **künftig** mit **höheren Mietkosten** zu rechnen, welche möglicherweise aus Mitteln der Sozial- oder Wohnbeihilfe gestützt werden müssten.

Das Scheidungsverfahren verzögerte sich, weil der Ehegatte unbekanntes Aufenthalts war. Der über Rat des LVA eingebrachte Antrag auf **Wohnbeihilfe** wurde mit der Begründung **abgelehnt**, dass es den Familienstand „getrennt lebend“ nach den Bestimmungen der Wohnbeihilferichtlinien nicht gibt. Sie **gelte** bis zur Scheidung als **verheiratet** und bilde eine **wirtschaftliche Lebensgemeinschaft** mit ihrem Ehegatten, könne aber einen Antrag auf Sozialhilfe stellen.

Gegenüber der LReg betonte der LVA, dass angesichts der konkreten Umstände die Ablehnung der Wohnbeihilfe zu einer **unvertretbaren Härte** führt. Es muss von der Betroffenen als geradezu zynisch empfunden werden, wenn unter Hinweis auf die kurzfristig nicht auflösbare Ehe mit dem vor einem Jahr ausgezogenen Ehegatten die **Wohnbeihilfe** abgelehnt **und** auf die **Sozialhilfe** verwiesen, diese jedoch unter Hinweis auf einen wirtschaftlich wertlosen Kleinwagen ebenfalls **abgelehnt** wird.

Nach Befassung des Beirates wurde ihr schließlich für ein halbes Jahr **doch Wohnbeihilfe gewährt** unter der Voraussetzung, dass sie sich weiterhin um die Scheidung bemüht.

Nachdem ihr Betreuer von der Caritas die Vermieterin zunächst um einen Räumungsaufschub gebeten und zur Vermeidung der Räumung vorschussweise den Mietrückstand abgedeckt hatte, wurde schließlich in Abänderung des ursprünglichen Bescheides **doch noch Sozialhilfe bewilligt**.

### 2.5.5. Pensionsbeiträge durch Sozialhilfe übernommen

Der **Pensionsantrag** eines gesundheitlich angeschlagenen und nicht mehr arbeitsfähigen Mannes war **abgewiesen** worden, weil ihm 14 **Beitragsmonate fehlten**. Daran konnte auch die Volksanwaltschaft nichts ändern, stellte aber fest, dass er im Falle einer **freiwilligen Weiterversicherung** einen Pensionsanspruch hätte. Da er diese Beiträge **nicht aufbringen** konnte, leitete VA Dr Peter Kostelka das Anliegen an den LVA weiter zur Prüfung, ob die Beiträge aus Mitteln der Sozialhilfe übernommen werden können (06 AuBe-205).

Der LVA riet dem Bürger zu einem **Sozialhilfeantrag** und leitete die von der VA übermittelten Unterlagen an die Sozialhilfebehörde weiter. Angesichts der gesundheitlichen und finanziellen Situation betonte der LVA, dass es vermutlich für den Träger der Sozialhilfe **günstiger** sein wird, die **Pensionsbeiträge** für ein paar Monate zu **übernehmen statt** in Kauf zu nehmen, dass der Bürger mangels Alterspension **längerfristig** auf **Sozialhilfe** angewiesen ist. Nach Prüfung der Voraussetzungen teilte die BH mit, dass die **Pensionsbeiträge übernommen** werden und der Bürger auf Grund seiner Situation sogar einen Sozialhilfanspruch hat, welchen er bisher noch nicht geltend gemacht hatte.

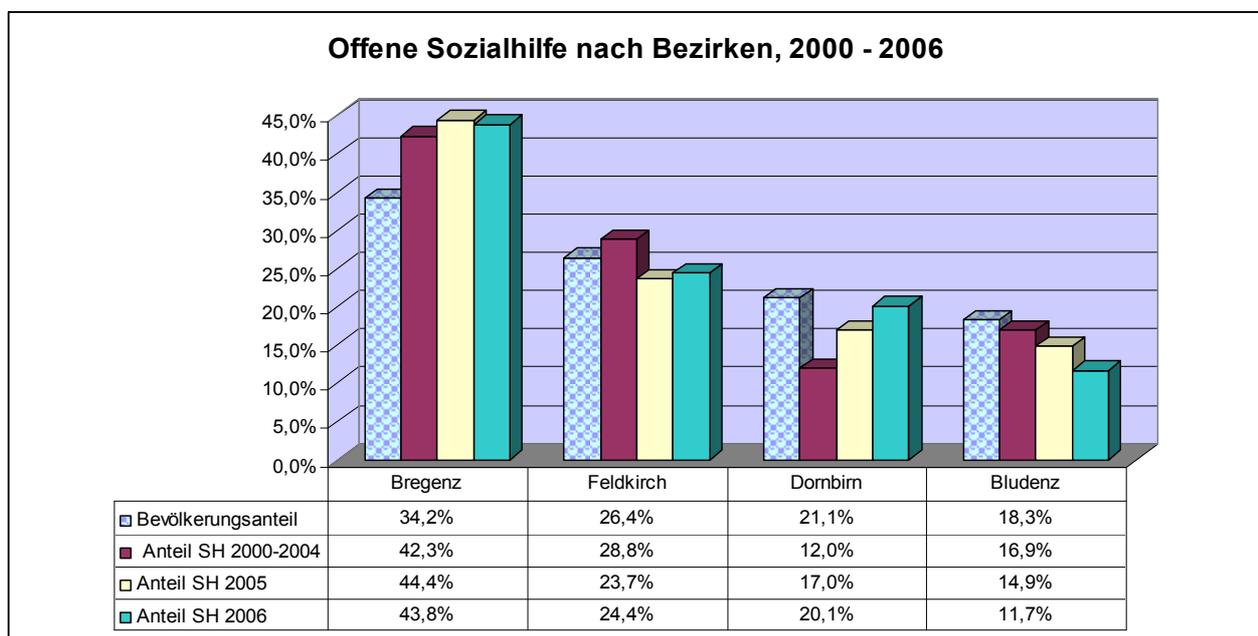
## 2.5.6. Ungleiche Chancen auf Sozialhilfe in den einzelnen Bezirken

In den vergangenen Jahren erhielt der LVA immer wieder **Hinweise** auf einen **unterschiedlichen Vollzug des Sozialhilfegesetzes** in den einzelnen Bezirken. Auch gab es eine **Häufung von Beschwerden** und Anfragen zur Gewährung von Sozialhilfe durch die **BH Dornbirn**, was angesichts der Fallzahlen beim LVA aber statistisch wenig repräsentativ ist. Auffallend war aber auch die Art und Weise der Erledigung (Ablehnung) mancher Sozialhilfeanträge in Dornbirn, wie sie in anderen Bezirken kaum vorstellbar war.

Der unterschiedliche Vollzug und die **restriktive Handhabung** der **Sozialhilfe** in Dornbirn waren 2005 auch Gegenstand **medialer Berichterstattung**, vor allem im ORF. Ein Hinweis, dass die (nicht veröffentlichte) **Aufschlüsselung** der Sozialhilfedaten **nach Bezirken** deutliche **Unterschiede** zeige, war schließlich Anlass für eine amtswegige Prüfung (05 aMP-003).

Die Aufschlüsselung der Daten der **offenen Sozialhilfe** (Dauerunterstützungen und einmalige Leistungen außerhalb von Anstalten und Heimen) nach Bezirken ergab für das Jahr 2004 eine deutliche **Abweichung** bei der **BH Dornbirn (13,8% Anteil** an offener SH) im Vergleich zum **Bevölkerungsanteil** von **21,1%**. Auch wenn Bevölkerungsstruktur, Gemeindegrößen, Sozialeinrichtungen, gemeinnützige Wohnanlagen etc das Ausmaß der Sozialhilfe beeinflussen und Unterschiede von wenigen Prozent somit wenig aussagekräftig sind, war diese Abweichung doch **hoch signifikant**.

Die zur Kontrolle durchgeführte Auswertung über einen Zeitraum von 5 Jahren (2000-2004) zeigte noch deutlicher die **Zurückhaltung der BH Dornbirn** bei der Gewährung offener Sozialhilfe: Der Anteil von 12% der SH-Mittel liegt mehr als **40% niedriger** als dies dem Bevölkerungsanteil (21,1%) entspricht.



Diese Zahlen bestätigten somit den an Hand von Einzelfällen gewonnen und durch Informationen von Sozialinstitutionen gestützten Eindruck, dass es für Hilfsbedürftige **im Bezirk Dornbirn** wesentlich **schwerer** ist, **Sozialhilfe zu erhalten** als in anderen Bezirken.

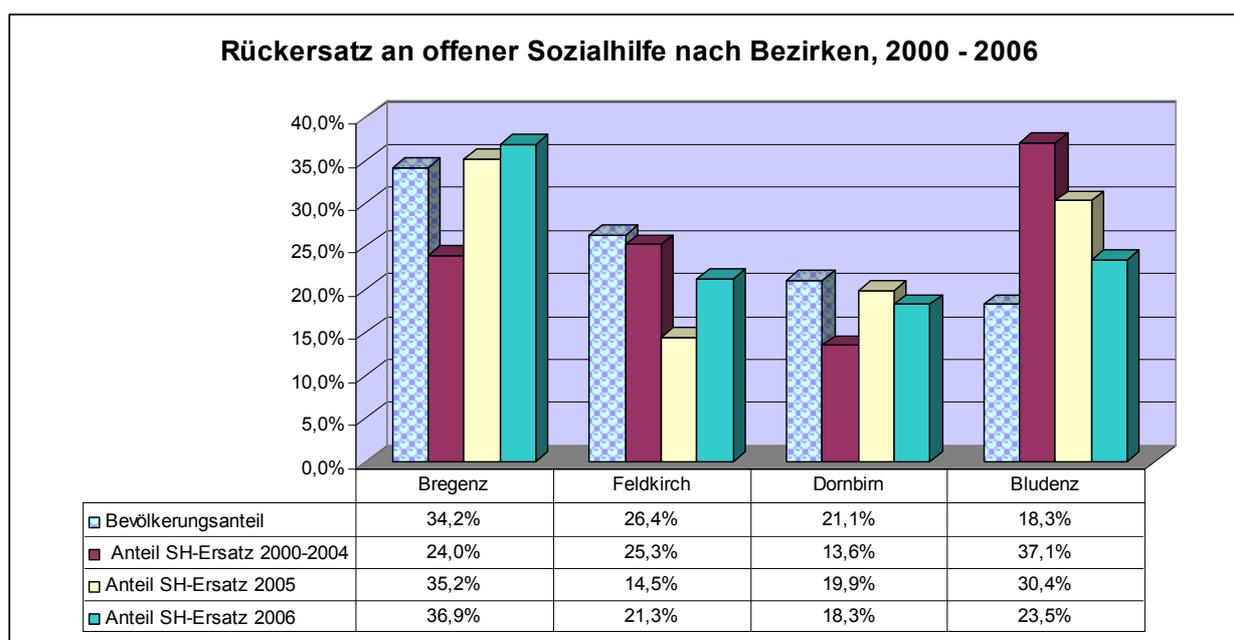
Die Kritik wurde von der LReg und der BH zwar zurück gewiesen und die Unterschiede u.a. mit hohen Aufwendungen für die Sozialhilfe in Heimen (insbesondere Haus der jungen Arbeiter) begründet. Dennoch sagte der Bezirkshauptmann zu, künftig auf die **Vermeidung von Härtefällen** zu achten. Auch wurde der bereits 2005 geschaffene **Beirat zur Vereinheitlichung des Sozialhilfевollzuges** nach der Kritik des LVA um zwei Vertreter privater Sozialinstitutionen erweitert.

Seither ist der **Anteil der BH Dornbirn** am Gesamtaufwand für offene Sozialhilfe **angestiegen** und haben auch die **Beschwerden** beim LVA **abgenommen**. Anlässlich der Erstellung des Tätigkeitsberichtes wurden die Vergleichszahlen für 2005 und 2006 angefordert: Demnach ist der Anteil an offener Sozialhilfe der BH Dornbirn auf 17% (2005) und 20,1% (2006) gestiegen, sodass zumindest 2006 keine signifikante Abweichung mehr besteht (siehe Diagramm oben).

## 2.5.7. Unterschiedlicher Vollzug auch beim Sozialhilfe-Rückersatz

Anlässlich der Anforderung der Daten über die Gewährung offener Sozialhilfe (außerhalb von Anstalten und Heimen) wurden für die Jahre 2000-2004 auch die nach Bezirken aufgeschlüsselten Daten des **Rückersatzes** von **Unterstützten** und **Drittverpflichteten** erhoben (05 aMP-003).

Auch die Auswertung dieser Daten ergab eine **signifikante Abweichung**: Im kleinsten Bezirk **Bludenz** mit einem Bevölkerungsanteil von 18,3% wurde 2004 bei SH-Empfängern (außerhalb von Heimen) und Unterhaltspflichtigen mit 35,4% **mehr Sozialhilfe rückerstattet** als in jedem der anderen (größeren) Bezirke. Eine Überprüfung an Hand der Daten für 5 Jahre bestätigte dies: Demnach brachte die BH Bludenz sogar 37,1% aller in Vorarlberg geltend gemachten Rückzahlungen herein; dies ist **mehr als doppelt so viel** als es dem **Bevölkerungsanteil** entspricht.



Während im Vorarlberger Durchschnitt 6,5% des Aufwandes an offener Sozialhilfe im Wege des Rückersatzes wieder hereingebracht wurden, waren dies im Bezirk Bludenz 14,1%.

Die BH Bludenz erklärte dazu, dass lediglich die **gesetzlichen Regelungen** über den SH-Rückersatz **korrekt angewendet** werden, was vom LVA nicht in Abrede gestellt wurde. Allerdings zeigen die Zahlen erhebliche **Unterschiede** in der Verwaltungspraxis bei der **Geltendmachung** des **Rückersatzes**.

Auch dazu wurden anlässlich der Erstellung des Tätigkeitsberichtes die **Vergleichszahlen** für die letzten beiden Jahre eingeholt. Der gesamte Rückersatz an offener Sozialhilfe machte in den Jahren 2000-2004 durchschnittlich € 422.470 aus. Er lag in den Jahren 2004 (€ 393.300) und 2005 (€ 388.400) etwas darunter, stieg aber im Jahr 2006 (€ 533.400) deutlich an. Hingegen ist der **Anteil der BH Bludenz** auf 30,35% (2005) und 2006 trotz eines Anstieges in der Gesamtsumme auf 23,54% **gesunken**.

## 2.5.8. Ersatz von Sozialhilfearaufwendungen mehrmals zu hoch berechnet

Die kurz vor der Pension stehende **Tochter** einer **SH-Bezieherin** wurde auf Grund ihres Einkommens zum Ersatz der Aufwendungen für die **Heimkosten** im Rahmen ihrer Unterhaltspflicht aufgefordert. Nach Übermittlung der Unterlagen erhielt sie im März 2006 einen **Vergleichsvorschlag** zur Leistung eines Kostenersatzes von monatlich **€ 189,--** rückwirkend ab Jänner 2004; die bereits fälligen Beträge in Höhe von nahezu € 5.000,-- wären binnen 2 Wochen zu überweisen (06 bMP-145).

Nachdem sie die Unterfertigung des Vergleichs abgelehnt und auf eine **falsche Berechnung** hingewiesen hatte, wurde bei der Erstellung des Bescheides festgestellt, dass bei der Berechnung mittels EDV ein **Eingabefehler** unterlaufen war: Anstelle der Miete von € 320,-- war nur ein Betrag von € 55,-- eingegeben worden. Nach **Berichtigung** dieses Fehlers schrieb ihr die BH im Juli 2006 mit Bescheid einen monatlichen **Kostenbeitrag von € 111,--** vor, ebenfalls rückwirkend ab Jänner 2004, woraus sich eine Nachzahlung von € 3.369,-- ergab.

Da ihr auch diese Berechnung zu hoch erschien, erhob sie Berufung an den **UVS**, der auf Basis der SHV den monatlichen Kostenersatz mit **nur mehr € 95,--** festlegte. Die vom UVS zunächst in Aussicht genommene wesentlich höhere Berechnung der Nachzahlung auf Basis der unterhaltsrechtlichen Regelungen des ABGB wurde nach einer vom LVA angeregten Änderung der Verordnung zurück genommen (siehe dazu Kap 2.2.4.).

## 2.5.9. Tücken der EDV – Sozialhilfe-Rückersatz falsch berechnet

Der Sohn einer auf Sozialhilfe angewiesenen Frau hatte im Rahmen eines Übergabevertrages seiner **Mutter** das **Wohnungsrecht** an einer Wohnung in seinem Haus eingeräumt. Laut Vertrag musste sie die **Betriebskosten** selbst bestreiten, tatsächlich wurden diese **vom Sohn getragen**. Bis 2005 wurde die Bezahlung der Wohnungskosten dem Sohn **als Unterhaltsleistung angerechnet** und deshalb von der Vorschreibung eines Rückersatzes abgesehen.

Bei der Prüfung im Jahre **2006** wurde zunächst ein monatlicher **Kostenbeitrag von € 358,--** ermittelt, nach Vorlage ergänzender Unterlagen ein Kostenersatz von **€ 260,--**. Wegen der Bezahlung der Wohnungskosten schlug die BH einen Vergleich über monatlich € 200,-- vor. Nachdem der Sohn die Unterfertigung des **Vergleichs abgelehnt** und sich an den **Landeshauptmann** gewandt hatte, veranlasste dieser zur Kontrolle eine neue Berechnung durch eine **andere BH**. Diese **errechnete** einen **Kostenbeitrag von lediglich € 133,--** (06 bMP-154).

Der Unterschied wurde damit erklärt, dass eine **korrekte Berechnung** im **EDV-Programm** nur erfolgt, wenn das Einkommen des **Unterhaltspflichtigen** an **erster Stelle** eingegeben wird. Da durch die zuständige BH aber das Einkommen der **Ehegattin zuerst** eingegeben worden war, hatte das EDV-System den **Ersatz fehlerhaft berechnet**. Auf Basis der neuen Berechnung wurde angesichts der vom Sohn erbrachten Leistungen ein **Kostenbeitrag** in Höhe von **€ 100,--** vergleichsweise vorgeschlagen.

Auch wenn darin die Betriebskosten der Mutter als Wohnungsaufwand des Sohnes vom Einkommen abgezogen und auf dieser Basis der Rückersatz berechnet wurde, statt sie korrekterweise als Sachleistung vom errechneten Unterhaltsbeitrag abzuziehen, ergaben sich gegenüber diesem Vergleichsvorschlag nur geringe Abweichungen, sodass der **Vergleich akzeptiert** wurde.

Gegenüber der SH-Behörde wurde vom LVA allerdings angemerkt, dass es für das **Vertrauen der Bürger** in eine korrekte Vorgangsweise der Behörde **nicht förderlich** ist, wenn bei **mehrmaliger Berechnung** des SH-Rückersatzes immer wieder **andere Ergebnisse** zu Tage treten und die Berechnung **kaum nachvollziehbar** ist. Daran ändert auch der Umstand nichts, wenn dies auf fehlende Unterlagen und dann auf Tücken des EDV-Systems zurückgeführt wird.

## 2.5.10. Bei Sozialhilfebezieherin Spitalsgebühren durch Inkassobüro geltend gemacht

Die Bewohnerin eines **Pflegeheimes** musste sich mehrmals in **Spitalsbehandlung** begeben. Dafür wurden ihr **Krankenhausgebühren** (Selbstbehalt) in Höhe von etwa € 90,-- vorgeschrieben. Da sie Sozialhilfe bezog und ihr von der Pension nur ein kleiner Teil (20%) als Taschengeld verblieb, stellte sie nach Rücksprache mit dem LVA einen **Sozialhilfeantrag** (05 AuBe-396).

Da die **BH** die Übernahme aus Mitteln der Sozialhilfe **ablehnte** und die **Gebühren offen** blieben, übergab die **Krankenhausverwaltung** die Forderung einem **Inkassobüro**. Dieses machte mit Kosten und Verzugszinsen Anfang Dezember 2005 unter **Androhung gerichtlicher Klagsführung** und der damit verbundenen Rechtsanwalts- und Gerichtskosten € 201,77, zwei Wochen später sogar schon € 225,42 geltend (06 BMP-006).

Der **LVA** wies darauf hin, dass für die **Vorschreibung** von **Kostenbeiträgen** im Krankenhaus und deren **Einbringung** im Rückstandsfall die Bestimmungen des Vorarlberger **Spitalgesetzes** maßgebend sind. Demnach ist dem Zahlungspflichtigen eine Zahlungsaufforderung zuzustellen, gegen die er Einwendungen erheben kann, über welche die BH zu entscheiden hat. Wird kein Einwand erhoben oder diesem keine Folge gegeben, ist die Zahlungsaufforderung bzw der Bescheid der BH vollstreckbar. Eine **Geltendmachung** von Spitalsgebühren **durch Gericht oder Inkassobüro** ist **nicht vorgesehen**, auch dürfen **nur gesetzliche Zinsen** geltend gemacht werden, während Inkassobüros wesentlich höhere Zinsen verrechnen.

Zuvor hatte der von der Heimbewohnerin ebenfalls angerufene **Patientenanwalt** mit Krankenhausverwaltung und Inkassobüro Kontakt aufgenommen, um die vorzeitige Einschaltung eines Rechtsanwaltes zu verhindern. Schließlich wurde eine **neue Rechnung** erstellt nur über die **ursprünglichen Gebühren**, welche von der Heimbewohnerin mit Hilfe von Familienangehörigen **bezahlt** wurden. Auf Verzugszinsen sowie die **Kosten** des Inkassobüros wurde **verzichtet**.

## 2.5.11. Rechtswidrige Eintreibung von Spitalsgebühren durch Inkassobüros

Der tragische, vermutlich durch einen ärztlichen **Kunstfehler** verursachte **Tod eines Kleinkindes** war im April 2006 Gegenstand von Medienberichten. Besondere Empörung rief neben der fehlenden Entschuldigung der Umstand hervor, dass die **Spitalsgebühren** gegenüber den Eltern trotzdem **durch ein Inkassobüro eingetrieben** wurden. Zwar wurde dies nach den Medienberichten storniert, der LVA jedoch darauf aufmerksam, dass die Eintreibung von Spitalgebühren durch Inkassobüros **kein Einzelfall** ist, sondern allgemeine Praxis in den Landeskrankenanstalten (06 aMP-004).

Die Vorarlberger Krankenhaus-BetriebsgesmbH (KHBG) bestätigte, dass **nach** mehreren vergeblichen **Mahnungen** die weitere **Betreibung** der Spitalsgebühren **regelmäßig durch ein Inkassobüro** erfolgt; im Jahre 2005 war allein vom LKH Feldkirch in **946 Fällen** ein Inkassobüro beauftragt worden. Da das Gesetz dies nicht ausdrücklich verbiete, sei dies auch rechtmäßig.

Wie bereits zuvor im Falle der Sozialhilfebezieherin gegenüber der Verwaltung des Krankenhauses wies der LVA nun die LReg und die KHBG auf die **Rechtswidrigkeit** der Geltendmachung von Spitalsgebühren durch Inkassobüros hin. Spitalgebühren sind nach den Bestimmungen des Vorarlberger Spitalgesetzes keine zivilrechtlichen, sondern **öffentlich rechtliche Forderungen**, die im **Verwaltungsweg** geltend zu machen sind. Jedes Verwaltungshandeln hat sich **auf Gesetze zu stützen** (Art 18 Abs 1 B-VG), auch bei einer Verwaltung durch andere Rechtsträger (H.Mayer, B-VG, 2. Auflage, Seite 112).

Vom LVA wurde begrüßt, dass vor Einleitung von Exekutionsmaßnahmen mehrmals gemahnt wird. Mangels gesetzlicher Grundlage muss aber auf die Einschaltung von Inkassobüros verzichtet werden, zumal dann im Spitalgesetz nicht vorgesehene **erhebliche Zusatzkosten** und wesentlich **höhere Zinsen** geltend gemacht werden; nach § 89 Abs 2 Spitalgesetz 2005 dürfen hingegen nur gesetzliche Verzugszinsen verrechnet werden.

Die KHBG teilte dem LVA schließlich mit, dass den Anregungen des LVA folgend die bisherige Praxis der Geltendmachung von Krankenhausgebühren überdacht wurde und **auf die Einschaltung von Inkassobüros verzichtet** wird. Nach freiwilligem und patientenfreundlichem Einfügen von drei Mahnschritten werde künftig der gesetzliche Weg der Einbringung mit **Rückstandsausweis** eingeschlagen.

### 2.5.12. Schleppende Übermittlung von Krankenunterlagen an den Patientenanwalt

Die **Patientin** einer Krankenanstalt hatte sich wegen eines von ihr vermuteten **Kunst- und Aufklärungsfehlers** im März 2005 an den **Patientenanwalt** von Vorarlberg gewandt, der die Krankengeschichte sowie eine Stellungnahme der Abteilung angefordert hatte. **Trotz** schriftlicher und telefonischer **Urgenzen übermittelte** die **Abteilung** bis Ende Jänner 2006 **weder** eine **Stellungnahme** **noch** die angeforderten **Unterlagen**. Dadurch verzögerte sich die Prüfung durch den Patientenanwalt (06 bMP-012).

Gegenüber dem LVA bestätigte der Patientenanwalt die **Säumigkeit dieser Abteilung** wie auch einzelner anderer Spitalsabteilungen im Lande, welche zur Abgabe von Stellungnahmen und Übersendung von Krankengeschichten **unvertretbar lange** benötigten.

Schon kurz nach Kontaktaufnahme des LVA mit dem für die Krankenanstalten zuständigen Landesstatthalter wies die **Landesregierung** mit **Rundschreiben** vom 15.02.2006 alle öffentlichen und privaten Krankenanstalten des Landes auf die beim LVA anhängige Beschwerde sowie § 48 Absatz 8 Spitalgesetz hin. Demnach haben die Krankenanstalten u.a. der Patientenanwaltschaft und der Schiedskommission nach dem Patienten- und Klientenschutzgesetz sowie dem LVA auf Verlangen kostenlos Kopien von Krankengeschichten und ärztlichen Äußerungen über den Gesundheitszustand von Patienten und Patientinnen zu übermitteln. Für die Beantwortung von Beschwerden bei den Informations- und Beschwerdestellen ist eine Frist von zwei Wochen vorgegeben; die Intention des Gesetzes liegt somit in einer raschen und effizienten Behandlung von Beschwerden und Patientenanliegen. Die **Krankenanstalten** wurden **dringend ersucht**, vom Patientenanwalt gewünschte **Unterlagen** und **ärztliche Stellungnahmen möglichst rasch** auszufolgen. Kurz darauf bestätigte der Patientenanwalt, dass Stellungnahmen und Unterlagen nun rascher übermittelt werden.

### 2.5.13. Vorstellungsbescheid von unzuständiger Behörde erlassen

Dem Grundeigentümer mit einer privaten Quelle wurde vom **Bürgermeister** die **Wassergrundgebühr** für die öffentliche Wasserversorgung vorgeschrieben, seiner **Berufung** durch die Abgabekommission **keine Folge** gegeben. Die dagegen eingebrachte **Vorstellung** legte die Gemeinde der **Bezirkshauptmannschaft** vor, welche sie mit Bescheid als unbegründet **abwies** (06 bMP-092).

Durch Verordnung der Landesregierung, LGBl Nr 70/1985, wurden die **Bezirkshauptmannschaften** **ermächtigt**, über **Vorstellungen** gegen Bescheide der ihrem Verwaltungsbezirk angehörenden Gemeinden und Gemeindeverbände im Namen der LReg zu **entscheiden**. **Ausgenommen** von dieser Ermächtigung sind gemäß § 1 Absatz 2 lit c der Verordnung u.a. Angelegenheiten der **Gemeindeabgaben**. Dies war von der BH übersehen worden und der Bescheid daher von einer **unzuständigen Behörde** ergangen.

Nachdem der LVA die BH darauf hingewiesen hatte, wurde der rechtswidrig ergangene **Bescheid formell aufgehoben** und die Vorstellung zuständigkeitshalber an die **LReg weiter geleitet**. Die LReg beurteilte die Rechtslage anders und gab der Vorstellung Folge: Sie hob den angefochtenen Bescheid als rechtswidrig auf und verwies die Angelegenheit zur neuerlichen Entscheidung zurück an die Gemeinde.

## 2.5.14. Folgeschwerer Vermessungsfehler im Umlegungsverfahren

Ein an die Straße angrenzendes Grundstück mit einem Doppelwohnhaus wurde in ein **Umlegungsverfahren** einbezogen, obwohl es über eine **rechtlich gesicherte Zufahrt** durch eine vertraglich eingeräumte und im Grundbuch eingetragene Dienstbarkeit verfügte. Im Auflageverfahren nahm ein Miteigentümer des Doppelwohnhauses Einblick in den Teilungsplan und **erkundigte** sich beim zuständigen Mitarbeiter des Bauamtes (gleichzeitig Eigentümer der anderen Wohnhaushälfte), ob sich durch die Umlegung am Grundstück etwas **ändere**. Er erhielt die **Auskunft**, dies sei **nicht der Fall**, lediglich die Einfahrtstrompete würde etwas breiter ausfallen, um das Einbiegen zu erleichtern. Er erhob daher keine Einwendungen, im **Umlegungsbescheid** wurden die Grundstücke gemäß dem aufgelegten Plan neu vergeben und festgestellt, dass bisherige **Dienstbarkeiten** als entbehrlich und ohne Entschädigung **aufgehoben** sind.

Später stellten die Miteigentümer des Doppelhauses fest, dass die neu gebildete **Wegparzelle**, die nun auch als Zufahrt zu anderen Grundstücken dienen sollte, **nicht mit** der in der Natur vorhandenen und asphaltierten **Wegtrasse übereinstimmte**, sondern – durch einen offensichtlichen Vermessungsfehler – wesentlich näher zum Haus verschoben worden war. Um die Zufahrt dorthin zu verlegen, wo sie gemäß Umlegungsplan liegen sollte, müsste der Hang abgetragen werden; auch würde ein gesetzlich vorgeschriebener Abstellplatz wegfallen und somit ein dem Baugesetz widersprechender Zustand entstehen (05 bMP-140).

Die **LReg** erklärte, dass der **Umlegungsplan** im Gemeindeamt während eines Monats zur Einsicht **aufgelegen** ist und bezüglich dieser Wegtrasse **keine Einwendungen** oder Änderungsvorschläge eingebracht worden waren. Die Umwidmung war daher gemäß dem Plan bewilligt und schon vor fünf Jahren mit rechtskräftigem Bescheid und Verbücherung im Grundbuch **abgeschlossen** worden.

Gemäß Stellungnahme der **Gemeinde** war ihr **Mitarbeiter**, der ja selbst als Miteigentümer betroffen ist, ebenso **irrtümlich** der Meinung, dass die im Umlegungsplan eingezeichnete Wegtrasse dem bestehenden Weg entspricht. Die Gemeinde bemühe sich in dieser unerfreulichen Angelegenheit um eine für alle Parteien **befriedigende Lösung**, was auf Grund von Spannungen zwischen den Parteien **schwer möglich** sei. Die nunmehrigen Eigentümer der in der Natur vorhandenen Wegtrasse waren nach Wegfall des grundbücherlich eingeräumten Dienstbarkeitsrechtes **nur** bereit, die **Zufahrt** gegen **jederzeitigen Widerruf** einzuräumen.

Zur Klärung des **offensichtlichen Vermessungsfehlers** nahm der LVA auch mit dem Vermessungsbüro Kontakt auf, das den Umlegungsplan erstellt hatte. Der Leiter des Vermessungsbüros teilte mit, dass dort keine Unterlagen mehr aufliegen und jener Mitarbeiter, der den Vermessungsplan erstellt hatte, nicht mehr im Büro beschäftigt ist.

## 2.5.15. Fehlende Prüfungsunterlagen verzögern Staatsbürgerschaftsverfahren

Eine **in Vorarlberg geborene** und aufgewachsene junge **Frau** stand nach der **Matura im Berufsleben** und hatte um Erwerb der österreichischen **Staatsbürgerschaft** **angesucht**. Dafür lagen alle Voraussetzungen vor, nur die Beschaffung einer **Urkunde** aus ihrem „Heimatstaat“ **verzögerte** sich. Erst nachdem es ihrem Vater bei einer Heimreise gelungen war, die Urkunde zu besorgen, konnte diese samt Übersetzung vorgelegt werden. Wegen **Zeitablaufes** wurden die Voraussetzungen **neuerlich geprüft**. Auf Grund neuer gesetzlicher Regelungen sollte sie nun aber eine **zusätzliche Prüfung** ablegen (06 bMP-065).

Die Verfahrensdauer konnte nicht in Kritik gezogen werden, da die Verzögerung auf die späte Urkundenvorlage zurück zu führen war. Angesichts des Zeitablaufes war auch die neuerliche Überprüfung der Voraussetzungen verständlich.

Durch eine **Novelle** zum **Staatsbürgerschaftsgesetz** war allerdings eine neue Hürde geschaffen worden: Eine **Prüfung** über **Grundkenntnisse** der demokratischen Ordnung der Republik **Österreich** sowie der Geschichte Österreichs und des jeweiligen Bundeslandes.

Trotz bestandener Matura wurde ihr diese **Prüfung nicht erspart**. Ärgerlich war jedoch, dass für die Absolvierung der Prüfung **kein Termin** festgesetzt wurde, weil die **Prüfungsunterlagen fehlten**. Davon waren viele Staatsbürgerschaftswerber betroffen, wie sich aus Medienberichten ergab.

Da die LReg dies mit fehlenden Unterlagen des Bundes begründete, nahm der LVA mit der Volksanwaltschaft Kontakt auf: Es war unverständlich, dass eine **Novelle** zum Staatsbürgerschaftsgesetz mit zusätzlichen Anforderungen sofort in Kraft gesetzt wird **ohne** die **Voraussetzungen für den Vollzug** zu schaffen. Darüber hinaus verzögerte sich die Erstellung der erforderlichen Unterlagen im zuständigen Ministerium.

Als Ergebnis der **Prüfung auf Bundesebene** teilte VA Mag Stadler dem LVA mit, dass sich das **Innenministerium** auf den Standpunkt gestellt hatte, die Koordination der Erstellung des Fragenkataloges für die Prüfung sei **nur** eine **Serviceleistung** des Ministeriums für die Länder und **keine gesetzliche Verpflichtung**. Dieser Rechtsauffassung schloss sich die Volksanwaltschaft an: Es wäre zwar sinnvoll gewesen, entsprechende Lernbehelfe ab der ersten Stunde anzubieten, dazu gebe es allerdings keine gesetzliche Verpflichtung. Da der Fragenkatalog inzwischen erstellt und an die Bundesländer übermittelt worden war, wurde das Prüfungsverfahren eingestellt.

Mit **erheblicher Verspätung** konnte die Maturantin problemlos die Prüfung absolvieren und damit die österreichische **Staatsbürgerschaft erwerben**.

## 2.5.16. Österreichische Staatsbürgerschaft bezweifelt

Ein **Vorarlberger** war vor vielen Jahren **nach Südamerika ausgewandert** und als Entwicklungshelfer tätig. Er hatte dort eine Familie gegründet und die **Staatsbürgerschaft angenommen**. Eine **Tochter**, die nach ihrer Mutter auch die Staatsbürgerschaft des Geburtslandes hatte, wollte **in Vorarlberg** eine **Ausbildung** machen, wo sie bei einer Tante wohnen konnte.

Da sie noch keine österreichischen Papiere hatte, ersuchte sie um Ausstellung eines **Staatsbürgerschaftsnachweises** sowie eines österreichischen Passes. Dies wurde zunächst mit der Begründung **abgelehnt**, mit der Annahme der fremden Staatsbürgerschaft durch ihren Vater habe **möglicherweise** auch sie die österreichische **Staatsbürgerschaft verloren** (06 AuBe-231).

Die Abklärung ergab, dass der Vater **erst nach Geburt** der Tochter die **fremde Staatsbürgerschaft** angenommen und dadurch selbst die österreichische Staatsbürgerschaft verloren hatte. Die Tochter hatte **nach** ihrer **Mutter** bereits die **Staatsbürgerschaft des Geburtslandes**; die Verleihung der Staatsbürgerschaft an den Vater konnte sich daher gar nicht auf sie erstrecken.

Nachdem auch bestätigt worden war, dass das Recht dieses Landes **keine automatische Erstreckung** der Staatsbürgerschaftsverleihung auf minderjährige Kinder vorsieht, teilten die Behörden die Auffassung, dass sie (auch) **österreichische Staatsbürgerin** ist. Damit hatte sie auch keine Probleme mehr mit der Aufenthaltsbewilligung.

## 2.6. Einzelfälle aus der Verwaltung der Gemeinden

### 2.6.1. Entgegen Bezügebegrenzungsgesetz drei öffentliche Bezüge ausbezahlt

In einem Prüfbericht über die finanzielle Kontrolle der Gemeinden durch die Abteilung Gebarungskontrolle der LReg stellte der Landes-Rechnungshof eine **unzureichende Überprüfung** rechtswidriger **Bürgermeisterbezüge** in zwei Gemeinden fest.

Im einen Fall war trotz Rückganges der Bevölkerung der Bezug im Widerspruch zur verordneten Grenze im Bezüugesetz des Landes in der bisherigen Höhe belassen, im anderen Fall ein **Verstoß** gegen das **Bezügebegrenzungsgesetz** des Bundes (BBG) nicht beachtet worden. Da der Landesrechnungshof nur die LReg, nicht jedoch die Gemeinden prüfen kann, ersuchten Gemeindevertreter der zweiten Gemeinde den LVA um Prüfung (06 aMP-005).

Der **Gemeindesekretär** dieser Gemeinde war vor Jahrzehnten **zum Bürgermeister gewählt** worden, **blieb** jedoch **Gemeindeangestellter** und als Sachbearbeiter im Gemeindeamt tätig. Er bezog weiter das volle **Gehalt als Gemeindebediensteter** und eine unter dem Höchstbetrag liegende **Funktionsgebühr als Bürgermeister**.

Von 1997 bis 2004 gehörte er auch dem Vorarlberger **Landtag** als **Abgeordneter** an. Gemäß § 45 Abs 8 GBedG wurde sein Gehalt als Gemeindeangestellter, mit seiner Zustimmung und ohne gesetzliche Verpflichtung auch der bisherige Funktionsbezug als Bürgermeister **um jeweils 25% gekürzt**.

Am 01.08.1997 trat das **Bezügebegrenzungsgesetz** in Kraft. Gemäß § 4 Abs 1 BBG dürfen **höchstens zwei Bezüge** und Ruhebezüge von Rechtsträgern bezogen werden, die der Kontrolle des Rechnungshofes unterliegen. Bestehen Ansprüche auf mehr Bezüge, sind alle bis auf die zwei höchsten still zu legen. Eine Ausnahme besteht für Funktionäre von Gemeinden mit weniger als 10.000 Einwohnern bei einem weiteren Monatsbezug von höchstens 4% des Bezuges eines Nationalrates.

Zunächst stellten sich der Österreichische Städte- und Gemeindebund, der Vorarlberger Gemeindeverband sowie der Rechnungshof auf den **Standpunkt**, Bezüge von **Gemeinden unter 20.000 Einwohnern** seien von der Begrenzung **nicht betroffen**, da sie nicht der Kontrolle des Rechnungshofes unterliegen. Der Verfassungsdienst des Bundeskanzleramtes vertrat hingegen die **Auffassung**, nach der klaren Absicht des Gesetzgebers finde das BBG auf **alle Gemeinden** Anwendung.

In einer Länderexpertenkonferenz 1999 schlossen sich der Rechnungshof und Bundesländervertreter dieser Auffassung an. Diese **Rechtsauslegung** wurde den **Landesamtsdirektoren mitgeteilt**, in Vorarlberg jedoch **weder den Gemeinden noch** den für die **Gemeindeaufsicht** zuständigen Stellen (Kontrollabteilung, BH) **zur Kenntnis gebracht**.

Bei der Kontrolle der Gemeinde im Jahre 2000 nahm die **Gebarungsabteilung keinen Anstoß** am **Dreifachbezug** als Landtagsabgeordneter, Bürgermeister und Gemeindeangestellter und stellte sogar fest, die an den Bürgermeister ausbezahlten Entschädigungen stimmten mit den Verordnungen überein. Erst anlässlich der **Gebarungsprüfung 2005** wurde die Übereinstimmung der Bezüge mit den Regelungen des BBG geprüft und dazu ein **Rechtsgutachten** eingeholt.

Gemäß diesem Gutachten und auch für den LVA besteht auf Grund der Gesetzesmaterialien und der Ausnahmebestimmung für Gemeinden mit weniger als 10.000 Einwohnern **kein Zweifel**, dass das BBG **auf alle Gemeinden anzuwenden** ist. Die **Auszahlung des 3. Bezuges** als Gemeindeangestellter, soweit er 4% des Nationalratsbezuges übersteigt, war somit **objektiv rechtswidrig**.

Allerdings ist das **BBG interpretationsbedürftig** und gab es hinsichtlich des Anwendungsbereiches – teilweise bis 2005 - unterschiedliche Rechtsauffassungen. Angesichts der Nichtweiterleitung der klärenden Stellungnahme des Verfassungsdienstes aus dem Jahr 1999 und der Nichtbeanstandung bei der Gebarungskontrolle 2000 war die **Rechtswidrigkeit** für den Bürgermeister und die Gemeindevertretung **kaum erkennbar**.

Auch lag der **gesamte** von der Gemeinde seit Übernahme des Landtagsmandates ausbezahlte (und um jeweils 25% gekürzte) **Bezug** als Bürgermeister und Gemeindebediensteter **unter dem Höchstbetrag**, welcher gemäß Bezügegesetz und Verordnung des Landes allein **als Bürgermeisterbezug zulässig** gewesen wäre. Sofern die Gemeindevertretung den Gesamtbezug für angemessen gehalten hat, hätte bei einer anderen Aufteilung von Bürgermeisterbezug und Gemeindeangestelltengelt gesetzeskonform ein gleich hoher oder sogar noch höherer Betrag ausbezahlt werden können.

Aus diesen Gründen wurde vom LVA die Möglichkeit einer **Rückforderung** des im Widerspruch zum BBG ausbezahlten Gehaltsteiles **skeptisch beurteilt** und von der Gemeinde darauf **verzichtet**.

### 2.6.2. Stadtvertretern das Abhören der Tonbandaufzeichnung verweigert

Eine **Stadtvertretung** hatte im Jahre 2001 beschlossen, zur Unterstützung des Schriftführers bei den **Sitzungen** ein **Tonbandprotokoll** anzufertigen. Dieses sollte **von jedem Stadtvertreter abgehört** und davon Notizen gemacht werden können.

Im Juni 2006 **verließen** mehrere **Stadtvertreter** aus Protest vorzeitig die **Sitzung**, wollten danach aber die **Tonbandaufzeichnung** abhören. Nachdem der Bürgermeister dies **abgelehnt** hatte, beschwerte sich eine Stadtvertreterin bei der Aufsichtsbehörde und beim LVA. Sie werde dadurch in der Ausübung ihrer Funktion behindert (06 BMP-101).

Der **Bürgermeister** stellte sich auf den Standpunkt, das Bereitstellen von **Tonbändern** sei im Gemeindegesetz **nicht vorgesehen**. Der Beschluss der Stadtvertretung könne nur so verstanden werden, dass jenen **Stadtvertretern**, die **bei der Sitzung anwesend** waren, die Gelegenheit gegeben werden soll, über das Beschlussprotokoll hinaus gehende Inhalte der Debatte nachzuvollziehen.

In Erledigung der **Aufsichtsbeschwerde** stellte die **BH** fest, dass aufgrund des Beschlusses **alle Stadtvertreter ohne Einschränkung** die Tonbandaufzeichnungen der Sitzungen abhören dürfen. An der Ausübung ihrer Funktion sei die Stadtvertreterin aber insbesondere dadurch gehindert worden, dass sie rechtswidrig die Sitzung verlassen habe. In diesem Zusammenhang komme der **Verweigerung des Abhörens** des Tonbandprotokolls höchstens eine **untergeordnete Bedeutung** zu.

Vom LVA wurde der **Beschwerde Berechtigung** zuerkannt, da es dem Bürgermeister nicht zukommt, Beschlüsse der Stadtvertretung – dem höchsten Organ der Stadt – zu missachten oder in dieser Weise einschränkend auszulegen. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass die Mandatarin in Verletzung der Bestimmung des § 42 Abs 1 GG (Anwesenheitspflicht) die Sitzung verlassen hatte.

Nicht verständlich war für den LVA, dass sich die **BH** mehr mit dem **Verhalten der Beschwerdeführerin** auseinandergesetzt und dieses als **Gesetzesverletzung** festgehalten, hingegen zum Gegenstand der Beschwerde nur auf die Rechtslage verwiesen hatte. **Unangebracht** erschien insbesondere die **Wertung**, gegenüber dem unrechtmäßigen Verlassen der Sitzung komme der **verweigten Abhörung** des Tonbandes „höchstens eine **untergeordnete Bedeutung**“ zu.

Vielmehr hat der **Bürgermeister** aufgrund seiner Stellung, auch als Vorsitzender der Gemeindevertretung, eine **besondere Verpflichtung** dafür zu sorgen, dass die Bestimmungen des **Gemeindegesetzes** und die **Geschäftsordnung** der Gemeindevertretung **eingehalten** und deren **Beschlüsse umgesetzt** werden.

### 2.6.3. Exekution aufgrund eines rechtswidrigen Rückstandsausweises

Bei **Grabungsarbeiten** auf einem Privatgrundstück wurde die **Gemeindewasserleitung beschädigt**. Die **Gemeinde** veranlasste die **Reparatur** und stellte dafür ca € 75,-- in **Rechnung**. Der **Grund eigentümer lehnte die Bezahlung ab**: Er habe das Grundstück von der Gemeinde lastenfrei gekauft und sei nicht informiert worden, dass darüber die Wasserleitung verläuft.

Der Bürgermeister erließ daraufhin einen **Rückstandsausweis** über den Rechnungsbetrag samt Mahnspesen. Darin bezeichnete er den Grundeigentümer als **Abgabenschuldner** und den Rechnungsbetrag als **offene Gemeindeabgaben**, welche trotz Abgabenbescheid und Mahnung nicht bezahlt und somit vollstreckbar sind. Auf Antrag der Gemeinde wurde der Betrag zuzüglich Mahn- und Exekutionskosten (zusammen ca € 100,--) **gerichtlich exekutiert** (06 bMP-011).

**Rückstandsausweise** sind **öffentliche Urkunden** über Bestand und Vollstreckbarkeit von Abgabenschulden und ohne voran gehende Prüfung ihrer materiellen Richtigkeit Exekutionstitel. Zulässig ist die Erlassung eines Rückstandsausweises **nur bei Abgabenverbindlichkeiten**. Nach Hinweis des LVA auf diese Rechtslage rechtfertigte sich der **Bürgermeister** in der ersten Stellungnahme, er habe verwaltungstechnisch die **Exekution dem Zivilrecht vorgezogen**, da die Verwaltung nach den Grundsätzen der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit geführt werden soll.

Aus den Unterlagen ergab sich, dass die im Rückstandsausweis angeführte Forderung den Schadenersatzanspruch wegen Beschädigung der Wasserleitung betraf. Ob die Forderung zu Recht besteht, hat nicht der LVA zu beurteilen, darüber hat ein Gericht zu entscheiden.

Gemäß § 3 GG sind die **Aufgaben der Gemeinde** nach den Grundsätzen der **Gesetzmäßigkeit**, Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit zu besorgen. Der (vom Bürgermeister nicht angeführte) Grundsatz der Gesetzmäßigkeit wurde **in krasser Weise verletzt**: Es lag **keine Abgabenschuldigkeit** vor, sondern eine Schadenersatzforderung; entgegen der Beurkundung im Rückstandsausweis gab es auch **keinen rechtskräftigen** und vollstreckbaren **Titel**.

Die Erstellung eines Rückstandsausweises aufgrund einer Forderung, die weder eine Abgabenschuld noch vollstreckbar ist, stellt eine **Falschbeurkundung** dar und ist daher auch in **strafrechtlicher Hinsicht bedenklich**. Der Bürgermeister wurde daher aufgefordert, den Rückstandsausweis aufzuheben, die Exekution einzustellen und dem betroffenen Bürger die durch die rechtswidrige Vorgangsweise entstandenen Unkosten zu ersetzen. Weiters möge er dafür Sorge tragen, dass für zivilrechtliche Ansprüche künftig keine Rückstandsausweise mehr erlassen werden. Der **Bürgermeister** nahm die Beanstandung des LVA zur Kenntnis und **erstattete** dem Bürger die im Wege der Exekution bereits eingehobenen **Beträge** samt Kosten.

### 2.6.4. Mehrere rechtswidrige Verordnungen geändert

Der **70-jährige Bewohner** einer Kleingemeinde zeigte sich angesichts seines Alters verwundert über die Vorschreibung der **Feuerwehrdienst-Ersatzsteuer** (€ 1,81) und des Ersatzbetrages für **Hand- und Zugdienste** (€ 18,50). Auch die Vorschreibung der **Hundesteuer** (€ 21,80) für seinen Jagd- und Wachhund fand er ungerechtfertigt (05 bMP-154).

Eine Verordnung über die **Feuerwehrdienst-Ersatzsteuer** konnte die Gemeinde nicht vorlegen. Die Vorschreibung war auch deshalb rechtswidrig, da gemäß § 15 Abs 1 Feuerpolizeiordnung **nur Männer** im Alter **von 18-50 Jahren** zur Dienstleistung in der Feuerwehr verpflichtet sind und nur diesen die Ersatzsteuer vorgeschrieben werden darf. Der LVA warf aber auch die Frage auf, ob der mit der Einhebung eines Steuerbetrages zwischen € 0,36 und höchstens € 1,81 (jährlich!) verbundene **Verwaltungsaufwand** noch in einem vertretbaren Verhältnis zum Erlös dieser Abgabe steht.

Der Bürgermeister sagte zunächst zu, die Einhebung der Abgabe künftig auf Männer zwischen 18 und 50 Jahren zu beschränken und das EDV-Programm entsprechend zu adaptieren. Schließlich teilte er mit, dass ab 01.01.2007 auf die **weitere Einhebung verzichtet** wird.

Die **Verordnungen über Hand- und Zugdienste** (Fronddienst) und die **Hundesteuer** erwiesen sich als **rechtswidrig**. So muss nach der Rechtsprechung des VfGH eine Fronddienstverordnung den Fall regeln, dass der **Haushaltsvorstand** wegen Krankheit oder Altersgebrechen **nicht** mehr **in der Lage** ist, den **Dienst persönlich abzuleisten** und keine tauglichen Vertreter dem Haushalt angehören. Überdies muss vor der Vorschreibung des Abschätzbetrages eine konkrete Dienstleistung angeboten oder durch Bescheid aufgetragen werden. Inzwischen dient die noch geltende **Fronddienstregelung** in der Gemeindeordnung 1935 (!) vielen Gemeinden nur noch als **Grundlage** für **finanzielle Vorschreibungen**.

Gemäß § 16 Abs 3 Zif 2 FAG 2001 sind **Wachhunde** von der Hundeabgabe **befreit**. Die Verordnung der Gemeinde enthielt eine **Definition** des Wachhundes, welche im Lichte einer Entscheidung des VfGH, der auf Antrag des LVA eine ähnliche Bestimmung einer anderen Gemeinde aufgehoben hatte (JB 1996/97, S 73-78 und JB 1997/98, S 37), viel **zu eng** ist.

Die BH als Gemeindeaufsichtsbehörde, welche die Verordnungen zuvor ohne Beanstandung zur Kenntnis genommen hatte, bestätigte die vom LVA aufgezeigten Rechtswidrigkeiten. Nachdem die **Verordnungen** daraufhin den Anforderungen der VfGH-Erkenntnisse **angepasst** wurden, erübrigte sich eine neuerliche Anrufung des VfGH durch den LVA.

### 2.6.5. Auf Fortsetzung des Bauverfahrens vergessen

Die Eigentümerin eines landwirtschaftlichen Anwesens war verwundert über die Aufforderung der Baubehörde, für einen **Stall** die **fehlende Baubewilligung** nachzuholen, andernfalls die Wiederherstellung des rechtmäßigen Zustandes (Abbruch) verfügt wird. Sie hatte die Landwirtschaft 1997 von ihrem verstorbenen Gatten übernommen und fand in den Unterlagen eine Ladung zum **Genehmigungsverfahren** für das Stallgebäude aus dem Jahre **1995** (06 bMP-051).

Erst nach Hinweis des LVA auf dieses mehr als 10 Jahre zurück liegende Bauverfahren stellte die Baubehörde fest, dass der verstorbene Ehegatte der nunmehrigen Eigentümerin **schon im August 1994** um **baurechtliche Bewilligung** des Stalles **angesucht** hatte. Über das inzwischen errichtete Stallgebäude hatte im Juni 1995 auch eine mündliche **Bauverhandlung** stattgefunden. Gemäß Niederschrift waren noch Nachweise über die rechtlich gesicherte Zufahrt und eine Stellungnahme der Agrarbezirksbehörde verlangt, der **Akt** in weiterer Folge jedoch **abgelegt** und das **Bauverfahren nicht fortgesetzt** worden. Der Bürgermeister sagte schließlich zu, das vor 12 Jahren eingeleitete Bauverfahren nun fortzusetzen.

### 2.6.6. Rechtswidrige Vorschreibung von Verwaltungsabgaben im Berufungsverfahren

Der **Nachbar** eines geplanten **Wohnblocks** wandte sich zunächst wegen einer **Berufung gegen die Baubewilligung** zur Beratung an den LVA. Seiner Berufung wurde keine Folge gegeben, von der Gemeinde dafür aber ein Betrag von **€ 13,--** an **Bundesabgaben vorgeschrieben** (06 bMP-009).

Berufungsbehörden, aber auch Bezirkshauptmannschaften im Vorstellungsverfahren schreiben den Nachbarn im Bauverfahren für ihre Rechtsmittel immer wieder eine Abgabe von € 13,-- vor. Sie stützen sich dabei auf das **Gebührengesetz des Bundes** (§ 14, TP 6), wonach für Eingaben von Privatpersonen an Organe der Gebietskörperschaften in Angelegenheiten ihres öffentlich rechtlichen Wirkungskreises eine Gebühr in Höhe von € 13,-- zu entrichten ist.

Dabei wird übersehen, dass gemäß Abs 5 Zi 20 dieser Bestimmung Einwendungen und Stellungnahmen zur Wahrung der rechtlichen Interessen zu Vorhaben der Errichtung oder Inbetriebnahme von Bauwerken und Anlagen aller Art sowie im Verfahren zur Genehmigung solcher Vorhaben der Eingabengebühr nicht unterliegen. Obwohl schon 2002 über Anregung des LVA im Rundschreiben des Gemeindeverbandes darauf hingewiesen worden war, dass **im Bauverfahren Berufungen und Vorstellungen** - außer vom Antragsteller selbst - **nicht zu verbühren** sind, wird diese Gebühr immer wieder **rechtswidrig vorgeschrieben**. Im neuen Anlassfall teilte der Bürgermeister nach Hinweis auf die Rechtslage mit, dass die **Gebührenvorschrift** gegenstandslos ist und **ausgebucht** wird.

### 2.6.7. Pflegegeldantrag nicht rechtzeitig weiter geleitet – Anspruch verloren

Nach einem Schlaganfall musste ein Mann im **Juli 2005** in ein Pflegeheim aufgenommen werden. Der **Leiter des Heimes sagte zu**, den **Antrag auf Pflegegeld** unverzüglich zu veranlassen, wie dies – als Service ohne gesetzliche Verpflichtung – auch sonst gehandhabt wird. Nachdem er drei Monate später in häusliche Pflege entlassen worden war, erkundigte sich die **Gattin** bei Gemeinde und Heim nach dem Pflegegeld. Sie wurde **vertröstet**, das Verfahren dauere mitunter eben länger. Eine spätere Nachfrage bei der PVA ergab schließlich, dass der **Antrag dort erst im Jänner 2006 eingelangt** war, weshalb das Pflegegeld zunächst erst ab 01.02.2006 gewährt wurde (06 bMP-002).

In weiterer Folge stellte sich heraus, dass der **Pflegegeldantrag** durch ein **Versehen der Heimleitung erst Ende September 2005 an die Gemeinde** geschickt worden war, welche den Antrag angeblich an die PVA weitergeleitet hatte. Dort schien der Antrag aber nicht auf, weshalb die Gemeinde den Antrag Anfang **Jänner 2006 neuerlich übermittelt** hatte. Da der Antrag nachweislich im September 2005 im Gemeindeamt eingetroffen war und die Gründe für die verzögerte Weiterleitung an die PVA nicht mehr nachvollzogen werden konnten, wurde schließlich das Pflegegeld doch ab 01.10.2005 gewährt.

Bei rechtzeitiger Weiterleitung des Antrages durch die Heimleitung wäre das Pflegegeld aber auch schon für August und September 2005 zugestanden. Deshalb erklärte sich die Betreiberin des **Pflegeheimes** schließlich bereit, den **Ausfall** des Pflegegeldes für zwei Monate zu **ersetzen**.

### 2.6.8. Noch ein Pflegegeldantrag verloren – drei Monate ohne Pflegegeld

Eine Sozialarbeiterin informierte den LVA, dass eine von ihr betreute Frau im Dezember 2005 einen **Pflegegeldantrag** für ihre 13-jährige behinderte Tochter **im Gemeindeamt eingebracht** habe. Bei einer Nachfrage im März 2006 hätte sich heraus gestellt, dass **weder im Gemeindeamt noch bei der BH ein Antrag vorliegt**. Sie brachte daraufhin einen **neuen Antrag** ein, worauf das Pflegegeld ab April 2006 gewährt wurde (06 bMP-149).

Eine erste Abklärung durch die Sozialarbeiterin hatte ergeben, dass der **Eingang** und die Weiterleitung von Anträgen im Gemeindeamt **nicht aufgezeichnet** werden, Anträge würden samt Beilagen einfach gesammelt an die zuständige Behörde weiter geleitet.

Die **Gemeinde** verwehrte sich gegen den Vorwurf und teilte mit, **Pflegegeldanträge** würden in der Regel **kopiert** und in einem **Ordner** abgelegt, das **Original** samt Beilagen **unverzüglich** an die zuständige Behörde **weiter geleitet**. Im konkreten Fall befinde sich keine Kopie des Antrages in der Ablage, auch die Mitarbeiterinnen im Sozialamt könnten sich daran nicht erinnern. Der mit der Anlegung eines Verzeichnisses über die einlangenden und ausgehenden Anträge verbundene Arbeitsaufwand sei mit einer sparsamen und zweckmäßigen Verwaltung nicht vereinbar. Auch wenn die Gemeinde **kein Verschulden** einräumte, konnte sie einen **Fehler nicht völlig ausschließen** und ersetzte im **Kulanzwege** die Hälfte des drei Monate lang nicht ausgezahlten Pflegegeldes.

### 2.6.9. Hohe Bettenfreihaltegebühr in Pflegeheimen

Die **Bewohnerin eines Pflegeheimes** musste sich wegen der Verschlechterung ihres Gesundheitszustandes in **Spitalsbehandlung** begeben, wo sie 36 Tage später **verstarb**. Die Tagesgebühren für das Heim wurden mit einem geringen Abschlag als „**Bettenfreihaltegebühr**“ auch für diesen Zeitraum **vorgeschrieben**. Begründet wurde dies damit, dass trotz Krankenhausaufenthalt nicht nur das Zimmer, sondern auch das Personal weiter bereitgestellt werden müsse und der Personalstand nicht für ein paar Tage abgebaut werden könne. Die Gebühr sei je nach Pflegestufe unterschiedlich hoch und richte sich nach der Höhe des Pflegegeldes, das beim Krankenhausaufenthalt dem Spitalerhalter überwiesen wird (06 bMP-074).

Für den Schwiegersohn der verstorbenen Heimbewohnerin war **nicht verständlich**, was die Höhe des Pflegegeldes oder die Pflegeeinstufung mit diesen Fixkosten zu tun hat. In den Heimen einer Nachbargemeinde gebe es dafür eine einheitliche Gebühr; diese sei sogar € 20,-- je Tag niedriger als der hier vorgeschriebene Betrag. Auch gebe es im Heim **Leasingarbeiter** sowie regelmäßige **Überstunden** und damit auch **Ersparnisse bei den Personalkosten**.

Gemäß § 27 f KonsumentenschutzG (idF HeimvertragsG) mindert sich das Entgelt für Leistungen, die sich ein Heimträger während der Abwesenheit eines Heimbewohners von mehr als drei Tagen erspart. Sollten tatsächlich in erheblichem Ausmaß Überstunden gemacht und Zeitarbeiter eingesetzt werden, wären auch Personalkosten nicht ausschließlich fixe, sondern teilweise variable Kosten, welche sich bei Abwesenheit von Heimbewohnern reduzieren.

Die **Landesregierung**, welche die Tarifgestaltung im Hinblick auf die häufige Übernahme aus Sozialhilfemitteln prüft, stellte sich auf den Standpunkt, § 27 f KSchG werde dadurch entsprochen, dass sich die **Nachlässe bei Abwesenheit** von Heimbewohnern an den dadurch reduzierten **Materialkosten** orientieren. Durch nicht planbare Abwesenheiten seien **keine erheblichen Kostenersparnisse** bei Personal, Ausstattung und Betrieb erzielbar. Größere Nachlässe müssten durch höhere Pflegesätze abgefangen werden. Deshalb werde bei längerer Abwesenheit durchschnittlich ein Nachlass zwischen € 6,-- und 7,-- pro Tag gewährt, ohne dass die Kalkulation für jedes Pflegeheim detailliert überprüft wird.

Der **Bürgermeister** teilte als Beirat des Sozialzentrums – inzwischen ausgelagert in eine gemeindeeigene GmbH – mit, dass Leasingarbeiter nur vorübergehend eingesetzt worden sind. Die Überstunden seien im Wesentlichen auf Urlaub und Krankenstände zurückzuführen und würden nichts an den Fixkosten ändern. Die vorgeschriebene **Bettenfreihaltegebühr** sei sogar **geringer als** die tatsächlichen **Kosten**.

Eine weitere Prüfung des schon mehrfach an den LVA heran getragenen Problems war nicht möglich, da das betroffene Pflegeheim nicht mehr von der Gemeinde selbst betrieben wird. Entgegen einer Anregung (s Kap 3.1.1.) besteht für ausgelagerte Gemeindeaufgaben keine Prüfungszuständigkeit des LVA.

### 2.6.10. Verlegung eines Fußballplatzes ins Wohngebiet

Ein Bürger beschwerte sich über die **Verlegung eines Fußballplatzes** in die unmittelbare Nähe seines Hauses. Insbesondere kritisierte er, dass die **Anrainer nicht informiert** wurden und es auch kein Gespräch gab, wie der Platz genutzt werden soll und welche Einschränkungen zur Vermeidung von Immissionen vorgesehen sind (06 bMP-096).

Gemäß Stellungnahme des Bürgermeisters war nach der notwendigen **Auflassung** des früheren „Tschutterplatzes“ ein Ersatz im **Wasserschongebiet** gefunden und mit Auflagen der Wasserrechtsbehörde errichtet worden. Aus nach Ansicht der Gemeinde überzogenen Gründen verlangte die BH jedoch die Auflassung dieses Platzes. Nach längeren Verhandlungen konnte die Gemeinde zu diesem Zweck einen **neuen Platz**, allerdings **näher** zu mehreren **Wohngebäuden**, pachten.

Rechtlich gesehen besteht keine Verpflichtung, vor Abschluss des Pachtvertrages die Nachbarn zu informieren. Im Sinne einer **bürgerfreundlichen Verwaltung** wäre es dennoch wichtig, betroffene **Gemeindebürger frühzeitig** in die Entscheidungsfindung **einzubeziehen**. Dabei kann es aber nicht darum gehen, jegliche Sport- und Bewegungsmöglichkeiten für Jugendliche in der Nähe von Wohngebieten zu verhindern. Vielmehr muss ein **vernünftiger Interessenausgleich** zwischen diesem, auch gesellschaftlich wichtigen Anliegen und den berechtigten Interessen der Nachbarn angestrebt werden.

Nach Hinweis des LVA auf die Problematik fand ein Lokalaugenschein des Sportreferenten mit den betroffenen Nachbarn statt. Nachdem einigen **Anliegen** der Nachbarn **entsprochen** und die Ausrichtung des Sportplatzes im Einvernehmen mit den Nachbarn geändert wurde, konnte das **Verfahren positiv abgeschlossen** werden.

### 2.6.11. Lärmbeeinträchtigung durch Laubgebläse schon am frühen Morgen

Ein **Innenstadtbewohner** hatte sich mit dem **abendlichen Lärm** durch ein nahe gelegenes **Restaurant mit Gastgarten** abgefunden. Kein Verständnis brachte er aber dafür auf, dass die **Reinigungsarbeiten** auf der Straße nun bereits **früh morgens** nicht wie früher mit Besen und Kehrmaschinen, sondern **mit** einem lauten **Laubgebläse** vorgenommen werden. Von der Rechtsabteilung der Stadt erhielt er die Auskunft, die Arbeiten müssten so ausgeführt werden, die Verordnung gegen Lärmstörung gelte nur für Rasenmäher. Nach Angaben des Bürgers war der vom Laubgebläse ausgehende **Lärm** aber **wesentlich höher**, weswegen die städtischen Mitarbeiter einen **Gehörschutz** tragen müssten(06 bMP-085).

Für den LVA war dieses Anliegen sehr gut nachvollziehbar. Auch das Amt der Vorarlberger Landesregierung ist offenbar der Meinung, dass ihren Bediensteten bei der Reinigung des Landhausplatzes die Verwendung eines Besens nicht mehr zumutbar ist. Während des Einsatzes eines Laubgebläses ist an ein konzentriertes Arbeiten im gegenüber liegenden Büro des LVA bei geöffnetem Fenster (trotz vermutlich größerer Entfernung) kaum zu denken.

Bei allem **Verständnis** für den Einsatz von **Maschinen**, welche die **Arbeit erleichtern**, warf der LVA gegenüber der Stadtverwaltung die Frage auf, ob die **Belastung** durch das **Gewicht**, die **Abgase**, die **Staubentwicklung** und insbesondere den **hohen Lärmfaktor** dieser Maschinen nicht auch für die Bediensteten eine wesentlich **größere Beeinträchtigung** darstellt als traditionellere Reinigungsformen. Auch Anrainer und Passanten werden dadurch in Zeiten, in denen ein Bauunternehmer oder jeder Rasenmähende Gartenbesitzer deswegen mit einer Verwaltungsstrafe rechnen müsste, einem viel stärkeren Lärm ausgesetzt.

Der **Bürgermeister** betonte die wichtige Aufgabe der **regelmäßigen Reinigung** der öffentlichen Straßen und Plätze. Diese erfolgten vorzugsweise in den frühen Morgenstunden, wenn noch kein oder wenig Betrieb herrscht. Die Mitarbeiter des Werkhofes stünden oft unter **Zeitdruck**, wenn bei Gastgartenbetrieb und Veranstaltungen ein hoher Reinigungsaufwand gegeben ist, aber an Markttagen möglichst schon um fünf Uhr morgens gereinigt werden sollte. Um dem Anrainer entgegen zu kommen, habe man ohnehin im Bereich seines Hauses **erst um 6:30 Uhr** damit begonnen. Für die Mitarbeiter der Straßenreinigung stelle der **Einsatz des Gerätes** gegenüber dem händischen Kehren eine **Erleichterung** dar. Dennoch würde im Hinblick auf die Beschwerde künftig **in diesem Bereich auf den Einsatz** von Laubgebläsen in den Morgenstunden **verzichtet**.

### 2.6.12. Wohnqualität durch Kuhglocken beeinträchtigt

Ein Landwirt hielt längere Zeit auf einer eingezäunten **Weide** neben einem **Wohngebiet Kühe**. Durch den Lärm der **Kuhglocken**, auch nachts, fühlte sich ein Nachbar in seiner Ruhe gestört. Gespräche mit dem Tierhalter blieben ebenso erfolglos wie eine Vorsprache beim **Bürgermeister**, der lediglich erklärte, man lebe eben in einer **ländlichen Gegend** (05 bMP-095).

Auf dem Land sind landwirtschaftliche Emissionen ortsüblich. In der **Alpbewirtschaftung** stellen **Kuhglocken** nicht nur ein folkloristisches und traditionelles Element dar, sondern haben wegen des offenen und mitunter schwer überschaubaren Geländes eine wichtige **Funktion**. Dem LVA erschien es jedoch zweifelhaft, dass diese Art der Tierhaltung auf einer eingezäunten Wiese im Ortsgebiet notwendig und ortsüblich ist.

Neben **zivilrechtlichen Möglichkeiten** des Nachbarn im Rahmen des Nachbarschaftsrechtes sah der LVA auch einen **Handlungsbedarf** des Bürgermeisters nach dem Gesetz über **Maßnahmen gegen Lärmstörungen** und über das Halten von Tieren. Zumindest wäre zu erwarten, dass er einer solchen Beschwerde nachgeht oder sich in bürgerfreundlicher Weise um eine **Vermittlung im Konflikt** bemüht, wie dies der LVA in einer anderen Gemeinde feststellen konnte. Kurze Zeit darauf teilte der Bürgermeister mit, der **Konflikt** sei **positiv erledigt** worden, der Tierhalter habe die **Kuhglocken abgenommen**.

### 2.6.13. Auskunft unter Hinweis auf anhängiges Gerichtsverfahren verweigert

Der Eigentümer mehrerer gewidmeter, bisher landwirtschaftlich genutzter Baugrundstücke hatte bei **Gericht** den Antrag auf **Einräumung eines Notweges** gestellt, da er nur über eine landwirtschaftliche Zufahrt verfügte. Der Rechtsvertreter des **Eigentümers** jener **Wegparzelle**, auf der die Zufahrt eingeräumt werden sollte, **stellte die Rechtmäßigkeit der Baulandwidmung in Frage**. Zum einen wären für die Anbindung an das Verkehrsnetz unwirtschaftliche Aufwendungen nötig, was bei Erfordernis einer gerichtlichen Auseinandersetzung anzunehmen sei, zum anderen sei kein entsprechender Bedarf gegeben. Er **ersuchte** die Gemeinde um **Auskunft** zu Zeitpunkt und Grund der Widmung sowie zur Zufahrtsproblematik.

Der **Bürgermeister** teilte nach einer Urgenz **drei Monate später** mit, dass die Gemeinde wegen des bei Gericht anhängigen Notwegeverfahrens **keine Stellungnahme** abgebe (06 bMP-126).

Gemäß § 1 Abs 1 **Auskunftsgesetz** haben u.a. die Organe des Landes, der Gemeinden und der Gemeindeverbände über Angelegenheiten ihres Wirkungsbereiches **Auskünfte zu erteilen**, soweit nichts anderes bestimmt ist. Diese sind **ohne unnötigen Aufschub**, spätestens **innerhalb von acht Wochen** zu erteilen oder dem Auskunftswerber der Grund mitzuteilen, warum die Auskunft verweigert wird.

Da **kein** gesetzlicher **Grund für die Auskunftsverweigerung** erkennbar war, ersuchte der LVA die Gemeinde um Stellungnahme sowie darum, das Auskunftersuchen dem Gesetz entsprechend zu beantworten. Die **Anfrage** des Rechtsanwaltes wurde daraufhin von der Gemeinde **beantwortet**.

#### 2.6.14. Hinweistafel auf abgelegenes Hotel entfernt

Im Zuge der **Neugestaltung** des Hauptplatzes einer Gemeinde wurden verschiedene Werbe- und **Hinweistafeln entfernt** und nach Abschluss der Renovierung nicht mehr angebracht. Der Betreiber eines etwas **abgelegenen Hotels** fühlte sich dadurch **beschwert**: Gäste hätten ohne Hinweis künftig Probleme, den Weg zum Hotel zu finden. Ein Mitarbeiter der Gemeinde meinte, heute brauche man solche Hinweistafeln nicht mehr, die **Anfahrt** finde man ja im **Internet** und mit **Navigationsgeräten** (06 bMP-054).

Der **Bürgermeister** begründete die Vorgangsweise mit der „**Verschönerung des Straßenbildes**“, der neu gestaltete Platz solle nicht durch Werbeanlagen und sonstige Hinweistafeln beeinträchtigt werden. Die vom Hotelbetreiber behauptete **Bewilligung liege** im Gemeindeamt **nicht auf**, es könne daher nicht von einem bewilligten Zustand ausgegangen werden. Nur wenn ein entsprechender Bescheid vorgelegt wird, würde die Tafel wieder an einem geeigneten Standort angebracht.

Der Hotelbetreiber verfügte zum Glück noch über den **Bescheid der Gemeinde** vom Jänner 1983, worin ihm u.a. die Aufstellung einer Werbetafel auf diesem Platz bewilligt worden war. Nach **Vorlage** des Bescheides wurde die **Hinweistafel** wieder **angebracht**.

#### 2.6.15. Ausländerdiskriminierung bei Stellenangeboten

In einer **Gemeindezeitung** wurden immer wieder **Stellenangebote** veröffentlicht, in denen ausschließlich **Inländer und Inländerinnen** gesucht werden. So wurde in einer Anzeige zum sofortigen Eintritt eine Teilzeit beschäftigte Zimmerfrau mit Praxis (Inländerin) gesucht (06 aMP-010).

Der LVA betonte, dass **Diskriminierungen** von **EU-Bürgern** auf dem Arbeitsmarkt dem **Gemeinschaftsrecht** (Grundsatz der Freizügigkeit) widersprechen. Das auf EU-Richtlinien beruhende **Gleichbehandlungsgesetz** des Bundes sowie das Vorarlberger **Antidiskriminierungsgesetz** betreffen zwar nicht Ungleichbehandlungen aus Gründen der Staatsangehörigkeit, **verbieten** jedoch jegliche **Diskriminierung** von Menschen **aufgrund ihrer ethnischen Herkunft**. Die Beschränkung von Stellenausschreibungen auf Inländer/Inländerinnen zielt meist nicht so sehr auf die Staatsbürgerschaft ab, sondern auf den Ausschluss von bei uns lebenden **Menschen mit Migrationshintergrund** - selbst mit österreichischer Staatsbürgerschaft. Sie ist somit als mittelbare Diskriminierung aufgrund der ethnischen Zugehörigkeit anzusehen, wenn die Ungleichbehandlung nicht durch sachliche Gründe zu rechtfertigen ist.

§ 24 Gleichbehandlungsgesetz sieht eine **Verwaltungsstrafe** für Arbeitsvermittler und Arbeitgeber vor, wenn diese einen Arbeitsplatz in diskriminierender Weise ausschreiben. Die **Integration** von Migrantinnen und Migranten ist ein **wichtiges Anliegen**, nicht nur aus humanitären Gründen, sondern auch aus wirtschaftlichen Interessen und zur Sicherung des **Zusammenhaltes der Gesellschaft**. Die berufliche Eingliederung stellt eine Schlüsselvoraussetzung für eine auf Dauer angelegte gesellschaftliche Integration dar. Es ist daher notwendig, Eingliederungsprozesse zu erleichtern und dadurch Arbeitslosigkeit dauerhaft zu bekämpfen.

Auch wenn sich das Verbot der diskriminierenden Stellenausschreibung zunächst an Arbeitsvermittler und Arbeitgeber richtet, ist es nicht akzeptabel, dass Zeitungen Inserate mit diskriminierendem Inhalt entgegen nehmen und veröffentlichen. Im vorliegenden Falle ergab sich die **Zuständigkeit** des LVA aus dem Umstand, dass diese Stellenausschreibungen in einer **Gemeindezeitung** erfolgt sind.

Nach Hinweis auf die Rechtslage teilte der Bürgermeister als Herausgeber der Zeitung mit, die Anzeigen mit diskriminierenden Texten seien aufgrund **fehlender Informationen** erschienen. Die Mitarbeiterinnen hätten nicht bewusst gegen das Antidiskriminierungsgesetz verstoßen, würden jedoch **in Zukunft keine solchen Stellenausschreibungen** mehr annehmen und Inserenten darauf hinweisen.

### **3. Gesetzliche Grundlagen**

#### **3.1. Verfassung des Landes Vorarlberg (Auszug) <sup>1</sup>**

##### **Artikel 59**

##### **Bestellung eines Landesvolksanwaltes, Aufgaben**

(1) Zur Beratung der Bürger und zur Prüfung ihrer Beschwerden bestellt der Landtag einen Landesvolksanwalt. Der Landesvolksanwalt ist in Ausübung seines Amtes unabhängig.

(2) Jedermann kann beim Landesvolksanwalt Auskünfte in Angelegenheiten der Verwaltung des Landes einholen und Anregungen betreffend die Gesetzgebung und die Verwaltung des Landes vorbringen.

(3) Jedermann kann sich beim Landesvolksanwalt wegen behaupteter Missstände in der Verwaltung des Landes beschweren, sofern er von diesen Missständen betroffen ist und soweit ihm ein Rechtsmittel nicht oder nicht mehr zur Verfügung steht. Jede solche Beschwerde ist vom Landesvolksanwalt zu prüfen. Dem Beschwerdeführer ist das Ergebnis des Prüfungsverfahrens mitzuteilen.

(4) Der Landesvolksanwalt ist berechtigt, von ihm vermutete Missstände in der Verwaltung des Landes von Amts wegen zu prüfen.

(5) Der Landesvolksanwalt leitet die ihm vorgetragenen Anregungen und jene Beschwerden, deren Prüfung nicht in seine Zuständigkeit fällt, an die in Betracht kommenden Organe weiter. Er kann dieser Mitteilung eine Äußerung anfügen.

(6) Der Landesvolksanwalt erstattet dem Landtag über seine Tätigkeit jährlich einen Bericht.

##### **Artikel 60**

##### **Empfehlungen des Landesvolksanwaltes, Unterstützung seiner Tätigkeit, Anrufung des Verfassungsgerichtshofes**

(1) Der Landesvolksanwalt kann dem obersten weisungsberechtigten Organ des aus Anlass eines bestimmten Falles geprüften Zweiges der Verwaltung des Landes Empfehlungen erteilen. Dieses Organ hat den Empfehlungen binnen zwei Monaten zu entsprechen oder zu begründen, warum ihnen nicht oder nicht fristgerecht entsprochen wird.

(2) Auf Antrag des Landesvolksanwaltes erkennt der Verfassungsgerichtshof über die Gesetzwidrigkeit von Verordnungen, die im Bereich der Verwaltung des Landes ergangen sind.

(3) Entstehen zwischen dem Landesvolksanwalt und der Landesregierung Meinungsverschiedenheiten über die Zuständigkeit des Landesvolksanwaltes, so entscheidet hierüber der Verfassungsgerichtshof in nichtöffentlicher Verhandlung auf Antrag der Landesregierung oder des Landesvolksanwaltes.

(4) Alle Organe des Bundes, des Landes und der Gemeinden haben den Landesvolksanwalt im Rahmen ihrer Verpflichtung zur Amtshilfe zu unterstützen, ihm Akteneinsicht zu gewähren und ihm auf Verlangen die erforderlichen Auskünfte zu erteilen. Die Pflicht zur Amtsverschwiegenheit besteht gegenüber dem Landesvolksanwalt nicht. Dieser unterliegt der Amtsverschwiegenheit im gleichen Umfang wie das Organ, an das er herangetreten ist.

##### **Artikel 61**

##### **Wahl und Amtsperiode des Landesvolksanwaltes, Unvereinbarkeiten, Büro und Geschäftsführung**

(1) Der Landesvolksanwalt wird vom Landtag mit einer Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen Stimmen gewählt. Seine Amtsperiode beträgt sechs Jahre. Eine Wiederwahl ist nur einmal zulässig.

(2) Ist der Landesvolksanwalt länger als einen Monat verhindert, so wählt der Landtag für die Dauer der Verhinderung einen Stellvertreter. Dauert die Verhinderung länger als sechs Monate oder ist die Stelle dauernd erledigt, so findet unverzüglich eine Neuwahl statt.

(3) Der Landesvolksanwalt muss zum Landtag wählbar sein. Während der Amtsperiode darf der Landesvolksanwalt weder der Bundesregierung noch einer Landesregierung, noch einem allgemeinen Vertretungskörper angehören, noch Bürgermeister sein. Auch darf er keinen anderen Beruf ausüben.

(4) Das Land stellt dem Landesvolksanwalt für seine Tätigkeit und für den notwendigen Personal- und Sachaufwand die erforderlichen Mittel zur Verfügung.

---

<sup>1</sup> LGBL.Nr.9/1999 idF 33/2001, 14/2004, 43/2004, 34/2007, 52/2007

## 3.2. Gesetz über den Landesvolksanwalt <sup>2</sup>

### § 1 Allgemeines

Zur Beratung der Bürger und zur Prüfung ihrer Beschwerden bestellt der Landtag einen Landesvolksanwalt. Der Landesvolksanwalt ist in Ausübung seines Amtes unabhängig.

### § 2 Aufgaben des Landesvolksanwaltes

(1) Der Landesvolksanwalt hat jeden, der dies verlangt, in Angelegenheiten der Verwaltung des Landes zu beraten und ihm Auskünfte zu erteilen. Er kann Ratschläge in Angelegenheiten der Verwaltung des Landes auch an die Allgemeinheit richten.

(2) Der Landesvolksanwalt hat Beschwerden über behauptete Missstände in der Verwaltung des Landes zu prüfen, wenn der Beschwerdeführer von dem behaupteten Missstand betroffen ist und ihm ein Rechtsmittel dagegen nicht oder nicht mehr zur Verfügung steht.

(3) Der Landesvolksanwalt kann von ihm vermutete Missstände in der Verwaltung des Landes von Amts wegen prüfen.

(4) Der Landesvolksanwalt hat Anregungen betreffend die Gesetzgebung und die Verwaltung des Landes entgegenzunehmen.

(5) Zur Verwaltung des Landes im Sinne dieser Bestimmung zählen

a) alle Verwaltungsangelegenheiten des selbständigen Wirkungsbereiches des Landes einschließlich der Tätigkeit des Landes als Träger von Privatrechten, die von Organen des Landes selbst oder von anderen Rechtspersonen im Auftrag des Landes besorgt werden,

b) die Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinden, soweit er Angelegenheiten aus dem Bereich der Landesvollziehung umfasst, und die Tätigkeit der Gemeinden als Träger von Privatrechten.

### § 3 Verfahren

(1) Das Verfahren vor dem Landesvolksanwalt soll für die Ratsuchenden und die Beschwerdeführer möglichst einfach sein.

(2) Der Landesvolksanwalt kann aus Anlass eines Verfahrens zur Prüfung von Missständen dem obersten weisungsberechtigten Organ des geprüften Zweiges der Verwaltung des Landes Empfehlungen darüber erteilen, wie der festgestellte Missstand so weit als möglich beseitigt und künftig vermieden werden kann. Dieses Organ hat den Empfehlungen des Landesvolksanwaltes möglichst rasch, längstens aber binnen zwei Monaten, zu entsprechen und dies dem Landesvolksanwalt mitzuteilen oder schriftlich zu begründen, warum ihnen nicht oder nicht fristgerecht entsprochen wird. An Organe der Gemeinden gerichtete Empfehlungen sind der Landesregierung zur Kenntnis zu bringen.

(3) Im Verfahren zur Prüfung von Missständen, die auf Grund von Beschwerden eingeleitet wurden, hat der Landesvolksanwalt den Beschwerdeführern, soweit dem nicht überwiegende öffentliche oder private Interessen entgegenstehen, das Ergebnis des Prüfungsverfahrens und die für den bestimmten Fall getroffenen Maßnahmen mitzuteilen.

(4) Der Landesvolksanwalt hat Beschwerden, deren Prüfung nicht in seine Zuständigkeit fällt, an die zuständigen gleichartigen Einrichtungen des Bundes oder der anderen Länder weiterzuleiten.

(5) Der Landesvolksanwalt hat die ihm vorgetragene Anregungen betreffend die Gesetzgebung des Landes an den Landtag weiterzuleiten. Anregungen betreffend die Verwaltung sind in Fällen des § 2 Abs. 5 lit. a an die Landesregierung, in Fällen des § 2 Abs. 5 lit. b an den betreffenden Gemeindevorstand weiterzugeben.

(6) Die §§ 7, 10, 13, 14, 16, 18 Abs. 1 und 4, 21, 22, 45 Abs. 1 und 2 sowie die §§ 46 bis 55 des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes sind auf das Verfahren vor dem Landesvolksanwalt sinngemäß anzuwenden.

### § 4 Sprechtag

Der Landesvolksanwalt ist verpflichtet, bei Bedarf auch außerhalb seines Amtssitzes Sprechtag abzuhalten. Dabei hat er auf eine möglichst gleichmäßige Behandlung aller Landesteile Bedacht zu nehmen.

---

<sup>2</sup> LGBl.Nr. 29/1985 idF 14/1987, 7/1998, 44/2000, 23/2001, 58/2001

## **§ 5 Abgaben- und Gebührenfreiheit**

Für Amtshandlungen des Landesvolksanwaltes sind keine Landesverwaltungsabgaben zu entrichten. Eingaben an den Landesvolksanwalt und alle sonstigen Schriften, die zur Verwendung in einem Verfahren vor dem Landesvolksanwalt ausgestellt werden, sind von den Stempelgebühren befreit.

## **§ 6 Berichte des Landesvolksanwaltes<sup>3</sup>**

(1) Der Landesvolksanwalt hat dem Landtag über seine Tätigkeit jährlich einen Bericht zu erstatten. Der Jahresbericht ist gleichzeitig mit der Vorlage an den Landtag der Landesregierung zu übermitteln.

(2) Der Landesvolksanwalt hat in Abständen von jeweils vier Monaten dem Volksanwaltsausschuss des Landtages über die an ihn herangetragenen Beschwerden und über die Ergebnisse der von ihm durchgeführten Prüfungsverfahren schriftlich oder mündlich zu berichten.

(3) Der Landesvolksanwalt ist berechtigt und auf Verlangen verpflichtet, an Sitzungen des Landtages und des Volksanwaltsausschusses, in denen Berichte des Landesvolksanwaltes behandelt werden, mit beratender Stimme teilzunehmen. Er hat dem Landtag und dem Volksanwaltsausschuss über Verlangen alle zur Behandlung seiner Berichte erforderlichen Auskünfte zu erteilen.

(4) Der Landesvolksanwalt hat den Jahresbericht und schriftliche Berichte nach Abs. 2 dem Präsidenten des Landtages zu übergeben. Dieser hat sie den Mitgliedern des Landtages unverzüglich zuzuleiten. Vorher dürfen diese Berichte – vorbehaltlich der Übermittlung des Jahresberichtes an die Landesregierung (Abs. 1) – anderen Personen nicht zugänglich gemacht werden.

## **§ 6a Öffentliche Ausschreibung, Anhörung der Bewerber<sup>4</sup>**

Der Wahl des Landesvolksanwaltes hat eine öffentliche Ausschreibung im Amtsblatt für das Land Vorarlberg und in den Tageszeitungen, deren Verlagsort in Vorarlberg liegt, voranzugehen. Ferner ist vor der Wahl im Volksanwaltsausschuss eine Anhörung der zur Wahl vorgeschlagenen Bewerber um das Amt des Landesvolksanwaltes durchzuführen.

## **§ 7 Büro des Landesvolksanwaltes**

(1) Der Landesvolksanwalt hat an seinem Amtssitz ein Büro einzurichten. Er hat das zur Erfüllung seiner Aufgaben notwendige Personal zu bestellen und für die sachliche Ausstattung des Büros zu sorgen.

(2) Dem Landesvolksanwalt steht das Leitungs- und Weisungsrecht gegenüber dem Personal des Büros zu.

(3) Das Personal des Büros hat die ihm vom Landesvolksanwalt zugewiesenen vorbereitenden Arbeiten und sonstigen Hilfstätigkeiten zu erledigen. Der Landesvolksanwalt kann Angehörige des Büros damit betrauen, in seinem Namen Amtshandlungen von geringerer Bedeutung zu besorgen. Eine derartige Betrauung bedarf der Schriftform. Im Falle der Befangenheit hat der Leiter des Büros den Landesvolksanwalt zu vertreten.

## **§ 8 Haushalt**

(1) Den für die Tätigkeit des Landesvolksanwaltes anfallenden Personal- und Sachaufwand hat das Land zu tragen.

(2) Der Landesvolksanwalt hat jährlich einen auf seinen Bereich beschränkten Voranschlagsentwurf zu verfassen und der Landesregierung zur Berücksichtigung bei der Erstellung des Landesvoranschlagsentwurfes zu übermitteln. Desgleichen hat er der Landesregierung zur Aufnahme in den Rechnungsabschluss eine Abrechnung über die tatsächlichen Aufwendungen vorzulegen.

(3) Der Landesvolksanwalt ist berechtigt, über die im Landesvoranschlag für seinen Bereich vorgesehenen Einnahmen und Ausgaben zu verfügen. Davon ausgenommen sind die im § 9 geregelten Angelegenheiten.

## **§ 9**

### **Bezüge<sup>5</sup>**

(1) Der Monatsbezug des Landesvolksanwaltes beträgt 8.850,39 Euro.

(2) Für den Landesvolksanwalt gelten die Bestimmungen des Bezügegesetzes 1998 für Mitglieder der Landesregierung. Soweit der 5. Abschnitt des Bezügegesetzes 1998 auf das Landes-Bezügegesetz verweist, ist in Verbindung mit diesem der § 9 des Gesetzes über den Landesvolksanwalt in der Fassung LGBL.Nr. 29/1985 heranzuziehen. Ein Ruhebezug fällt jedoch frühestens mit der Vollendung von 61 Lebensjahren und sechs Monaten an.

---

<sup>3</sup> idF LGBL.Nr. 44/2000

<sup>4</sup> idF LGBL.Nr. 14/1987

<sup>5</sup> idF LGBL.Nr. 7/1998, 23/2001, 58/2001

### 3.3. Antidiskriminierungsgesetz (Auszug) <sup>6</sup>

#### § 1 Ziel, Anwendungsbereich

- (1) Dieses Gesetz dient dem Ziel, folgende Diskriminierungen zu vermeiden:
- Diskriminierungen aufgrund der ethnischen Zugehörigkeit;
  - Diskriminierungen aufgrund der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung; sowie
  - Diskriminierungen aufgrund des Geschlechts.
- (2) Dieses Gesetz gilt für folgende Angelegenheiten, soweit sie in die Regelungskompetenz des Landes fallen:
- Dienstrecht der Bediensteten des Landes, der Gemeinden und der Gemeindeverbände, einschließlich Personalvertretungsrecht;
  - Land- und Forstarbeitsrecht;
  - Zugang zu selbständiger und unselbständiger Erwerbstätigkeit, einschließlich des beruflichen Aufstiegs, der Berufsberatung, der Berufsaus- und -weiterbildung sowie der Umschulung;
  - Mitgliedschaft und Mitwirkung in beruflichen Vertretungen, einschließlich der Inanspruchnahme von deren Leistungen.
- (3) Bei Diskriminierungen aufgrund der ethnischen Zugehörigkeit (§ 1 Abs. 1 lit. a) gilt dieses Gesetz ferner für folgende Angelegenheiten, soweit sie in die Regelungskompetenz des Landes fallen:
- Sozialschutz, einschließlich der sozialen Sicherheit und der Gesundheitsdienste;
  - soziale Vergünstigungen;
  - Bildung;
  - Zugang zu und Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen, die der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen, einschließlich von Wohnraum.
- (4) Im Rahmen des Anwendungsbereiches der Abs. 2 und 3 gilt dieses Gesetz für:
- die Hoheits- und die Privatwirtschaftsverwaltung des Landes, der Gemeinden und der Gemeindeverbände;
  - die Tätigkeit sonstiger natürlicher sowie juristischer Personen privaten oder öffentlichen Rechts, soweit sie der Regelungskompetenz des Landes unterliegt.
- (5) .....

#### § 2 Begriffe

- Diskriminierungen umfassen unmittelbare Diskriminierungen, mittelbare Diskriminierungen und Belästigungen.
- .....

#### § 3 Diskriminierungsverbot

(1) Im Anwendungsbereich dieses Gesetzes ist jede Diskriminierung (§2) von Personen aufgrund der ethnischen Zugehörigkeit, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters, der sexuellen Ausrichtung oder des Geschlechts verboten. Dieses Verbot umfasst nicht Ungleichbehandlungen, die nach § 4 gerechtfertigt sind.

(2) Abs. 1 erfasst nicht eine unterschiedliche Behandlung aus Gründen der Staatsangehörigkeit, sofern diese gesetzlich vorgegeben oder sonst sachlich gerechtfertigt ist und dem das Recht der Europäischen Union nicht entgegen steht.

(3) Die in Gesetzen, Verordnungen und auf andere Weise getroffenen Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung, mit denen Benachteiligungen wegen einem der Gründe nach Abs. 1 verhindert oder ausgeglichen werden sollen, gelten nicht als Diskriminierung im Sinne dieses Gesetzes.

.....

#### § 11 Antidiskriminierungsstellen

Antidiskriminierungsstellen sind

- der Landesvolksanwalt, soweit es um Diskriminierungen in der Verwaltung des Landes sowie um Diskriminierungen in anderen Bereichen als jenen nach lit. b geht;
- die Patientenanwaltschaft, soweit es um Diskriminierungen von Patienten und Klienten geht, die dem Aufgabenbereich der Patientenanwaltschaft nach dem Patienten- und Klientenschutzgesetz unterliegen.

---

<sup>6</sup> LGBl.Nr. 17/2005

## **§ 12 Aufgaben**

(1) Die Antidiskriminierungsstelle hat die Aufgabe, im Anwendungsbereich dieses Gesetzes und ihrer sich aus § 11 ergebenden Zuständigkeit die Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung ohne Diskriminierungen zu fördern.

(2) Im Rahmen der Aufgabe nach Abs. 1 ist die Antidiskriminierungsstelle zuständig,

- a) betroffene Personen, insbesondere durch Beratung, zu unterstützen; § 7 Abs. 4 bleibt unberührt;
- b) Untersuchungen zum Thema der Diskriminierung, insbesondere auch Überprüfungen zu behaupteten Verletzungen des Diskriminierungsverbotes durchzuführen;
- c) Berichte zu erstatten sowie Empfehlungen zu allen Aspekten vorzulegen, die mit Diskriminierungen im Zusammenhang stehen.

## **§ 13 Verfahren, Allgemeines**

(1) Die Antidiskriminierungsstelle ist bei der Besorgung ihrer Aufgaben unabhängig.

(2) Die Rechtsträger, denen allfällige unmittelbare oder mittelbare Diskriminierungen zuzurechnen wären, sind verpflichtet, der Antidiskriminierungsstelle Akteneinsicht zu gewähren und auf Verlangen Auskünfte zu erteilen, soweit dies zur Untersuchung allfälliger Diskriminierungen erforderlich ist.

(3) Eine Pflicht zur Amtverschwiegenheit besteht gegenüber der Antidiskriminierungsstelle nicht. Diese unterliegt der Verschwiegenheit im gleichen Umfang, wie der Rechtsträger, an den sie herangetreten ist.

(4) Der Landesvolksanwalt und die Patientenanwaltschaft haben im Rahmen ihrer gesetzlichen Berichtspflichten an den Landtag und die Landesregierung auch über ihre Tätigkeit als Antidiskriminierungsstelle zu berichten.

## **§ 14 Verfahren, Einzelfallprüfung**

(1) Eine durch Diskriminierung benachteiligte Person hat das Recht, sich bei der Antidiskriminierungsstelle durch eine Person ihres Vertrauens, insbesondere einen Vertreter einer Einrichtung nach § 7 Abs. 4, vertreten zu lassen. Auf Antrag ist von der Antidiskriminierungsstelle ein Vertreter einer von der benachteiligten Person namhaft gemachten Einrichtung nach § 7 Abs. 4 als Auskunftsperson beizuziehen; über dieses Antragsrecht ist die benachteiligte Person bei Einleitung der jeweiligen Untersuchung zu belehren.

(2) Die Antidiskriminierungsstelle kann im Falle der Vermutung der Verletzung des Diskriminierungsverbotes den Rechtsträger, dem die behauptete unmittelbare oder mittelbare Diskriminierung zuzurechnen wäre bzw. in dessen Zuständigkeitsbereich eine Belästigung stattgefunden haben soll, zur Erstattung eines schriftlichen Berichtes auffordern. Der Bericht hat alle zur Beurteilung der Einhaltung des Diskriminierungsverbotes notwendigen Angaben zu enthalten.

(3) Stellt die Antidiskriminierungsstelle fest, dass das Diskriminierungsverbot verletzt wurde, so hat sie den betroffenen Rechtsträger davon zu benachrichtigen und ihn aufzufordern, alles Nötige zur Beendigung der Diskriminierung zu unternehmen; sie kann auch auf eine einvernehmliche Wiedergutmachung hinwirken.

(4) Die Bestimmungen des 4. Abschnittes bleiben unberührt.

## **§ 15 Landeslehrer**

(1) Das Verbot von Diskriminierungen im Zusammenhang mit Dienstverhältnissen von Landeslehrern wird durch bundesrechtliche Vorschriften geregelt.

(2) Zuständige Antidiskriminierungsstelle zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung ohne Diskriminierungen nach Abs. 1 ist der Landesvolksanwalt. Die §§ 12 bis 14 gelten sinngemäß.